



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Eine Europäische Außenpolitik? Das Beispiel der Union für
das Mittelmeer mit besonderem Fokus auf die Rolle
Frankreichs.“

Verfasserin

Veronika Juch

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil)

Wien, Juni 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuer:

Univ.- Prof. Dr. Otmar Höll

„Great ideas and principles either take firm shape in the form of institutions, or disappear into rhetoric and finally die.“

Jean Monnet

– Danksagung –

Diese Diplomarbeit widme ich all jenen, die mich auf meinem bisherigen Weg begleitet, unterstützt und inspiriert haben!

Meinen Eltern Therese und Josef möchte ich für ihre liebevolle Unterstützung, ihre Ratschläge, ihr Verständnis und für die Ermöglichung meines Studiums danken. Danken möchte ich auch meinem Bruder Florian für seine Fähigkeit im richtigen Moment, die richtigen Fragen zu stellen.

Mein besonderer Dank gilt auch meinen FreundInnen für ihre Hilfe, ihr Vertrauen und nicht zuletzt für ihren Witz, der in all unseren Gesprächen und Diskussionen durchschien. Hier möchte ich mich besonders bei Sabine und Soma für ihre Freundschaft, Unterstützung, und Zeit bedanken.

Außerdem möchte ich ganz besonders meinem Freund Jérémie für sein Verständnis, seine wertvollen Hinweise und insbesondere für seinen Humor danken.

Vielen Dank euch allen!

Abkürzungen

AL	Arabische Liga
AMU	Afrikanische Maghreb-Union
DG AidCo	Directorate-General for Aid Cooperation
DG RELEX	Directorate-General for External Relations
EAD	Euro-Arabischer Dialog
EG	Europäische Gemeinschaften
EIB	Europäische Investitionsbank
ENPI	European Neighbourhood and Partnership Instrument
EMFHZ	Euro-Mediterrane Freihandelszone
EMPV	Euro-Mediterrane Parlamentarische Versammlung
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
FDI	Foreign Direct Investment
FEMIP	Facility for Euro-Mediterranean Investment and Partnership
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GATT	General Agreement on Trade and Tarifs
GMP	Globale Mittelmeerpolitik
KMU	Kleine und Mittlere Unternehmen
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KSZM	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum
MEDA	Mésures d'Accompagnement
MDL	Mittelmeerdrittländer
MNC	Mediterranean non-member countries
MOEL	Mittel- und Osteuropäische Länder
NAPAAs	National Action Plans for the Adoption of the EU- Acquis
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NMP	Neue Mittelmeerpolitik
PHARE	Poland and Hungary: Aid for Restructuring of the Economies
TACIS	Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States
WEU	Westeuropäische Union

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	7
Inhaltsverzeichnis	9
Abbildungsverzeichnis	10
1 Einleitung	11
1.3 Hypothesen.....	14
1.4 Forschungsstand	15
1.5 Methodik	16
1.6 Aufbau der Arbeit.....	17
1.7 Formeller Hinweis	17
2 Theoretischer Zugang	19
2.1 Europäische Außenpolitik in der Theorie	19
2.2 Europäisierung.....	26
2.3 Europäisierung der Außenpolitik	30
3 Die Institutionalisierung der europäischen Mittelmeerpolitik	35
3.1 Die Annäherung/ le rapprochement 1957 - 1972	36
3.2 Die Globale Mittelmeerpolitik (GMP) - une approche globale?	43
3.3 Das Scheitern des euro-arabischen Dialoges (EAD)	48
3.4 Die multilaterale Initiativen der 1990er Jahre: Konkurrenz oder Komplementarität?	53
3.5 Die Neue Mittelmeerpolitik (NMP) 1989 - 1995	61
3.5.1 Von der „Südbedrohung“ zur Neuen Mittelmeerpolitik	62
3.5.2 Von der Anpassung zur erneuten Reform der Mittelmeerpolitik	65
3.6 Zwischenergebnis: die Europäische Mittelmeerpolitik vor 1995	68
3.7 Der Barcelona-Prozess - die euro-mediterrane Partnerschaft (EMP).....	71
3.7.1 Die Vorarbeiten zur Partnerschaft	71
3.7.2 Die Konferenz von Barcelona.....	73
3.7.3 Die Euro-Mediterrane Partnerschaft.....	75
3.8 Einbindung in die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP).....	82
3.9 Barcelona-Prozess - welche Bilanz?	87
4 Die Union für das Mittelmeer	97
4.1 Exkurs: Französische Mittelmeerpolitik	98
4.2 Die Mittelmeerunion - Ein Wahlkampfprojekt?	104
4.3 Vom Wahlkampfprojekt zur Überzeugungsarbeit.....	108
4.4 Aushandlung eines innereuropäischen Kompromisses	114
4.5 Europäisierung einer französischen Idee?	116
4.6 Eine europäisierte Mittelmeerpolitik?	124
4.7 Stand der Union für das Mittelmeer	130
5 Conclusio und Ausblick	137
5.1 Zusammenfassung der Ergebnisse.....	137
5.2 Überprüfung der Hypothesen	139
5.3 Ausblick	141
6 Literatur	143
6.1 Literaturquellen	143
6.2 Amtliche Quellen	149
6.3 Sonstige Quellen	151

Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung: Übersicht der bilateralen Abkommen zwischen der EG und MDL</i>	41
<i>Abbildung: Teilnehmerstaaten der Mittelmeerdialoge</i>	59
<i>Abbildung: Europäische Nachbarschaftsbeziehungen</i>	83
<i>Abbildung: Überblick über die neuen Assoziierungsabkommen mit den MDL</i>	89
<i>Abbildung: Sozioökonomische Eckdaten der MDL und der EU-27</i>	91
<i>Abbildung: Europäische Präsenz in der arabischen Welt um 1930</i>	98
<i>Abbildung: Union für das Mittelmeer</i>	117
<i>Abbildung: Veranschaulichung der Europäisierungsanalyse</i>	125
<i>Abbildung: Europäisierte Mittelmittelmeerpolitik</i>	130
<i>Abbildung: Veranschaulichung der Europäisierungsanalyse</i>	138

1 Einleitung

1.1 Einführung in das Thema

Mit der Präsentation der Idee der Mittelmeerunion durch Nicolas Sarkozy im Februar 2007 mitten im französischen Präsidentschaftswahlkampf kehrte das Mittelmeer und damit auch die euromediterrane Partnerschaft zuerst in Frankreich und in der Folge auch bei den restlichen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union schlagartig wieder auf die Agenda zurück.

Neben der Thematisierung um das „Wie“ der spätere französische Präsident seine Idee ohne vorherige Absprache mit den europäischen Partnern präsentierte sowie um die Adaptionen an der ursprünglichen Idee, erhielt die Diskussion um die Probleme und Möglichkeiten des Mittelmeerraumes sowie der europäischen Mittelmeerpolitik wieder Aufwind. In den letzten Jahren war der Mittelmeerraum häufig auf die – wenn auch sehr zentrale – Frage der MigrantInnen und Flüchtlinge reduziert worden. Andere Themen rückten nun wieder ins Interesse der Öffentlichkeit. Auf der einen Seite sehen sich sowohl die nördlichen als auch die südlichen Anrainerstaaten mit gemeinsamen Problemen wie Umweltverschmutzung, Energiefragen sowie mit der Suche nach regionaler Sicherheit konfrontiert. Auf der anderen Seite charakterisieren sich die Beziehungen durch unterschiedliche Lebensniveaus, beinahe gegenläufige Bevölkerungsentwicklung, unterschiedliche Wirtschaftsleistungen sowie unausgeglichene Handelsbilanzen. Auch in den Bereichen Demokratieentwicklung, Liberalisierung, (Süd-Süd) Integration sowie Zivilgesellschaft wurden die Erwartungen v.a. durch den 1995 ins Leben gerufenen Barcelona-Prozess nicht erfüllt. (Vgl. Khader, 2009) In diesem Sinne wird die Frage aufgeworfen, ob die Union für das Mittelmeer (UfM), die ja schlussendlich in den Barcelona-Prozess eingebettet wurde, die Probleme des Mittelmeerraumes, der sich durch große Heterogenität auszeichnet, lösen bzw. effizienter angehen kann.

In der europäischen Gemeinschaft sind die euromediterranen Beziehungen von Beginn an ein Thema. Bereits 1957 wurde durch die römischen Verträge eine Regelung der Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien Frankreichs sowie zu Libyen notwendig. Im Laufe der Zeit dehnten sich die Abkommen zwischen der Gemeinschaft und den Mittelmeerdrittländern (MDL) inhaltlich immer weiter aus. So wurden neben den präferentiellen Handelsbeziehungen, auch Agrarthemen, finanzielle Hilfe im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, Sicherheitsfragen, Umweltfragen sowie Energiefragen diskutiert und teilweise in die Abkommen integriert.

Besonders seit 1995 durch den Start der Euro-Mediterranen Partnerschaft (EMP) – auch bekannt als Barcelona-Prozess – sowie 2003 durch den Start der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) lässt sich eine Europäisierung der Beziehungen im Mittelmeerraum feststellen. Durch zunehmende Beratung und gegenseitige Kooperation zwischen den EU-Staaten wird versucht ein gemeinsames Handeln gegenüber einer dritten Region zu erarbeiten. Außerdem kommt der Kommission eine zentrale Rolle im Politikformulierungs- und -implementierungsprozess zu. In diesem Sinne setzt sich die europäische supranationale Logik gegenüber der intergouvernementalen und auch gegenüber der nationalen Verfahrensweise durch. Parallel zu dieser Europäisierungslogik macht sich aber auch auf Grund der nicht erfüllten Erwartungen des Barcelona-Prozesses eine gewisse Enttäuschung breit und lässt die EU-Mitgliedsstaaten wieder verstärkt in bilaterale Beziehungen zu den MDL anstatt in europäische Handlungsalternativen investieren. (Vgl. Henry/Schäfer, 2009) Dieser bilaterale Zugang findet sich auch bei den Handlungsweisen und Diskursen der EU selbst wieder, denn auch die ENP bevorzugt einen bilateralen Zugang im Vergleich zu einem regionalen wie die EMP. Insgesamt zeichnet sich die Mittelmeerpolitik der EU sowie die deren Mitglieder durch die Parallelität zwischen einem multilateralen regionalen Zugang sowie einem bilateralen teilweise nationalen Zugang aus.

Vor allem in der französischen Außenpolitik spielt die Mittelmeerregion eine zentrale Rolle und wurde vor allem nach der Unabhängigkeit der französischen Kolonien zu „*einem bedeutenden Experimentierfeld französischer Außenpolitik*“ (Woyke 2010: 92). Durch die so genannte *politique arabe* galt es, die Beziehungen zu den arabischen Ländern neu zu regeln, um den Einfluss Frankreichs in der Region zu bewahren. Aus dem Paradox der kolonialen Legitimität heraus, wurde versucht in der Region eine leadership Position aufzubauen. Mit dem Ende des Kalten Krieges und durch die französische Beteiligung am Golfkrieg fand schlussendlich der Übergang zur *politique méditerranéenne*, die auch eine verstärkte Konzentration auf den Maghreb mit sich brachte, statt. (Schmid, 2007:Vgl.) Paradoxerweise pendelt dieser Versuch sich eine leadership-Position im Mittelmeerraum zu sichern zwischen nationaler Einflusswahrung rund um eine gewisse Nostalgie um den Maghreb und Multilateralisierung diverser Initiativen und Einbettung der Region in Ansätze kollektiver Diplomatie. (Vgl. Chérigui, 1997)

Doch die negativen Reaktionen auf den Vorschlag der Mittelmeerunion, der ursprünglich nur Mittelmeeranrainerstaaten inkludierte – also große EU-Staaten wie Deutschland und

Großbritannien ausschloss – machten deutlich, dass nationale Alleingänge in der europäischen Außenpolitik nicht (mehr) gewünscht waren.

Es stellt sich also die Frage inwiefern eine bilaterale und national unabhängige Außenpolitik in Rahmen der Europäischen Union noch möglich ist und wie weit die Europäisierung der Außenpolitik – in diesem Fall der Mittelmeerpolitik - schon fortgeschritten ist. Dies soll am Fallbeispiel der Union für das Mittelmeer und der Rolle Frankreichs untersucht werden.

1.2 Forschungsfragen

Die Arbeit teilt sich in zwei große Fragenkomplexe. Auf der einen Seite sollen Problemstellen der Mittelmeerpolitik der EU herausgearbeitet und untersucht werden. Hier wird der Fokus vor allem auf die Frage gelegt, inwiefern sich aus diesen konzeptionellen Schwachstellen nationale Handlungsmöglichkeiten ergeben. Auf der anderen Seite wird der Frage der Europäisierung der Mittelmeerpolitik nachgegangen und untersucht, ob diese Option der nationalen gegenüber bevorzugt wird.

Nationale Handlungsmöglichkeiten

- 1) Welche Ziele verfolgt Nicolas Sarkozy mit der Präsentation der Idee der Union für das Mittelmeer?
 - a. Welche Motivationen lassen sich aus einer historischen Perspektive ableiten?
 - b. Wann wird ein auf wenige Teilnehmer beschränkter restriktiver Zugang gewählt und wann ein offener?

Europäisierung der Mittelmeerpolitik

- 2) Warum haben die anderen Mitglieder der Union negativ auf das Projekt reagiert?
 - a. Wie lassen sich diese Reaktionen erklären?
 - b. Welche Änderungen wurden unternommen, um einen Kompromiss zu sichern?
- 3) Findet/Fand einer Europäisierung der Mittelmeerpolitik statt?
 - a. Welche Inhalte werden angesprochen?
 - b. Welche Initiativen werden gesetzt?
 - c. Warum wurde die Mittelmeerunion in den Barcelona-Prozess integriert?
 - d. Findet sich die französische Mittelmeerpolitik in der europäischen wieder?

1.3 Hypothesen

Ad 1) Abgesehen von der Situation des Wahlkampfes und der Möglichkeit Stimmen durch die Verknüpfung Mittelmeerraum-Innenpolitik-Sicherheit gewinnen, birgt das Projekt die Möglichkeit eine leadership Position im Mittelmeer zu wahren bzw. wiederherzustellen. Diese leadership Position beinhaltet eine erhöhte Wahrscheinlichkeit der Durchsetzung der französischen Interessen und Vorstellungen, eine hervorgehobene Stellung der französischen Sprache im Mittelmeerraum sowie eine Sicherung der Energieversorgung.

Der restriktivere Zugang wird gewählt, wenn die Durchsetzung der Interessen auf dieser Ebene als wahrscheinlicher gilt, da mit wenigeren Teilnehmer die Findung von gemeinsamen Positionen und Lösungen vereinfacht wird.

Ad 2) Die Kritik bezog sich vor allem auf das „Nicht-informiert- worden-sein“ sowie auf die „Nicht Integration der Nichtmittelmeerrainer“. Dies lässt sich durch die Erwartungen erklären, die an die GASP gestellt werden: Information und Kooperation. In diesem Sinne scheint auch die Mitgliedschaft nur von Teilen der EU in einer anderen Gemeinschaft als unmöglich. Schlussendlich wurde ein Kompromiss gefunden, in dem alle EU-27 als Mitglieder in die UfM inkludiert, gleichzeitig aber strittige Themenfelder wie Sicherheit und Migration ausgeklammert wurden.

Ad 3) Die zentrale Unterscheidung zwischen französischer und europäischer Mittelmeerpolitik liegt in der französischen Vorstellung „berufen“ zu sein, sich eine leadership Position in der Region aufzubauen, die sich paradoxerweise aus der kolonialen Tradition heraus erklären lässt. Nach den Hinweisen der Partner auf die Wichtigkeit des Barcelona-Prozesses für die Zusammenarbeit in der Region und dem gemeinschaftlichen Interesse an der Region wurde die Union für das Mittelmeer schließlich in dessen Kontinuität gesetzt.

1.4 Forschungsstand

Für diese Diplomarbeit konnte auf umfangreiche Darstellungen der Mittelmeerpolitik der EU in englischer, französischer und deutscher Sprache zurückgegriffen werden. Allerdings wurde bald deutlich, dass sich vor allem ältere Veröffentlichungen auf die euro-arabischen Beziehungen fokussieren¹. Andreas Jacobs (2003) bietet hier eine gute Gesamtdarstellung der euro-arabischen Beziehungen von 1970 bis 1998. Die Arbeit von Thomas Schumacher (2005) – dieser verwendet bereits das Konzept vom Mittelmeerraum – stellt einen sehr guten Überblick über die Rolle der EU im Mittelmeerraum dar. Zusätzlich erwiesen sich vor allem die diversen Veröffentlichungen von Anette Jünemann (2009, 2007, 1999) sehr hilfreich. Auch das Buch von Pierros/Meunier/Abrams (1999) bietet eine sehr gute Darstellung der euro-mediterranen Beziehungen bis 1998, die sich vor allem durch ihre Kontextualisierung zu Beginn jedes Kapitels auszeichnet. Im Rahmen der Barcelona +10 Konferenz nahmen die Veröffentlichung zum Thema zu, die sich nicht nur mit der Evaluierung der euromediterranen Partnerschaft beschäftigten sondern auch die aktuellen Herausforderungen des Mittelmeerraumes thematisierten. In Bezug auf die Union für das Mittelmeer gibt es ausreichend Literatur zum Thema (etwa Aliboni et al., 2008; Balfour, 2009; Balfour/Schmid, 2008; Gillespie, 2008). Allerdings konzentriert sich diese auf die Diskussionen um die Gründung bzw. konzeptionelle Vergleiche mit der euromediterranen Partnerschaft. Für die Entwicklung der Union für das Mittelmeer in den letzten Jahren musste großteils auf Zeitschriften- oder Zeitungsartikel zurückgegriffen werden.

In Bezug auf die französische Mittelmeerpolitik wurde vor allem auf das Werk von Hayète Chérigui (1997) zurückgegriffen. Dieses zeigt sehr deutlich den Konflikt zwischen unilateralem Handeln und kollektiver/europäischer Diplomatie. Für die neuen Entwicklungen gibt es leider keine Gesamtdarstellung und aus diesem Grund musste auf verschiedene Artikel (etwa Chartouni-Dubarry, 1995; Schmid, 2007) zurückgegriffen werden bzw. wurden – dies gilt auch für ältere Entwicklungen – Stellen in Sammelbandbeiträgen (etwa Woyke, 2010) verwendet, die sich eingehender mit der Position und Rolle Frankreichs sowohl in der Europäischen Union als auch im Mittelmeerraum beschäftigten.

In Bezug auf die Europäisierung der Mittelmeerpolitik war weniger Literatur zu finden. Federica Bicchì (2007) spricht in ihrem Buch zwar von der Europäisierung der

¹ Dies lässt sich auch daraus erklären, dass erst gegen Ende der 80er Jahre vor allem in den 90er Jahren der Ansatz „Mittelmeerraum“ an Beliebtheit gewann und vor allem mit dem Start des Barcelona-Prozesses die Beziehungen mit den MDL unter dieser Kategorie subsumiert wurden.

Mittelmeerpolitik im Sinne einer Entwicklung einer gemeinsamen Mittelmeerpolitik beschäftigt sich aber nicht mit der Frage inwiefern dies Auswirkungen auf die nationalen Politiken der Mitglieder hat. In Bezug auf die Frage der Europäisierung der Mittelmeerpolitik wird zwar festgestellt, dass dieser Prozess in Gange sei und es parallel trotzdem bilaterale Beziehungen gebe. Die Frage, ob dies zu Veränderungen von nationalen Außenpolitiken komme, wird aber vernachlässigt.

In Bezug auf den Europäisierungsansatz kommt außerdem noch hinzu, dass dieser meist auf die Innenpolitik angewendet wird bzw. die Auswirkungen der Mitgliedschaft auf die nationalen Institutionen untersucht werden. Auf diesen Punkt und die Frage der Anwendung in der Literatur des Europäisierungsansatzes auf die Außenpolitik wird im Kapitel zur Theorie näher eingegangen.

1.5 Methodik

Die Idee zu dieser Arbeit entstand bei einem einjährigen Auslandsaufenthalt am Institut des Études Politiques (IEP) d' Aix-en-Provence. Im Rahmen des Studiums in Frankreich gab es die Möglichkeit sich eingehender mit dem Mittelmeerraum zu beschäftigen. Interessant erschien vor allem der Zugang, den Mittelmeerraum als ein – wenn auch heterogenes und konfliktträchtiges – Gesamtes zu sehen und einen regionalen Zugang zu wählen.

Für die Analyse der europäischen Mittelmeerpolitik stellte sich analog zur GASP das oft in der Literatur diskutierte Problem einer eindeutigen theoretischen Zuordnung. Aus diesem Grund wurde der Blickwinkel der Europäisierung eingenommen, um untersuchen zu können, wie sich die zunehmenden Abkommen zwischen der Gemeinschaft und der MDL auf die Außen- bzw. Mittelmeerpolitik Frankreichs auswirken.

Um den gewählten theoretischen Zugang auf das Fallbeispiel der Union für das Mittelmeer anwenden zu können, wurde in einem ersten Schritt eine historisch-deskriptive Vorgehensweise gewählt. Ziel dieses Vorgangs war es einen Überblick über den aquis der europäischen Mittelmeerpolitik zu erhalten und Kausalitätsbeziehungen herzustellen, denn es kann davon ausgegangen werden, dass diese auch auf die Ausgestaltung der aktuellen Politik einwirken. In einem weiteren – induktiven – Schritt wurden diese allgemeinen Aussagen an den aktuellen Entwicklungen überprüft, um herauszufinden, ob Kontinuitäten festzustellen sind oder ob es sich um die deklarierte „rupture“ von Präsident Sarkozy handle. Schlussendlich wurde der theoretische Rahmen der Europäisierung auf das Fallbeispiel

angewendet, um der Frage nach zu gehen inwiefern Frankreich seine Vorstellungen im Rahmen des innereuropäischen Interessenausgleiches durchsetzen konnte.

Für diese Arbeit wurden sowohl deutsche als auch englische und französische Literatur verwendet. Außerdem wurden Dokumente der Europäischen Kommission und somit die Selbstdarstellung und den Anspruch, die die Gemeinschaft an die Mittelmeerpolitik stellt, in die Arbeit eingebaut. In Bezug auf die Entwicklungen rund um die Union für das Mittelmeer musste großteils auf Zeitschriftenaufsätze oder Journalbeiträge zurückgegriffen werden. Außerdem wurden Reden von Nicolas Sarkozy sowie Reaktionen auf seinen Vorschlag für diese Arbeit verwendet.

Schlussendlich wurde im Rahmen eines kurzfristigen wissenschaftlichen Aufenthaltes am Maison Méditerranéenne des Sciences de l'Homme (MMSH) in Aix-en-Provence vor allem jener Teil der Arbeit recherchiert, der sich mit der französischen Politik im Mittelmeerraum sowie dessen möglicher Europäisierung beschäftigt.

1.6 Aufbau der Arbeit

Um die Frage der Europäisierung der französischen Mittelmeerpolitik beantworten zu können, wird zu Beginn der Arbeit der Europäisierungsansatz vorgestellt und auf die Anwendbarkeit auf das gewählte Fallbeispiel diskutiert (2). Im darauf folgenden Kapitel (3) soll die Mittelmeerpolitik der EU im Rahmen einer historisch-deskriptiven Perspektive von ihren Anfängen analysiert werden, um so konzeptionelle Schwachstellen sowie zentrale Konfliktlinien zwischen den Mitgliedsstaaten herauszuarbeiten. Hier wird vor allem auf die Position Frankreichs eingegangen. Dieses Kapitel dient als Basis für die Analyse der Union für das Mittelmeer (4), anhand derer eine Europäisierung des ursprünglichen Vorschlages untersucht wird. Im abschließenden Kapitel (5) werden die aufgestellten Hypothesen überprüft sowie weitere Schlüsse für die europäische Außenpolitik gezogen.

1.7 Formeller Hinweis

An dieser Stelle soll darauf hingewiesen werden, dass die in der Arbeit verwendete männliche Form ausschließlich der besseren Übersichtlichkeit und Verkürzung dient. Die Arbeit ist geschlechtsneutral zu verstehen, da Frauen und Männer gleichermaßen gemeint sind.

Weiters wird darauf hingewiesen, dass zum besseren Verständnis französischsprachige Zitate von der Autorin in den Fußnoten übersetzt wurden. Diese werden durch kursive Schreibweise sichtbar gemacht.

Außerdem hat sich die Autorin bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, wird um Meldung ersucht.

2 Theoretischer Zugang

In diesem Kapitel soll der theoretische Zugang, der als Basis für die Einordnung und Analyse des gewählten Fallbeispiels dient, vorgestellt und diskutiert werden. Welche Erklärungen für die außenpolitische Zusammenarbeit von Staaten werden geboten? Was wird in der Literatur unter europäischer Außenpolitik verstanden?

In einem weiteren Schritt wird das Europäisierungskonzept vorgestellt und dieses auf die Außenpolitik der Mitgliedsstaaten angewendet. Folgende Fragen sollen beantwortet werden: Was ist Europäisierung? Was ist Europäisierung nicht? Was bedeutet die Europäisierung der Außenpolitik für die Mitgliedsstaaten? Warum kann dieses Konzept bei der Einordnung dieses Fallbeispiels hilfreich sein?

Diese Überlegungen dienen als Basis für die Analyse der Union für das Mittelmeer insbesondere ihres Gründungsprozesses.

2.1 Europäische Außenpolitik in der Theorie

Die Literatur, die sich mit der Außenpolitik² und dem Außenverhalten der EU beschäftigt, fokussiert sich auf zwei zentrale Punkte. Auf der einen Seite wird diskutiert inwiefern eine solche existiert. Andererseits wird versucht, den Erfolg des außenpolitischen Handelns der Gemeinschaft zu beurteilen und mögliche Reformansätze herauszuarbeiten. (Vgl. Alecu de Flers, 2007:10)

Wie Michael E. Smith (2004) in seinem Artikel „*Institutionalization, Policy Adaptation and European Foreign Policy Cooperation*“ betont, stellte die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) und in der Folge die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowohl für die Theorien der regionalen Integration als auch für jene der internationalen Beziehungen ein Herausforderung dar. In den Theorien der Internationalen Beziehungen dreht sich die Debatte um das Zustandekommen nationaler Interessen und die Durchsetzung ebendieser auf der internationalen Ebene. Hier stehen sich vor allem realistische und konstruktivistische Theorien auf Grund unterschiedlicher Basisannahmen gegenüber. Die europäischen Integrationstheorien beschäftigen sich vor allem mit der Frage,

² In dieser Arbeit werden sowohl der Begriff der „*Europäischen Außenpolitik*“ als auch jener der „*Außenpolitik der EU*“ verwendet. In der Literatur inkludiert erster meist auch die nationalen Außenpolitiken der 27 Mitglieder. Weiters wird dieser auch für Außenpolitik des europäischen Kontinentes verwendet – also jene Außenpolitik, die über jene der EU Staaten hinausgeht. In dieser Arbeit werden jedoch der Praktikabilität wegen die beiden Begriffe synonym verwendet wobei jene der europäischen Außenpolitik, verstärkt auf den verbleibenden Handlungsspielraum der Staaten hinweist.

wie sich die Zusammenarbeit in diesem Bereich, die als „*less than supranational but more than intergovernmental*“ (ebd.: 99) bezeichnet werden kann, aussieht und eingeordnet werden kann. (Vgl. Smith, 2004) An dieser Stelle wird nun kurz auf mögliche Erklärungen, die Großtheorien der Internationalen Beziehungen für die Zusammenarbeit in außenpolitischen Bereichen zwischen Staaten bieten, eingegangen.

Der **Realismus** geht davon aus, dass Staaten, die sich zwar in Größe und Einfluss und somit Macht unterscheiden, als zentrale Akteure der internationalen Beziehungen in erster Linie eigene Interessen verfolgen und aus diesem Grund Machtmaximierung oder Machterhalt in den Vordergrund ihrer Überlegungen stellen. Von diesen Grundüberlegungen ausgehend, kann Kooperation nur anhand einer Kosten-Nutzen-Logik folgend stattfinden. Anders ausgedrückt bedeutet dies, dass in der realistischen Sichtweise Kooperation zwischen Staaten nur dann stattfindet, wenn durch diese ein größerer Nutzen (Machtgewinn, Durchsetzung der eigenen Interessen) als Kosten (Zustimmung zu Kompromissen, Abweichung von den eigenen Interessen) zu erwarten ist. (Vgl. Filzmaier et al., 2006:73ff.) In Bezug auf die Außenpolitik von Staaten heißt dies, dass nur nationale Interessen als Triebkraft der Außenpolitik gelten. Auch wenn die Analysen der realistischen Theoretiker im Detail von einander abweichen, ist nach Zusammenfassung ihrer Aussagen folgender Schluss zulässig: „*that the interests of single European nation states will eternally block integration within the high politics realms of foreign, security and defence policy*“ (Glarbo zit. n. Bache/George, 2006:526). Durch Glarbos Aussage wird die ablehnende Position der Realisten gegenüber der Möglichkeit jeglicher Zusammenarbeit im außenpolitischen Bereich deutlich. Die Gemeinsame Außenpolitik ist nach diesen Grundannahmen der am wenigsten wahrscheinliche Fall, denn Außenpolitik zählt zu jenen Politikfeldern, in denen Autonomie und Souveränität für die Staaten zentral sind. Kommt jedoch eine Kooperation zwischen den Staaten zustande, wird diese durch das Vorhandensein gleicher Interessen bei den betroffenen Staaten erklärt. (Vgl. Bache/George, 2006:256)

In der Empirie lassen sich jedoch einige Beispiele finden, die die Kosten-Nutzen Annahmen der Realisten widerlegen. Erstens hat sich die Praxis eingebürgert, dass im Rahmen der GASP keine „trade-offs“³ zwischen den einzelnen Themenbereichen stattfinden. Weiters dominieren nicht wie Realisten annehmen, die größten Staaten die gemeinsame Außenpolitik, obwohl diese über mehr Macht, militärisches Potential und Einfluss verfügen. Schlussendlich spiegeln die Entscheidungen der GASP nicht nur den kleinsten gemeinsamen Nenner wider, sondern

3 Bei trade-offs wird versucht die Zustimmung des/r Vertragspartner durch die eigene Zustimmung in einem anderen zu erreichen. Im Rahmen der außenpolitischen Zusammenarbeit der EU ist diese Verhandlungstaktik jedoch nicht zulässig. Vielmehr wird versucht beim jeweiligen Thema einen Konsens zu erreichen.

gehen über diesen hinaus. (Vgl.Smith, 2004:96f.)

In diesem Sinne kann zusammenfassend festgehalten werden, dass realistische Ansätze zur Erklärung von außenpolitischer Zusammenarbeit eher im Falle eines Scheiterns herangezogen werden können (Vgl.Bache/George, 2006:526; Smith, 2004), aber wenig Erklärungsansätze für das „Wie“ und das „Warum“ einer erfolgreichen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene liefern.

Dem Realismus steht der **Konstruktivismus** gegenüber. Dieser nimmt im Gegensatz zu Ersterem an, dass Interessen nicht gegeben sind, sondern sozial konstruiert werden und somit auch veränderbar sind. In der Folge ist auch das internationale System sozial konstruiert, wie Alexander Wendt (1992) in seinem Aufsatz „*Anarchy is what States make of it*“ darstellt. Da Interessen als nicht gegeben angesehen werden, werden Identitäten und Perzeption der Wirklichkeit zu zentralen Faktoren neben den Strukturen, in denen die Akteure eingebettet sind, für die Prägung von Interessen. Allerdings werden nicht nur die Akteure durch die Wahrnehmung und Einbettung in die Struktur konstruiert oder verändert, sondern auch zwischen den Akteuren und ihrer Umwelt findet eine Wechselwirkung statt. So stehen also Akteure und ihre Interessen mit ihrer Umwelt in einer Wechselbeziehung. Die zentrale Fragestellung, die der Konstruktivismus also nachgeht, ist jene nach der Entstehung von Interessen und Normen als Basis für die Konstruktion der Akteure. Institutionen werden im konstruktivistischen Verständnis als Teil der Umwelt wahrgenommen. Folglich wird davon ausgegangen, dass diese veränderbar sind, aber auch ihrerseits zur Umformulierung staatlicher Interessen führen können. (Vgl.Filzmaier et al., 2006:98ff.) In diesem Sinne unterscheiden sich konstruktivistische Ansätze von realistischen bereits in der Basisannahme bezüglich der Formulierung von Interessen. Während im Konstruktivismus diese als sozial konstruiert und damit als veränderbar gelten, werden diese im Realismus als fix und unveränderbar angesehen. Allerdings gibt Smith in Bezug auf die Anwendbarkeit von konstruktivistischen Ansätzen auf die europäische Außenpolitik zu bedenken, dass konstruktivistische Ansätze die Frage nach der Institutionalisierung von Kooperation sowie dessen Folgen für die weitere Zusammenarbeit nicht beantworten. (Vgl.Smith, 2004:98)

Zusammengefasst muss eine Theorie zur Erklärung der europäischen Außenbeziehungen folgende Frage beantworten:

„How does the EU, alone among regional organizations, manage to cooperate in this sensitive policy area [Hervorhebungen durch die Autorin] in the absence of political activism by domestic actors or NGOs, sustained leadership by the most powerful EU member states, consistent pressure from non-EU member states (chiefly the US), functional spillover from

other EU policies, **political spillover** from EC organizations, *supranational voting procedures* like QMV [Qualified Majority Voting]⁴ and quid pro quo **bargains** between EU member states?" (Smith, 2004:98)

Wie gelingt – so die Frage von Smith – in diesem sensiblen Politikbereich also Kooperation, die über den kleinsten gemeinsamen Nenner hinausgeht, kein Handeln von Zustimmungen erlaubt und auch nicht von den größten Staaten dominiert wird, wenn nicht von einem spillover im Sinne der funktionalistischen Theorien von Ernst Hass ausgegangen werden kann?

Smith geht hier von der Annahme aus, dass die europäische Zusammenarbeit im außenpolitischen Bereich über einen längeren Zeitraum sowohl Ansätze für rationalistische als auch für konstruktivistische Theorien bietet. Zu Beginn – vor allem bei der EPZ – handelte sich um ein intergouvermentales Projekt während über die Zeit nationale Experten und zum Teil auch die supranationalen Institutionen an Einfluss gewannen. Seiner Meinung bietet die Analyse der Institutionen eine Möglichkeit den „*crucial link*“ (Smith, 2004:98) zwischen der Formulierung von Interessen (rationalistisch oder konstruktivistisch) und der Form der Entscheidung (intergouvermental oder supranational). Durch die genauere Betrachtung des außenpolitischen Systems der EU sei es möglich herauszufinden wie – seiner These nach durch Sozialisierungsprozesse – es zur Formulierung für Regeln der Zusammenarbeit kommt. Diese Regeln der Zusammenarbeit sieht er als „verantwortlich“ für den Übergang von der intergouvermental EPZ zur GASP, die durch deutlich mehr supranationale Elemente gekennzeichnet ist. (Vgl. Smith, 2004:98)

Der **Institutionalismus** entstand aus der liberalen Denkschule der internationalen Beziehungen und steht somit dem Realismus gegenüber, der wie oben ausgeführt davon ausgeht, dass das anarchische⁵ internationale System durch Konflikt gekennzeichnet wird, da die Staaten ihre eigenen Interessen verfolgen. Der Institutionalismus geht im Gegensatz dazu davon aus, dass Institutionen helfen können Konflikte abzubauen und Kooperation zwischen Staaten möglich machen. Anders formuliert stehen sich Realismus und Institutionalismus durch ihre unterschiedlichen Weltbilder – pessimistisch vs. optimistisch – gegenüber. Allerdings räumt White auch ein, dass in den letzten Jahren die Grenzen zwischen Realismus und Institutionalismus zunehmend verschwimmen, denn beide gehen von einem anarchischen

4 Dieses Zitat wurde vor dem Vertrag von Lissabon verfasst, der mehr Möglichkeiten zur Qualifizierten Mehrheit einführt. Diese bleiben dennoch die Ausnahme.

5 Der Realismus versteht Anarchie nicht als Chaos sondern in Bezug auf das internationale System bedeutet anarchisch das Fehlen einer Regierung.

internationalen System aus und sehen weiterhin die Staaten als zentrale Akteure in ebendiesem. Zentral ist bei beiden auch die Annahme, dass die Interessen von Staaten vom anarchischen internationalen System geprägt werden. (Vgl. White, 2001:29f.) Dies lässt aus der Geschichte erklären. Der Institutionalismus, der sich aus dem Idealismus entwickelte, musste sich von Seiten des Realismus die Kritik gefallen lassen, zu idealistisch zu sein. (Vgl. Krell, 2004:240f.) In diesem Sinne unterscheiden sie sich vom oben vorgestellten Konstruktivismus, der davon ausgeht, dass Interessen sozial konstruiert werden und auch Rückwirkungen auf das System haben, in dem die verschiedenen Akteure eingebettet sind. Dennoch bleibt die Grundannahme über die Beziehungen und folglich die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit von Staaten gegensätzlich: Konflikt vs. Kooperation.

Neuere Ansätze des Institutionalismus wie etwa jener von Hedley Bull (1995) fassen den Begriff der Institution viel weiter und gehen so über die großen internationalen Organisationen hinaus. Eine Institution wird in der Folge als „*Satz von Gewohnheiten und Praktiken, die auf die Verwirklichung gemeinsamer Ziele ausgerichtet sind*“ (Bull zit. n. Krell, 2004:241) definiert. Interessant vor allem in Bezug auf die Europäische Union ist, dass die Institutionalistinnen auf den Funktionalismus von David Mitrany zurückgreifen, der davon ausgeht, dass, wenn Staaten in einem bestimmten Gegenstandsbereich kooperieren, Institutionen entstehen. Hindernisse wie Souveränitätsfragen oder „high politics“ werden vorerst ausgeklammert. Durch die wachsende Zusammenarbeit geraten diese zunehmend in den Hintergrund und schlussendlich kann die Kooperation auf diese erweitert werden. (Vgl. Krell, 2004:241)

Wie die obige Diskussion gezeigt hat, bietet der Institutionalismus einen interessanten Ansatzpunkt um der Frage nach der Überwindung von Kooperationshindernissen nachgehen zu können. Aus diesem Grund wird im ersten Teil der Arbeit mittels einer historisch-deskriptiven Perspektive der Institutionalisierung der europäischen Mittelmeerpolitik nachgegangen.

An dieser Stelle muss jedoch der Vollständigkeit halber eingeräumt werden, dass bei der Beantwortung der Frage der Außenpolitik der EU und in der Folge deren Institutionalisierung ist es schwierig an einer grundlegenden Frage die EU betreffend vorbei zu kommen. Ein zentraler Punkt, der hierbei häufig in der Literatur und auch in Bezug auf die gemeinsame Außenpolitik aufgeworfen wird, ist die Frage nach der „*nature of the beast*“ – also die Frage ob es sich bei der EU nun um eine internationale Organisation oder um einen Staatenbund

handle. An dieser Stelle soll dieser Punkt nicht weiter diskutiert werden, da sich diese Arbeit in erster Linie mit Fragen der Zusammenarbeit in außenpolitischen Bereichen beschäftigt. Allerdings muss in Bezug auf das Außenverhalten der Europäischen Union festgestellt werden, dass viele politikwissenschaftliche Theorien dieses nur schwer einordnen können, da sie von Staaten als Handelseinheiten aus gehen. Wie Gaedkte sehr anschaulich ausführt, ist für Anhänger von einem klassischem Staatsverständnis die Außenpolitik der EU ein Widerspruch an und für sich, da sie die EU nicht als Staat sehen. Von dieser Perspektive aus gesehen, handelt es sich bei europäischer Außenpolitik nicht um jene der EU sondern um die Gesamtheit des außenpolitischen Handelns der Mitgliedsstaaten. (Vgl. Gaedkte, 2009:14)

Das von Carlsnaes erstellte Modell der europäischen Außenpolitik knüpft an diesen Punkt an. Wie nun gezeigt wird, kann die europäische Außenpolitik in drei Operationsebenen aufgespalten werden, die jedoch mit einander in Interaktion stehen und in der Praxis nicht immer deutlich von einander abgegrenzt werden können. (Vgl. Carlsnaes, 2007) Insofern unterscheidet sich die europäische Außenpolitik deutlich von jener eines Staates:

- Die Ebene der **Community foreign policy**: Hiermit sind die supranationalen Politikfelder der EU mit Außenbezug bzw. mit Drittstaatenbezug gemeint. Diese haben z.B. durch den Außenhandel zu einer größeren Sichtbarwerdung der EU geführt, und die Debatte um eine Gemeinsame Außenpolitik angestoßen.
- Weiters die Ebene der **European foreign policy**: Darunter kann man die koordinierte Außenpolitik im Rahmen der GASP verstehen, die großteils als intergouvermental zu bezeichnen ist.
- Schließlich gibt es noch die Ebene der **National foreign policy**: Also die traditionelle bilaterale Außenpolitik der Mitgliedsstaaten, die wie bereits erwähnt noch immer zu den nationalstaatlichen Kernkompetenzen zählt (Vgl. Knodt/Princen, 2003b). Dies erklärt auch, warum die GASP stark im intergouvermental Verfahren verhaftet bleibt (Vgl. Schmalz, 2006). Allerdings wird vor allem durch den Vertrag von Lissabon versucht, diese noch besser zu koordinieren (Vgl. Gaedkte, 2009).

Diese drei Ebenen machen deutlich, warum Theorien der internationalen Beziehungen, die Staaten als zentrale Handlungseinheiten umfassen, Schwierigkeiten haben, das Außenverhalten der EU aber auch das ihrer Mitglieder zu erklären. Knodt/Princen (Vgl. 2003a: 203) weisen in Bezug auf das außenpolitische Verhalten der Europäischen Union darauf hin, dass zu diesem Zweck eine Umformulierung der Theorien der internationalen Beziehungen sinnvoll sei. In diesem Fall solle der Fokus von den Eigenschaften der EU als

Akteur hin zu den Prozessen innerhalb der Gemeinschaft verlagert werden. Für die forschungsleitende Fragestellung stünde darauf hin nicht mehr „*what are the EU's external relations?*“ im Vordergrund, sondern die Frage „*what political processes take place in the EU's external relations?*“ (ebd.203)“

Wenn nun die Frage nach den Prozessen innerhalb der Außenbeziehungen der EU im Vordergrund steht, muss auch die Rolle der Mitgliedstaaten, die in ebendieser weiterhin zentrale Akteure bleiben, thematisiert werden. Der Fokus auf die Prozesse innerhalb der europäischen Außenpolitik ermöglicht eine Untersuchung der Frage nach den Prozessen, die zu einer Institutionalisierung und in der Folge zu einer Europäisierung der Außenpolitik führen, zu.

Allgemein lässt sich eine Lücke zwischen dem gewünschten und auch oft deklarierten Endziel einer „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ und diesem von den Staaten zur Verfügung gestellten Mitteln eine Diskrepanz festhalten. (Vgl. Alecu de Flers, 2007:10) Christopher Hill hat dieses Phänomen unter dem Begriff „*capability-expectations gap*“ zusammengefasst. Dieser Begriff beschäftigt sich mit den Erwartungen, die an die EU vor allem auf Grund ihrer wirtschaftlichen Stärke gestellt werden, aber meist nicht erfüllt werden. Hill sieht hier sowohl die unzureichenden Ressourcen und Instrumente zur Erreichung des gemeinsam definierten Endziels als auch den Unwillen der Mitgliedstaaten, Entscheidungen zu treffen sowie diese auch auszuführen, als Ursache für diese Diskrepanz zwischen Erwartung und tatsächlichen Fähigkeiten (Vgl. Hill, 1993) Soetendorp geht in seiner Analyse noch einen Schritt über den fehlenden Willen zur gemeinsamen Entscheidungsfindung hinaus. Vielmehr scheint es „*as if foreign policy and especially security policy remains the last great bastion of state sovereignty and that the member-states still consider foreign policy-making the reserved domain of European nation-states*“ (Soetendorp zit. n. Alecu de Flers, 2007:10).

Diese Arbeit setzt genau an diesem Punkt an – also an der Frage, ob es sich bei der Außenpolitik und insbesondere der Sicherheitspolitik um die letzte große Bastion der staatlichen Souveränität handelt oder ob diese verschiedenen Einflüssen – in dem ausgewählten Fall vor allem jene von Seiten der europäischen Partner sowie den gemeinschaftlichen Institutionen ausgesetzt ist, die schließlich zu einer Anpassung der Politik führen.

An dieser Stelle ist es wichtig festzuhalten, dass die europäische Außenpolitik nicht auf die GASP reduziert werden darf. Vielmehr gilt es diese als „*the sum of what the EU and its*

member states do in international relations“ (Hill 1998: 18) zu verstehen. Diese kann zwar eine der drei oben aufgezeigten Formen annehmen und für analytische Zwecke können diese auch getrennt werden (Vgl. White, 2001:39), dennoch sollte deren Interdependenz immer bedacht werden. Die drei Ebenen wirken also komplementär, wobei jedoch auf Grund zunehmender Interdependenzen Konflikte nicht ausgeschlossen werden können. In Bezug auf die Analysen der europäischen Außenpolitik lässt sich jedoch festhalten, dass die Frage der Verbindung und insbesondere der Wechselwirkungen zwischen der GASP und nationaler Außenpolitik eher im Hintergrund bleibt. (Vgl. Alecu de Flers, 2007:10)

In dieser Arbeit soll eben dieser Frage nach den Prozessen in den europäischen Außenbeziehungen nachgegangen werden. Der Fokus liegt hierbei vor allem auf den Veränderungen in der dritten Ebene – der nationalstaatlichen Außenpolitik. In Bezug auf die Außenpolitik der Mitgliedsstaaten hat White – und dies war für die Wahl des theoretischen Zugangs ausschlaggebend – folgendes festgehalten:

„Embedded within the concept of European foreign policy [...] is the notion that the foreign policies of member states have been significantly changed, if not transformed, by participation over time in foreign policy-making at the European level. This process of change can be referred to as the „Europeanization“ of national foreign policies.“ (White, 2001:118)

2.2 Europäisierung

Der Zugang der Europäisierung geht davon aus, dass das (außen)politische Verständnis der Mitgliedstaaten durch die Teilnahme am europäischen Politikformulierungs- und Entscheidungsprozess verändert wird. Anders formuliert wird angenommen, dass die EU, deren Instrumente und die entstandenen Normen zu Referenzpunkten werden, an denen die nationale Außenpolitik angepasst oder argumentiert wird. Knodt und Princen sind hier der Meinung, dass die Existenz der EU und die daraus folgende Kooperation als Grundlage für eine kohärentere Außenpolitik ausreichen. Supranationale Akteure müssten gar nicht erst aktiv in die Außenpolitik der EU-Staaten eingreifen, da sich diese bereits am gemeinsamen Bezugsrahmen und den daraus folgenden Standards orientieren. (Vgl. Knodt/Princen, 2003a:197f.)

Der hier angedeutete Zugang der Europäisierung soll nun in der Folge näher vorgestellt und diskutiert werden, um als Grundlage für die Analyse des ausgewählten Fallbeispiels zu dienen.

Bei der näheren Beschäftigung mit dem Zugang Europäisierung ist auffällig, wie unterschiedlich die **verschiedenen Definitionen** von Europäisierung sind. Allgemein lässt sich festhalten, dass es sich um einen häufig verwendeten Begriff handelt, dessen Verwendung nicht immer unumstritten ist. Auf Grund einer fehlenden einheitlichen Definition umschließt dieser vom Zugang des Autors abhängig – wie noch zu zeigen sein wird – viele verschiedene Begriffe und Veränderungsmechanismen. (Vgl.Olsen, 2002:921f.)

Außerdem fällt auf, dass die verschiedenen Definitionen eher weit gefasst sind, um so einen möglichst großen Teil der bisherigen empirischen Forschung umfassen zu können. In diesem Sinne:

„Europeanization is supposed to explain processes of cultural change, new identities formation, policy change, administrative innovation, and even modernization. It covers European public policy and the effects of EU decisions on national systems. It affects member states but also the wider world, as there is undoubtedly Europeanization of policy in countries applying for EU membership“ (Radaelli, 2000:4).

Anhand dieses Zitates macht Radelli sehr gut deutlich, dass Europäisierung als Konzept bei einer zu breiten Definition vor dem Problem steht, dass diese nicht mehr klar von Prozessen der europäischen Integration oder dem EU-Politikformulierungsprozess zu unterscheiden ist. (Vgl.Radaelli, 2000:2) Auch Börzels Definition von Europäisierung als „*process by which domestic politivity areas become increasingly subject to European policy-making*“ (Börzel zit. n. Radaelli, 2000:2) ist deshalb zu weit gefasst.

In einem weiteren Annäherungsschritt an den Begriff und den diversen Definitionen wird deutlich, dass es sich bei der Europäisierung um einen vieldeutigen Begriff handelt. Zwei große Linien können zuerst einmal festgehalten werden:

1. Das „*Entstehen eines politischen Systems auf europäischer Ebene*“
2. Die „*Anpassung der nationalen Systeme an die EU*“ (Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt, 2004:176).

Allerdings wirft die Feststellung, dass Europäisierung sich auch mit dem „Entstehen eines politischen Systems auf europäischer Ebene“ beschäftigt, die Frage auf, worin dieses von Prozessen der europäischer Integration zu unterscheiden ist bzw. ob hier nicht von europäischer Integration die Rede ist und insofern dieser Zugang zu weit gefasst ist.

Aus diesem Grund wird an dieser Stelle erst einmal darauf eingegangen, **was Europäisierung nicht ist**, bevor weitere mögliche Definitionen diskutiert werden.

Zuerst gilt es Europäisierung von **europäischer/politischer Integration** abzugrenzen. Dies ist insofern wichtig, denn letztere beschäftigt sich mit der Frage, warum sich Staaten zusammenschließen, welche Stellung dieser Zusammenschluss im internationalen System einnimmt und welche Schlussfolgerungen über das Verhalten von Staaten daraus gezogen werden können. Europäisierung ist in dieser Logik der darauffolgende Schritt, der sich mit der Frage beschäftigt, was nach dem Zusammenschluss passiert und welche Auswirkungen dies auf die beteiligten Staaten hat. (Vgl.Auel, 2005:294)

Außerdem handelt es sich bei Europäisierung nicht einfach nur um einen Prozess der **Annäherung**⁶. Vielmehr kann Annäherung ein mögliches Ergebnis von Europäisierung sein. Europäisierung kann jedoch auch zum gegenteiligen Ergebnis „Divergenz“ bzw. Auseinanderlaufen führen. (Vgl.Radaelli, 2000:7) Christopher Hill (1998) zeigt deutlich wie beide Prozesse sich in der europäischen Außenpolitik wieder finden und auch paradoxerweise parallel ablaufen.

Ähnlich verhält sich Europäisierung zu **Harmonisierung**. Ist diese nicht vorhanden, können in einem europäisierten Politikfeld durchaus unterschiedliche Regulierungen in den verschiedenen Mitgliedsstaaten vorhanden sein. (Vgl.Radaelli, 2000:7)

Bei Europäisierung ist also per se weder politische Integration, Annäherung oder Harmonisierung. Dieser Punkt wird bei der Auswahl einer passenden Definition zu beachten sein. Allerdings kann an dieser Stelle bereits festgehalten werden, dass europäische Integrationsmechanismen sehr wohl Rückwirkungen auf die nationale Politikebene haben, allerdings müssen diese von der Entstehung europäischer Politik zumindest analytisch getrennt werden. (Vgl.Auel, 2005:298)

Eine Definition auf die sehr häufig zurückgegriffen wird, ist jene von Ladrech. Diese wurde zur Analyse der Europäisierung Frankreichs insbesondere dessen Folgen für die nationale Politik und die französischen Institutionen erarbeitet. Interessant ist, dass er betont, dass die Veränderungen, die sich auf die Europäisierungsmechanismen zurückführen lassen, sich nicht nur auf der institutionellen Ebene wiederfinden, sondern auch im Prozess der Politikformulierung in den Beziehungen zwischen der nationalen und dem subnationalen Ebenen. Der Fokus liegt vor allem darauf, dass die supranationale Ebene zunehmenden

6 In der englischsprachigen Literatur wird dieser Prozess als convergence bezeichnet. Divergence ist der Gegenbegriff.

Einfluss auf nationale Politik und insbesondere Politikformulierung gewinnt. (Vgl.Ladrech, 1994:69)

„Europeanization is an incremental process reorienting the direction and shape of politics to the degree that EC political and economic dynamics become part of the organizational logic of national politics and policy-making.“ (Ladrech, 1994:69)

Auch die Definition von Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt (2004:176f.) ist vergleichbar. Interessant ist vor allem der Hinweis der Autoren, nicht die EU als Ausgangspunkt für die Veränderungen zu begreifen, denn sonst könne Europäisierung als „*reine Reaktion auf externe Vorgaben*“ (ebd.176) verkannt werden. Vielmehr sei Europäisierung ein bewusster Prozess – da die von Europäisierung „betroffenen“ Akteure die EU-Politik ja auch mit gestalten – auch wenn Europäisierungseffekte und vor allem ihre Form nicht immer vollkommen vorausgesehen werden können. Aus diesem Grund schlagen die Autoren einen Wechsel der Blickrichtung weg vom klassischen top-down Ansatz vor. Sie sprechen also von Europäisierung „*wenn Akteure vor Ort, d.h. in ihrem jeweiligen lokalen, regionalen oder nationalen Umfeld sich gezielt darauf einstellen, dass sie nun unter veränderten Handlungsbedingungen leben*“ (ebd.: 177).

Anders formuliert bezeichnet in ihrem Verständnis Europäisierung die „*Erweiterung des Wahrnehmungshorizontes und des politischen Handlungsraumes um die europäische Dimension*“ (ebd.: 177).

Auch bei Radaelli steht die Veränderung der nationalen Politikstrukturen im Vordergrund .

“Europeanisation consists of processes of a) construction, b) diffusion and c) institutionalisation of formal and informal rules, procedures, policy paradigms, styles, “way of doing things“ and shared beliefs and norms which are first defined and consolidated in the EU policy process and then incorporated in the logic of domestic (national and subnational) discourse, political structures and public policies.“ (Radaelli, 2004:3)

Bei dieser Vorstellung von Europäisierung wird deutlich, dass als erster Schritt die Entstehung, Verbreitung und schließlich die Institutionalisierung von Regeln und Prozessabläufen steht. In einem zweiten Schritt kommt die Wirkung auf die nationale Ebene ins Spiel. Jedoch gilt in Hinsicht auf die oben vorgenommene Abgrenzung zur politischen Integration zu betonen, dass Radaelli den ersten Schritt analytisch vom zweiten trennt und sich in seiner Analyse vor allem auf den letzteren fokussiert. Für diese verwendet Radaelli einen bottom-up Zugang, denn auch er beginnt anstatt bei der europäischen Politik als unabhängige Variable auf der Ebene der nationalen Akteure. Ihm ist es wichtig zu betonen,

dass Europäisierung nicht „das Erklärende“ sondern das „zu Erklärende“ ist, also analog zum Titel seines Aufsatzes nicht „the solution“ sondern „the problem“. Der Fokus liegt wie schon angedeutet auf der nationalen Ebene und die Interaktionen zwischen den beteiligten Akteuren, behandelte Probleme, Ressourcen und Diskursen steht im Mittelpunkt des Forschungsinteresses. In Bezug auf den Vergleich mit Ladrech wird deutlich, dass Radaelli dessen Konzept vor allem um konstruktivistische Kategorien wie Identitäten, Diskurse, Normen oder Wahrnehmungen erweitert. (Vgl. Auel, 2005:298f.; Radaelli, 2004:4f.; ebd.2000:3)

Dieser Überblick über die verschiedenen Definitionen der Europäisierung hat deutlich gemacht, wie unterschiedlich diese ausfallen. Die Diskussion ebendieser hat allerdings auch gezeigt, welche sich für die hier vorliegende Arbeit eignen und auf welche Punkte besonders Rücksicht genommen werden muss. Die zuletzt vorgestellte Definition von Radaelli hat sich als passend für die Arbeit erwiesen, da sein Zugang mit den zwei analytischen Ebenen die in der Einleitung bereits vorgestellte Zweiteilung der Arbeit widerspiegelt. Sie ermöglicht es also auf der einen Seite die Institutionalisierung der Zusammenarbeit der Außenpolitik – in diesem Fall im Rahmen der Mittelmeerpolitik – nach zu zeichnen. Außerdem können dadurch die „Spielregeln“ der Zusammenarbeit herausgearbeitet werden. Weiters ermöglicht der Europäisierungsansatz von Radaelli auch den Blick auf die Veränderungen der nationalen Politik.

2.3 Europäisierung der Außenpolitik

Wie bereits festgestellt wurde, konzentriert sich die Literatur den Europäisierungsansatz betreffend mehrheitlich auf die Innenpolitik der Staaten und der damit verbundenen Frage nach der Veränderung der nationalen Institutionen und Einstellungen. Es finden jedoch durch die lang andauernde Zusammenarbeit und die damit verbundene Ausweitung der behandelten Themenbereiche im außenpolitischen Bereich auch Veränderungen im Gesamtsystem der europäischen Außenpolitik und Sicherheitspolitik statt.

Trotz der langjährigen Zusammenarbeit findet sich weiterhin ein hohes Potential für Inkohärenz, da die Mitgliedsstaaten ihre Außenpolitik parallel weiterführen und die Zuständigkeitsverteilung nicht immer klar geregelt ist. Das Beispiel der Außenhandelspolitik, in dem die EU die ausschließliche Zuständigkeit besitzt und diese auch gerichtlich durchsetzen kann, ist eher die Ausnahme. Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit

besitzt zwar die EU Zuständigkeiten aber die Staaten können parallel dazu weiterhin ihre Entwicklungspolitik verfolgen. Auch im Bereich der GASP hat die EU Zuständigkeiten. Nationale außenpolitische Aktivitäten können aber weiterhin verfolgt werden. In der Folge kann sich nicht nur die nationale Außenpolitik von jener der Gemeinschaft unterscheiden, sondern auch die Staaten können jeweils verschiedene Politiken verfolgen. Drittstaaten empfangen so oft widersprüchliche Signale von den europäischen Staaten. Aus diesem Grund wurde im europäischen Vertragsrecht eine Kohärenz- und Loyalitätsverpflichtung vorgesehen. Außerdem sind Beschlüsse über gemeinsame außenpolitische Aktionen und über gemeinsame Standpunkte bindend. In der Praxis relativiert sich diese Kohärenzverpflichtung dadurch, dass erstens die GASP von der Judikatur des EuGH ausgenommen ist und zweitens ist es im konkreten Fall schwer zu eruieren, wie weit und ob sich ein Minister bei einem Gespräch mit Dritten vom EU-Standpunkt entfernt hat. (Vgl. Gaedtke, 2009:17f.)

Um dieses Kohärenzproblem zu verringern, zeigen sich Entwicklungen wie *„die Anpassung der nationalen außenpolitischen Strukturen an die europäischen Willensbildungsprozesse [...] sowie eine zunehmende Vernetzung auch der außenpolitischen Strukturen der Mitgliedsstaaten“* (Gaedtke, 2009:18) als vielversprechend. Dazu haben Maßnahmen zur gemeinsamen Willensbildung, die unter dem Schlagwort *„Brüsselisierung“* zusammengefasst werden können, wie etwa die Einrichtung eines ständigen Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees (PSK) in Brüssel, Treffen der PSK-Botschafter zweimal die Woche, beigetragen. Weiters wurde der Personalaustausch zwischen nationalen Ministerien und europäischen Institutionen intensiviert. Durch diese Prozesse soll die *„Sozialisierung“* der nationalen Diplomaten verstärkt werden. Auch die Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes geht in diese Richtung. (Vgl. Gaedtke, 2009:18f.) All diese Entwicklungen lassen sich unter dem Begriff der *„Europäisierung der Außenpolitik“* subsumieren.

Wie sieht die Europäisierung der Außenpolitik in der Praxis aus?

Zuerst kann der Ausbau von gemeinsamen Institutionen in Brüssel, wie er im vorhergehenden Absatz beschrieben wurde, erwähnt werden. Durch diesen Prozess findet eine Sozialisierung der handelnden Personen statt.

Vorne hinweg muss noch erwähnt werden, dass die außenpolitische Zusammenarbeit der EU kein klar zu definiertes Ziel hat, etwa im Sinne von Abbau von Handelshemmnissen als Beispiel von negativer Integration, das eindeutig messbar ist. Auch die positive Integration findet vielmehr auf der symbolischen Ebene statt, denn die Ziele der Zusammenarbeit, wie

etwa Frieden, Sicherheit, nachhaltige Entwicklung, Sicherheit und gegenseitige Achtung unter den Völkern, Beseitigung der Armut und dem Schutz der Menschenrechte⁷ bleiben eher abstrakt. Außerdem werden die Werte, die den Umgang innerhalb der Union prägen auf das außenpolitische Handeln erweitert. Dazu zählen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, universelle Achtung der Menschenrechte und –würde, und Solidarität.⁸ Wie diese Aufzählung deutlich macht, handelt es sich vielmehr um symbolische Werte als um eindeutig messbare Begriffe. Für Smith folgt daraus, dass die Formulierung von Interessen und sozialen Standards einen ähnlichen Stellenwert wie strategische Interaktion erlangen. Im Laufe der Zeit entwickelten sich so kooperative Umgangsformen, die

„created and internalized by professional experts with similar status within this framework, they matured into rules, or shared standards of behavior, long before their codification in treaty form.“ (Smith, 2004:106)

In der Folge zeichnet sich die Außenpolitik der EU durch Konsensorientierung, Problemfokussierung und die Erarbeitung von gemeinsamen Interessen, Positionen und Standpunkten aus. Die bereits lang andauernde Zusammenarbeit und das Bekenntnis zum Konsens haben auch konkrete „Regeln“ für die Zusammenarbeit im außenpolitischen Bereich zwischen den Mitgliedsstaaten entstehen lassen:

- Durch die Wichtigkeit der gemeinsamen Formulierung von Problemen, hat es sich die **Vermeidung von fixen Positionen** in wichtigen außenpolitischen Fragen **ohne vorhergehende Beratung oder Information der Partner** als zentrales Prinzip der Zusammenarbeit herauskristallisiert. Diese Verfahrensweise steht in engem Zusammenhang mit der Entstehung der transnationalen Netzwerke und dem Prozess der Brüsselisierung. Auch wenn es immer wieder Fälle von unilateralem Handeln ohne vorhergehende Konsultation gegeben hat, war die Reaktion der Partner immer ablehnend. Durch die gegenseitige Information (communauté d’information) sollen gemeinsame Positionen und Standpunkte (communauté de vue) erarbeitet werden, die schließlich in gemeinsamen Aktionen oder Politiken (communauté d’action) münden. Diese Vorgehensweise zeigt, dass Interessen nicht als vorgefertigt und unveränderbar angesehen werden können, sondern im Laufe des Kommunikationsprozess noch die Möglichkeit der Anpassung oder der Veränderung besteht.
- Die GASP Diskussionen sind **vertraulich**. Die Länder können so die erhaltenen Informationen nicht zum Nachteil ihrer Partner verwenden. Auf die Möglichkeit des

7 Vgl. Art. 3 Abs. 5 EUV-Liss

8 Vgl. Art 21 Abs. 1 EUV-Liss

Verweises auf sogenannte *domaines réservés*, bei internen Problemen (separatistische Bewegungen), bilateralen Problemen (beispielsweise der Nordirlandkonflikt) oder Krisen, die nicht alle Partner direkt betrafen (etwa Bürgerkriege in Afrika), um die Verhandlungen nicht zu blockieren, wird mittlerweile immer seltener zurückgegriffen.

- Schlussendlich verringert die im sechs Monat Rhythmus **rotierende Präsidentschaft** einerseits den Einfluss von bilateralen „special relationships“, andererseits ermöglicht sie kleineren Staaten mehr Einfluss zu gewinnen. Der Erfolg einer Präsidentschaft wird von den Partnern daran gemessen, ob diese genutzt wird, um eigene Interessen durchzusetzen, oder ob in verschiedenen bilateralen und multilateralen Situationen eine leadership Position im Sinne der Gemeinschaft eingenommen wird. (Vgl. Smith, 2004:106ff.)

Die bereits angesprochenen und oben allgemein diskutierten Entwicklungen der Europäisierung finden also auch in der Außenpolitik statt und sind nach Smith eine direkte Folge eines „institutionalized socialization processes“ (Smith, 2004:113), wie gerade aufgezeigt wurde. Diese Sozialisierungsprozesse und die Teilnahme am EPZ und GASP Prozess haben dazu geführt, dass Staaten ihre Position überdenken bzw. sogar eine neue schaffen mussten. Im Falle der Mittelmeerpolitik bedeutete dies etwa für die nordischen Staaten sich eine solche zu erarbeiten, denn diese Region gehörte nicht zum traditionellen Spektrum der nationalen Außenpolitik. Auch für die EU als Gesamtes galt es auf Grund ihrer wirtschaftlichen Stärke Positionen gegenüber Regionen zu entwickeln, die normalerweise außerhalb des traditionellen Interesses der Mitglieder lagen.

In diesem Sinne trifft das folgende Zitat, das in dieser Arbeit zu zeigende Verständnis von Europäisierung von Außenpolitik sehr gut.

„Von einer „Europäisierung“ der nationalen Außen- und Sicherheitspolitik kann nämlich nicht nur dann gesprochen werden, wenn Kompetenzen nach Brüssel verlagert werden, sondern auch dann, wenn nationale Politik unter Berücksichtigung europäischer Interessen betrieben wird bzw. eine Angleichung der Sichtweisen und Handlungsstrategien erfolgt“ (Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt, 2004:285)

In Bezug auf das gewählte Fallbeispiel wird nun zu zeigen sein, ob eine so definierte Europäisierung der Außenpolitik gegeben ist.

3 Die Institutionalisierung der europäischen Mittelmeerpolitik

In diesem Kapitel soll die historische Entwicklung der europäischen Mittelmeerpolitik bis zum Jahr 2005 nachgezeichnet werden. Das 10jährige Bestehen der euro-mediterranen Partnerschaft erwies sich als passender Zeitpunkt für erste Zwischenergebnisse, sowie Evaluierungen sowie mögliche Kritik der europäischen Mittelmeerpolitik.

Der Beginn einer europäischen Mittelmeerpolitik kann bereits mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaften 1957 festgesetzt werden. Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft durch die Römischen Verträge machte eine gemeinschaftliche Regelung der Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien Frankreichs notwendig, da diese präferentielle Beziehungen unterhielten.

Zunächst wird auf die *bilateralen Assoziierungs- und Kooperationsabkommen* zwischen der EG und den Mittelmeerländern, die jedoch durch unterschiedliche Reichweite gekennzeichnet waren, eingegangen. Hier soll vor allem herausgearbeitet werden, dass zu diesem Zeitpunkt noch nicht von einer einheitlichen Assoziationspolitik sondern vielmehr von einer Annäherung gesprochen werden kann. Um auf diese Problematik zu reagieren, startete die EG in den 1970er Jahren die „Globale Mittelmeerpolitik“.

Um den *multilateralen Zugang* zu illustrieren, der parallel zu den bilateralen Abkommen gewählt wurde, soll in einem nächsten Schritt der euro-arabische Dialog nachgezeichnet werden. Hier galt es auf die weltpolitische Lage zu reagieren und die Versorgung mit Energieressourcen aus dem Nahen Osten sicherzustellen.

Da jedoch weder die Globale Mittelmeerpolitik noch der euro-arabische Dialog die gewünschten Erfolge brachten, wurde Anfang der 90er Jahre die Neue Mittelmeerpolitik auf den Weg gebracht, die schließlich 1995 mit der Konferenz von Barcelona die Euro-Mediterrane Partnerschaft initiierte.

Für dieses Kapitel wurde ein historisch-deskriptiver Zugang gewählt, denn die Union für das Mittelmeer betritt trotz der von Präsident Sarkozy angekündigten „rupture“ kein politisches Neuland sondern wurde nach Gesprächen und Verhandlungen zwischen den EU-Ländern in den Barcelona-Prozess integriert. Aus diesem Grund müssen der aus der Geschichte der europäischen Mittelmeerpolitik erwachsene Rahmen und die damit verbundenen Konzeptionen zuerst vorgestellt und kritisch beleuchtet werden. Am Ende des Kapitels soll vor allem auf die Frage, welchen konzeptionellen Schwächen und Herausforderungen die

europäische Mittelmeerpolitik gegenüber steht, eingegangen werden. Außerdem wird eine erste Bilanz gezogen. Hier wird vor allem der Fokus darauf gelegt, ob die EU dieses Politikfeld nutzen konnte, um ihr außenpolitisches Profil weiterzuentwickeln: Konnte sich die EU als Akteur in der Region etablieren?

Es gilt vor allem die Institutionalisierung auf europäischer Ebene als Gegensatz zu nationalen meist informell bleibenden Handlungsalternativen darzustellen. In diesem Zusammenhang wird immer wieder auf die Rolle der zunehmenden Koordinierung der Außenpolitik verwiesen.

Außerdem wird auf die Positionen und Initiativen Frankreichs eingegangen. Welche Rolle spielt Frankreich noch in der Region? Welche historischen Kontinuitäten lassen sich festhalten? Lässt sich eine mögliche leadership – Position herausarbeiten? Konnte/Kann Frankreich seine Positionen innerhalb der Gemeinschaft durchsetzen?

In diesem Sinne hat dieses Kapitel die Aufgabe den Übergang von der Dominanz bilateraler Sonderbeziehungen hin zu einem gesamteuropäischen Zugang herauszuarbeiten, in dem sowohl Akteure, die traditionellerweise weniger Verbindungen zum Mittelmeerraum aufweisen, als auch die supranationalen Organe an Bedeutung gewinnen. Dies ist insofern unerlässlich, da sich nur so die Reaktionen auf das Projekt der „Mittelmeerunion“ nachvollziehen lassen.

3.1 Die Annäherung/ le rapprochement 1957 – 1972

Die bilaterale Zusammenarbeit der EG im Mittelmeerraum geht bereits auf ihre Gründung durch die Römischen Verträge am 25.03.1957 zurück. Zum damaligen Zeitpunkt wurde in Bezug auf die ehemaligen Protektorate Frankreichs Marokko und Tunesien auf deren Drängen eine „*Absichtserklärung im Hinblick auf die Assoziierung der unabhängigen Länder der Franken-Zone mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*“⁹ als Teil der Schlussakte verabschiedet. Für Libyen wurde ebenfalls eine solche Absichtserklärung¹⁰ für eine wirtschaftliche Assoziation verabschiedet.

Durch die *Assoziierungs- und Kooperationspolitik*, einem zentralen Bestandteil der Außenbeziehungen der EG bzw. der EU, werden mittels Ankommen die Beziehungen zu Dritten – sei es Staaten, Staatengruppen oder anderen internationalen Organisationen –

9 Text online unter: <http://europa.eu/abc/treaties/archives/de/detr37.htm> (zuletzt am: 10. Februar 2010)

10 Text online unter: <http://europa.eu/abc/treaties/archives/de/detr37.htm> (zuletzt am: 10. Februar 2010)

vertraglich geregelt. Dadurch ist mit verschiedenen Staaten und in verschiedenen Regionen ein intensives Netz an unterschiedlich ausgeprägter Zusammenarbeit entstanden. Die Abkommen stellen meist privilegierte Wirtschaftsbeziehungen mit Drittstaaten her und sollen auch demokratische, marktwirtschaftliche und rechtsstaatliche Strukturen fördern.

Bei Kooperationsabkommen handelt es sich um Abkommen, die im Rahmen der Gemeinsamen Handelspolitik der EG/EU zur handelspolitischen und wirtschaftlichen Verbindung mit Drittstaaten oder auch Regionen auf Dauer festgelegt werden. Über dem Kooperationsabkommen aber noch unter einer Mitgliedschaft befinden sich die Assoziationsabkommen, die sowohl gemeinsame Rechte und Pflichten wie auch gemeinsame Verfahren beinhalten. Grundsätzlich können diese beiden Abkommen in zwei große Linien gespalten werden: In jene, die zur Vorbereitung einer Mitgliedschaft dienen und jene, die als eine Kompensation für eine Nichtmitgliedschaft verstanden werden können (Vgl. Schmalz, 2006; Aligieri/Weske, 2006). Aus diesem Grund gibt es in der Praxis „*vielfältige Kooperations- und Assoziierungsabkommen mit je unterschiedlichen Mitteln und Zielen*“ (Schmalz, 2006:125). Dass diese Feststellung auch für die Abkommen mit den südlichen und östlichen Mittelmeerländern gilt, soll in der Folge aufgezeigt werden.

Obwohl bereits in den Gründungsverträgen der EG die Absicht auf Assoziierung mit Marokko und Tunesien erklärt wurde, sollte es bis zur konkreten inhaltlichen Ausgestaltung der Beziehungen jedoch noch bis 1969 dauern. Algerien war zum Zeitpunkt der Römischen Verträge mit drei Départements Teil Frankreichs. Wichtig ist es an dieser Stelle festzuhalten, dass bereits zu diesem Zeitpunkt von einer *mediterranen Dimension der Außenwirtschaftsbeziehungen* gesprochen werden kann (Vgl. Schumacher, 1998:16). Allerdings gab es neben der eben zitierten Absichtserklärung keinen weiteren Artikel in den EG-Gründungsverträgen, der explizit auf eine gemeinschaftliche Mittelmeerpolitik hinweisen oder die Gemeinschaft zur Gestaltung der Beziehungen zu den Staaten in dieser Region ermächtigen würde. Schumacher zitiert auf Grund dieser fehlenden Handlungsvorgabe Richard Pomfret, der die Entwicklung der Mittelmeerpolitik als einen Unfall sieht oder Papa/Petit-Laurent, die der Meinung sind, dass zuerst von *den* Mittelmeerpolitiken der EG-Mitgliedsstaaten gesprochen werden muss, bevor die Gemeinschaft erkannte, dass auch sie eine solche besaß (Vgl. Schumacher, 2005: 58). Generell kann die Haltung der Gemeinschaft als passiv bzw. reaktiv beschrieben werden, denn die Initiativen auf einen Abschluss von Abkommen gingen von den Mittelmeerdrittländern aus, wollten sich diese weiterhin Zugang zum europäischen Markt sichern (Vgl. Xenakis/Chrysochoou, 2001:60f.).

Allerdings muss auch eingeräumt werden, dass die Aktion der Gemeinschaft vor allem zu Beginn nur eingeschränkt bleiben konnte und eine kohärente Politik auf Grund der *beschränkten außenpolitischen Kompetenzen* noch nicht möglich war. Zu diesem Zeitpunkt war die gemeinsame Außenpolitik mit nur sehr wenigen Instrumenten ausgestattet und aus diesem Grund konnten nur tarifäre Zugeständnisse auf Basis des gemeinsamen Außentarifes gemacht werden. Auch die Gemeinsame Agrarpolitik war noch nicht weit genug fortgeschritten, um die notwendigen Schritte in Bezug auf die südlichen Partner auf den Weg bringen zu können. Als rechtliche Basis wurden schließlich der Artikel 237 für potentielle Mitglieder, Artikel 238 für Assoziationsabkommen und schließlich Artikel 111 und 113 für beschränkte Handelsabkommen herangezogen. Allerdings führte dies von Beginn an zu dem strukturellen Problem, dass mit Ländern, die ähnliche Interessen verfolgten, auf Grund der verschiedenen Rechtsgrundlagen unterschiedliche Beziehungen eingegangen werden mussten. (Vgl. Berdat, 2007:88f.; Pierros/Meunier/Abrams, 1999:51). Neben den Einschränkungen, die der Gemeinschaft von Seiten der Verträge auferlegt wurden, war diese auch mit drei weiteren Faktoren konfrontiert, die den Kurs maßgeblich bestimmten: *Druck von Seiten der einzelnen Mitgliedsstaaten, die Implementierung der Gemeinsamen Agrarpolitik und die Einschränkungen, die von Seiten des GATT auferlegt wurden.* (Vgl. Pierros/Meunier/Abrams, 1999:54)

Diese Zusicherung von privilegierten Beziehungen an die Maghrebstaaten Marokko und Tunesien rief ein Gefühl der Diskriminierung vor allem bei den südeuropäischen Staaten hervor. Diesem Eindruck wurde versucht mit dem Abschluss von weiteren Abkommen entgegen zu wirken, die von Seiten der Mittelmeerdriftländer¹¹ (MDL) aus teilweise kurzfristigen Überlegungen heraus geschlossen wurden (Vgl. Jünnemann, 2009:6; Khalatbari, 2004). Jünnemann (2009:32) spricht in Bezug auf diese Abkommen sogar von „*einer Art Kettenreaktion, [...], die wiederum zu neuen Diskriminierungen führten und damit zu neuen Forderungen der Diskriminierten*“. Die Politik der 60er und 70er Jahre war demnach von Reaktionen auf verschiedene Forderungen geprägt (Vgl. Jünnemann, 2009).

Mit den NATO-Partnern Griechenland (1961) und die Türkei (1963) wurden auf Grund ihrer strategischen Lage im Kalten Krieg die nächsten Assoziierungsabkommen abgeschlossen. In den 70er Jahren folgten Malta und Zypern. Neben ihrer strategischen Wichtigkeit war eine

¹¹ Zu diesem Zeitpunkt beinhalten diese auch die späteren EG Mitglieder Portugal, Spanien und Griechenland bzw. die späteren EU Mitglieder Malta und Zypern.

weitere Besonderheit dieser Abkommen, dass diese eine Beitrittsperspektive enthielten (Vgl. Jünemann, 2009:32).

Diese neuen Abkommen relativierten in der Folge die bevorzugte Stellung Marokkos und Tunesiens. So traten die beiden Staaten 1963 an die Gemeinschaft heran. Sie forderten zeitlich unbegrenzte Abkommen, die sowohl die Handelsbeziehungen auf eine rechtliche Grundlage stellten als auch wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung enthielten. Zusätzlich wurden noch Forderungen nach einem gleichberechtigten Zugang zum Intra-EG Handel und nach Lösungen des Arbeitskräfteproblems über einen Zugang für ArbeiterInnen zum europäischen Markt erhoben. Zum Abschluss der Abkommen im Jahre 1969 kam es erst nach langwierigen Verhandlungen, die sich aus der Schwierigkeit europäische Agrarinteressen mit jenen der Mittelmeerländer zu vereinen, erklären lassen. Zusätzlich versuchten Deutschland und Italien den Abschluss dieser Abkommen soweit wie möglich hinauszuzögern, denn sie sahen in Frankreich den Hauptprofiteur dieser Abkommen. Schlussendlich wurde 1969 ein Handelsabkommen zwischen der EG und den beiden Staaten geschlossen, das als Basis für eine zukünftige Freihandelszone¹² galt. Obwohl die beiden Abkommen nur Bestimmungen in Bezug auf den Warenverkehr beinhielten, werden sie doch als Assoziierungsabkommen bzw. Teil-Assoziierungsabkommen bewertet, da diese auf Art. 238 EWGV basieren. In diesem Sinne soll der symbolische Wert durch die Bezeichnung Assoziierungsabkommen für die EG nicht unterschätzt werden, konnte diese so ihrer 1957 verabschiedeten Absichtserklärung gerecht werden (Vgl. Schumacher, 1998:23f.; ebend. 2005: 61f.).

Dass zu diesem Zeitpunkt noch kein Abkommen mit Algerien zu Stande kam, lässt sich daraus erklären, dass das Land erst 1962 unabhängig geworden war, was zu einer „Sonderbehandlung“ führte. Diese Sonderbehandlung äußerte sich durch vollkommen unterschiedliche Zugänge zu den europäischen Märkten – vom unbeschränkten Zugang etwa in Frankreich über die Gewährung von Zollsätzen wie vor der Unabhängigkeit bis hin zur Behandlung als ein Drittland. Da diese Sonderbehandlung auch in Hinblick auf Marokko und Tunesien nicht weiter aufrechterhalten werden konnte, wurde der am 1.1.1968 in Kraft getretene Gemeinsame Zolltarif auch gegenüber Algerien angewendet. Frankreich war für die Durchsetzung dieser Maßnahme nicht unerheblich, da es den Import des deutlich billigeren algerischen Weines und dadurch Konkurrenz auf den europäischen Märkten befürchtete. Algerien wurde also in der Folge von 1968 bis zum Abschluss des Assoziierungsabkommens

12 Zu einem späteren Zeitpunkt wird 2010 als zeitlicher Rahmen für deren Einrichtung fixiert.

1976 wie ein Drittland behandelt, da das Angebot eines Abkommens im Sinne jenes von Marokko und Tunesien von Algerien als unzureichend und mit der Unabhängigkeit als unvereinbar abgelehnt wurde (Vgl. Schumacher, 1998: 33ff.; ebd. 2005:64).

In Zusammenhang mit dem Abschluss dieser Abkommen soll einerseits das *Interesse Frankreichs* seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluss nach der Unabhängigkeit zu wahren, andererseits seine koloniale Vergangenheit aufzuarbeiten, betont werden (Jünnemann, 2009; Khalatbari, 2004). Für manchen Beobachter lässt sich aus dieser treibenden Rolle Frankreichs sogar ableiten, dass zu diesem Zeitpunkt „*die Mittelmeerpolitik hauptsächlich die Interessen Frankreichs [reflektierte]*“ (Benkö, 2000:34).

Interessant ist der Verweis auf Spanien und Israel, die nur präferentielle Handelsabkommen erhielten. Eine Assoziierung mit dem Spanien Francos wurde von den Benelux-Staaten blockiert. Im Falle Israels scheiterte eine Assoziierung in der Folge eines französischen Vetos anlässlich des Sechs-Tage-Krieges von 1967. Dass schließlich beiden Staaten das Angebot eines präferentiellen Handelsabkommens gemacht wurde, kann als ein Interessensausgleich innerhalb der EG verstanden werden (Vgl. Jünnemann, 2009:33). Der Abschluss des präferentiellen Handelsabkommens mit Israel wurde durch den Rücktritt Charles de Gaulles, einem Hauptgegner der engeren Beziehungen zu Israel, erleichtert. Auch wenn dieses Abkommen eine 40% Zollsenkung des Gemeinsamen Zolltarifs für israelische Zitrusfrüchte beinhaltete, waren noch immer ein nicht unerheblicher Teil der israelischen Produkte davon ausgenommen oder von Mengenbeschränkungen betroffen (Vgl. Schumacher, 2005:63).

Im Sinne einer *Politik der EG der „Äquidistanz“* (Steinbach zit. n.Khalatbari, 2004:13) zwischen Israel und den arabischen Staaten, die gleichwertige Beziehungen mit Israel als auch mit den arabischen Staaten herzustellen versucht, wurden auch diesen präferentielle Handelsabkommen angeboten. Diese wurden schließlich am 13. Juli 1972 bzw. am 18. Dezember 1972 mit dem Libanon und Ägypten als reziproke und zeitlich begrenzte Abkommen mit einer 40% Zollsenkung auf die wichtigsten Zitrusfruchtexporte unterzeichnet. Dass es zu diesem Zeitpunkt mit Jordanien und Syrien zu keinem Abschluss von Abkommen kam, lässt sich sowohl durch den fehlenden Nachdruck von Seiten der EG als durch die auf innenpolitische bzw. regionale Ereignisse gerichtete Aufmerksamkeit der beiden Staaten – wie etwa die Auseinandersetzungen mit der PLO im „Schwarzen September“ 1970 in Jordanien oder im Falle von Syrien die gescheiterten Unionsverhandlungen mit Ägypten und dem Irak sowie den israelisch-arabischen Konflikt - erklären (Vgl. Schumacher, 2005: 63ff.).

Abbildung: Übersicht der bilateralen Abkommen zwischen der EG und MDL

Staat	Abkommen	Unterzeichnung	Inkrafttretung	Ende der Gültigkeit bzw. neues Abkommen
Griechenland	Assoziierung	9. Juli 1961	1. November 1962	
Türkei	Assoziierung	12. September 1963	1. Dezember 1964	
Tunesien	Assoziierung	28. März 1969	1. September 1969	31. August 1975
Marokko	Assoziierung	31. März 1969	1. September 1969	31. August 1975
Spanien	Präferentielles Handelsabkommen	29. Juni 1970	1. Oktober 1970	31. Dezember 1985
Malta	Assoziierung	5. Dezember 1970	1. April 1971	
Zypern	Assoziierung	19. Dezember 1972	1. Juni 1973	
Portugal	Handelsabkommen	22. Juli 1972	1. Jänner 1973	
Jugoslawien	Nicht präferentielles Handelsabkommen	19. März 1970		
Israel	Präferentielles Handelsabkommen	29. Juni 1970	01. Oktober 1970	
Tunesien	Kooperationsabkommen	25. April 1976	1. November 1978	28. Februar 1998
Algerien	Kooperationsabkommen	26. April 1976	1. November 1978	31. Mai 2005
Marokko	Kooperationsabkommen	27. April 1976	1. November 1978	29. Februar 2000
Jordanien	Kooperationsabkommen	18. Jänner 1977	1. November 1978	30. April 2004
Libanon	Assoziierungspakt	3. Mai 1977	1. November 1978	
Ägypten	Kooperationsabkommen	18. Jänner 1977	1. Jänner 1980	31. Mai 2004
Syrien	Kooperationsabkommen	18. Jänner 1977	1. Jänner 1980	

Die bereits angesprochenen kurzfristigen Motivationen, führten zu einer „*Ad-hoc Vertragsschlusspolitik*“ (Keßler, 2007:66)“, die zu einer Vielfalt von uneinheitlichen Abkommen führte. Diese war nur mehr schwer überschaubar. Hinzu kam, dass die einzelnen Mitglieder noch über individuelle Abmachungen mit den Drittländern verfügten (Vgl.Steinbach, 1979:307).

Problematisch ist dies insofern, da deshalb *kein globaler oder einheitlicher Zugang* zu Stande kam. Anstatt eines geographisch kohärenten Zuganges kann vielmehr von einem „*politischem Flickwerk*“ (Jünemann, 2009:33) oder „*unzusammenhängenden Beziehungsmosaik*“ (ebd.) gesprochen werden. Es gab also keine *common policy* gegenüber dem Mittelmeerraum. Außerdem waren die Abkommen nur von bestimmter Dauer und vor allem fehlte ihnen eine regionale Perspektive (Vgl.Xenakis/Chrysochoou, 2001:60).

Dies zeigte sich auch anhand der Auswahl der Vertragspartner. So wurde das Spanien Francos und das zu den Blockfreien Staaten gehörende Jugoslawien einbezogen wurden, aber Länder wie Algerien, Albanien, Syrien, Libyen und Jordanien außen vor gelassen. Neben der selektiven Auswahl der Vertragspartner lässt sich für die aus dieser Zeit stammenden Abkommen festhalten:

„That [they] had little relation to one another, complex and divergent commercial content, an assortment of institutional modalities and different provisions regarding the political future of each bilateral relationship.“ (Shlaim/ Yannopoulos zit. n.Schumacher, 2005: 60)

Bereits 1970 wurde für die europäische Mittelmeerpolitik folgendes konstatiert:

„Das bisherige Vorgehen der Gemeinschaft [ist] im Wesentlichen eine Summe von pragmatischen Reaktionen auf konkrete Probleme, nicht aber Ausdruck einer wohlkonzipierten und leicht erkennbaren Politik gewesen.“ (GIGA, 1970:30)

Schumacher (Vgl.2005:65) macht vor allem die nationalen Befindlichkeiten wie auch historisch gewachsene Bindungen – *special relationships* – aber auch das politisch hochsensible Klima rund um den Nahostkonflikt als Ursachen für das Fehlen einer kohärenten Mittelmeerpolitik aus. Auch die zu diesem Zeitpunkt in Kraft getretene GAP, die versucht den europäischen Agrarmarkt gegenüber ausländischer Konkurrenz zu schützen, wie auch das GATT erschwerten präferentiellen Marktzugang für die Länder des Mittelmeerraums.

Dieser konzeptionellen Problematik der Ungleichbehandlung sollte mit dem 1972 verabschiedeten Konzept der „Globalen Mittelmeerpolitik“ entgegengewirkt werden, dessen Ziel die Standardisierung der Abkommen mit Drittstaaten im Mittelmeerraum sein sollte (Vgl. Jünemann, 2009:33ff.; Khalatbari, 2004; Schumacher, 2005:59).

3.2 Die Globale Mittelmeerpolitik (GMP) – une approche globale?

Die Anstöße zur Entwicklung eines kohärenten Konzeptes kamen nicht aus der Gemeinschaft der Sechs, sondern von außen. Die nordafrikanischen Staaten forderten im Rahmen der Neuverhandlung der Abkommen von Marokko und Tunesien von der Gemeinschaft eine kohärente Politik gegenüber den Staaten der Mittelmeerregion, denn sie fühlten sich auf Grund der Abschlüsse der Assoziationsabkommen mit Griechenland und der Türkei diskriminiert (Vgl. Masala, 2000:6). Außerdem galt es die Auswirkungen der anstehenden Erweiterung der Gemeinschaft um Großbritannien, Irland und Dänemark auf den spanischen und israelischen Außenhandel zu berücksichtigen. Weiters hatten Spanien, Israel und die Türkei Anträge auf die Einbeziehung in das Allgemeine Präferenzsystem gestellt (Vgl. Steinbach, 1979:307). Außerdem standen die bisherigen Abkommen auf Grund ihrer 5jährigen Befristung kurz vor dem Auslaufen (Vgl. Vogel, 1979:290).

Von Seiten der EG wurde nun ein Ansatz gewählt, der im Gegensatz zu den bisherigen individuellen Abkommen, eine „globale Politik“ vorsah, mit der es vermieden werden konnte, ständig Abkommen an neue Forderungen anzupassen. Dennoch sollte dieser „*approche globale*“ (Maurice Schumann) nicht als Ansatz verstanden werden, der gleiche Beziehungen mit allen MDL vorsah, sondern eher als ein Rahmen für kohärente Politik gegenüber dieser Region (Vgl. Berdat, 2007:98).

Neben diesen regionalen Entwicklungen hatten auch jene auf internationaler Ebene großen Einfluss auf die Neukonzipierung der Mittelmeerpolitik der EG. Auf dieser Ebene fiel der den 70er Jahren vorausgegangene wirtschaftliche Aufschwung in den EG-Staaten mit einer Phase der Entspannung im Kalten Krieg zusammen und so konnte die EG auf Grund einer verminderten Notwendigkeit zur Blocksolidarität zu einer aktiven Gestaltung ihrer Außenbeziehungen übergehen (Vgl. Jünemann, 1999:38f.; Khalatbari, 2004:8f.). Das Bedürfnis nach einem eigenständigen außenpolitischen Profil der „*Zivilmacht Europa*“ wuchs. In diesem Sinne sollte die EG

„ihr ökonomisches Potential dahingehend nutzen, mit Drittländern, oder besser noch Regionen *gleichberechtigte Partnerschaften* (Hervorhebung der Autorin) einzugehen. Durch das Nichtvorhandensein von Attributen einer Supermacht wie militärische Stärke und durch die Aufgabe kolonialer Bindungen könnte Europa zu einer führenden Kraft hin zu einem veränderten internationalen System werden, das auf Demokratie und Menschenrechten basiert. Eine globale Mittelmeerpolitik zusammen mit dem Lomé-Abkommen, sollte eine zentrale Rolle

innerhalb dieser „Zivilmacht“-Konzeption spielen.“ (Borchardt, Ulrike zit. n. Jünnemann, 1999:38)

Dieses ambitionierte Konzept der Zivilmacht, das ebenso wie die Aufnahme der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) im Zusammenhang nach dem Wunsch eines eigenständigen politischen Profils zu sehen ist, brachte neben den bisher präferierten ökonomischen Interessen nun auch politische Interessen wie die Wahrung von Demokratie und Menschenrechten ins Spiel. Über gleichberechtigte Partnerschaften sollte es zu einer „*Kooperation ohne jegliche Abhängigkeit*“ (Jünnemann, 2009:33) kommen. All diese Entwicklungen sind jedoch untrennbar mit den Entwicklungen des Kalten Krieges verbunden. So wurden diese wie bereits erwähnt durch eine Entspannung innerhalb des Ost-Westkonfliktes möglich. Für die Entwicklungsländer stellte diese Politik eine Möglichkeit dar, das Blockdenken zwischen Ost und West zu überwinden, denn „*Europa stellte für sie eine Art dritten Weg dar*“ (Schäfer, 2007:94).

Diese Veränderungen im internationalen System sowie die daraus resultierende veränderte Zielsetzung der EG blieben nicht ohne Wirkung auf die Mittelmeerpolitik. So wurde 1972 das sogenannte „Globalkonzept“ als Rahmen für alle nachfolgenden bilateralen Assoziierungsabkommen zwischen der EG und einzelnen Mittelmeerländern verabschiedet. Außerdem wurden die bisher geschlossenen Abkommen, die aus unterschiedlichen Motiven unterzeichnet worden waren und sich durch ihre unterschiedliche Reichweite auszeichneten, vereinheitlicht. Die nach langen Verhandlungen verabschiedeten Leitlinien für dieses umfassende Konzept umfassten im Wesentlichen zwei Bereiche. Einerseits wurden Zugeständnisse für Ausfuhren aus den Mittelmeerländern in die EG gemacht und andererseits wurde verstärkt auf finanzielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit gesetzt. Da vor allem Agrarprodukte nicht zollfrei ausgeführt werden konnten, gewannen vor allem die Kooperationsteile, die von Seiten der Kommission als Entwicklungshilfe angesehen wurde, an Bedeutung (Vgl. Schäfer, 2007:91; Jacobs, 2000:180). Im Konkreten handelte es sich um

„eine vollständige Öffnung des Marktes der Gemeinschaft für Industriewaren, einen präferentiellen Zugang für Agrarprodukte, eine wirtschaftliche Kooperation und gegebenenfalls eine finanzielle und technische Hilfe von seiten der Gemeinschaft [...]. Inhalt und Ausmaß der mit den betroffenen Ländern abzuschließenden Abkommen sollen nach den besonderen Gegebenheiten jedes Einzelfalles festgelegt werden“. (Steinbach, 1979:308)

Von Seiten der Gemeinschaft wurde dem unterschiedlichen Entwicklungsniveau der südlichen Staaten Rechnung getragen und aus diesem Grund verzichtete die Gemeinschaft auf

Reziprozität der Handelspräferenzen – das heißt die MDL, Israel war davon ausgenommen, mussten ihrerseits der Gemeinschaft keine Handelsvorteile zukommen lassen (Vgl. Vogel, 1979:291).

Doch das Konzept der Globalen Mittelmeerpolitik (GMP) stieß schon 1973 bzw. 1979 erneut, durch die von den Ölschocks veränderten Handelsströme an seine ökonomischen Grenzen. Zusätzlich erschwerten die zunehmenden politischen Spannungen im Nahen Osten die Umsetzung des neuen Konzeptes. Aus diesem Grund wurde es nie in geplanter Weise umgesetzt (Vgl. Jünemann, 1999:39; Schäfer, 2007:91).

Dennoch wurden in der Folgezeit weitere Abkommen mit Israel, Algerien, Marokko, Tunesien, Ägypten, Jordanien, Syrien und dem Libanon geschlossen und „*waren als Netzwerk gedacht, das den Boden für eine spätere politische europäisch-mediterrane Kooperation bilden sollte*“ (Schäfer, 2007:91). Es wurden also mit der Ausnahme von Jugoslawien und Albanien mit allen Mittelmeerdrittländern Abkommen abgeschlossen.

Außerdem ist in Bezug auf die neugeschlossenen Abkommen festzuhalten, dass diese Handelsrestriktionen von Seiten der EG gegenüber Produkten aus den für diese südlichen und östlichen Mittelmeerländer sehr wichtigen Textil- und Agrarsektoren vorsahen. Diese Restriktionen führten meist zu einer Enttäuschung der Hoffnungen in den MDL, worunter auch die *Glaubwürdigkeit* der EG litt, hatte ihre GMP doch eine gleichberechtigte Partnerschaft als deklariertes Ziel (Vgl. Schäfer, 2007:91f.).

Jünemann kritisiert, dass für die in den 70er Jahren geschlossenen Abkommen im Gegensatz zum Ziel der GMP *kein übergreifendes Konzept* zu erkennen war, was sich unter anderem durch *innereuropäische Interessensgegensätze* erklären lässt. Neben diesem Mangel an Kohärenz kam es auch zu keiner Aufhebung des Abhängigkeitsverhältnisses zwischen Nord und Süd. Trotz all dieser Probleme wurde der Ansatz zumindest formell bis in die 90er Jahre aufrecht erhalten (Vgl. Jünemann, 1999:40). Die GMP konnte also ihrem Grundsatz der gleichberechtigten Partnerschaft nicht gerecht werden. Interessant ist in diesem Zusammenhang die bereits 1970 ausgesprochene Warnung in Bezug auf die Assoziierungspolitik der EG:

„Spätestens Ende 1972 (Beginn der Neuverhandlungen [der Abkommen] nach Artikel 14) schlägt die Stunde der Wahrheit. Dann wird die Gemeinschaft vor der Frage stehen, ob sie eine enge Assoziierung als Form und Ausdruck einer gemeinschaftlichen Politik im Mittelmeerraum wünscht oder ob sie sich mit guten Handelsbeziehungen begnügen will. Im letzten Falle sollte man auf die Assoziierung verzichten.“ (GIGA, 1970:35)

Neben den aus den Ölschocks resultierenden ökonomischen Problemen und den Handelsrestriktionen für die MDL wirkten auch politische Faktoren negativ auf den Prozess der GMP ein. So sahen etwa die USA die Bemühungen Europas um die arabischen Staaten etwa im Rahmen des euro-arabischen Dialoges, auf Grund ihrer guten Beziehungen zu Israel als Verletzung ihrer eigenen Interessen.

Auch auf europäischer Ebene verhinderte das Paradox, dass auf der einen Seite Schritte in Richtung Supranationalität unternommen wurden und auf der anderen Seite die intergouvermentale Komponente verstärkt wurde, eine klare Linie in der Außenpolitik in diesem Fall im Speziellen in der Mittelmeerpolitik. Auf der einen Seite war der Abschluss sowie das Verlängern von Handels-, Kooperations- und Assoziationsverträgen zu diesem Zeitpunkt bereits vergemeinschaftlicht und unterlag der Aufsicht der Europäischen Kommission d.h. Es handelte sich hierbei um ein supranationales Politikfeld. Auf der anderen Seite war 1970 die EPZ beschlossen worden und diese gab der außenpolitischen Zusammenarbeit eine stark intergouvermentale Komponente. Diese Problematik wurde zusätzlich durch zwischenstaatliche Interessensdifferenzen verstärkt. Jünnemann sieht die EPZ für die Mittelmeerpolitik „*obwohl die Einführung der EPZ eigentlich auf eine Vertiefung der EG im Bereich der Außenpolitik zielte*“ als problematisch, „*war durch ihren intergouvernementalen Charakter eher die nationalstaatliche Komponente verstärkt worden, die im Bereich der Mittelmeerpolitik aufgrund der divergierenden Interessen der EG-Mitgliedsstaaten geradezu kontraproduktiv wirkte*“ (Jünnemann, 1999:40).

Als Beispiel für einen solchen innereuropäischen Interessenskonflikt kann etwa der spanisch-italienische Widerstand gegen die französische Dominanz in der Mittelmeerpolitik genannt werden (Vgl. Benkö, 2000:34).

Mit der bevorstehenden Süderweiterung – 1981 Griechenland und 1986 Spanien und Portugal – nahmen die Befürchtungen der MDL vor der Konkurrenz südeuropäischer Produkte zu, vor dieser sie bisher durch Assoziierungs- und Zollabkommen geschützt waren. Doch durch die schrittweise Aufhebung der Zölle zu den drei neuen Mitgliedern ging ihnen dieser Vorteil verloren. Außerdem befürchteten die MDL, dass durch das Vorantreiben der Angleichung des Lebensniveaus dieser drei Länder an jenes der EG der Mittelmeerraum in den Hintergrund treten würden (Vgl. Jünnemann, 2009:34; Khalatbari, 2004:11). Um diese durch die Erweiterung entstandenen Nachteile für die MDL insbesondere für die Maghrebstaaten abzufangen, begann die EG 1983 mit Sondierungsgesprächen, die eine

Anpassung der Kooperationsabkommen zum Ziel hatte. Zum endgültigen Abschluss ebendieser kam erst jedoch erst 1987/8. Mittels dieser Abkommen wurden die Einfuhrbeschränkungen in Bezug auf gewisse Textilwaren ganz und für Agrarprodukte teilweise beseitigt („sensible Produkte“ wie Öl, Tomaten, Oliven, Kartoffel und Zitronen unterlagen weiterhin Mengenbeschränkungen) (Vgl.Masala, 2000:7). Dennoch waren die MDL gehalten, Mindestpreise einzuhalten. Damit versuchte die Gemeinschaft die Gemeinschaftspräferenz sicher zu stellen (Vgl.Vogel, 1979:292).

Die Befürchtungen der MDL durch die Aufnahme der neuen Mitglieder in den Hintergrund zu gelangen, erwies sich nicht als unberechtigt, da die Zugeständnisse in neuen Abkommen begrenzt blieben und so das Ziel der Stabilisierung der MDL-Agrarexporte nicht erreicht werden konnte. Denn nach Ablauf sämtlicher Übergangsfristen unterlagen die Mittelmeerprodukte zwar den selben Zöllen wie jene der Südeuropäer, doch hatten diese auf Grund der kürzeren Transportwege einen komparativen Kostenvorteil (Vgl.Jünnemann, 2009:34f.). Bereits vor der Erweiterung bestehende Hoffnungen auf neue Absatzmärkte durch eine Zunahme des Konsums in der Europäischen Gemeinschaft erwiesen sich als düster, weil eher die EG diese belieferte als die MDL (Vgl. GIGA, 1970:34). Aus diesen Gründen kam es schlussendlich zu einem Rückgang der MDL-Exporte, was in einer Verschlechterung der Handelsbilanz der MDL gipfelte (Vgl.Jünnemann, 2009:34f.). In diesem Sinne wogen die negativen Auswirkungen, die aus der Süderweiterung der EG und des in Kraft tretenden Binnenmarktes folgten, schwerer als der positive Effekt der Erweiterung ihres Exportmarktes (Vgl.Khalatbari, 2004:11). Aus diesem Grund kommt Jünnemann (2009:32) in Bezug auf die GMP auf folgenden Schluss:

„Auch von einer Aufhebung des Abhängigkeitsverhältnisses der MDL gegenüber der EG konnte keine Rede sein, so dass die ursprüngliche Zielsetzung des Globalansatzes als gescheitert betrachtet werden muss.“

Aus europäischer Sicht ergibt sich allerdings nicht nur ein negatives Bild, denn für die Gemeinschaft wurde durch die Sicherung des Absatzmarktes im südlichen Mittelmeerraum die Handelsbilanz ausgeglichen und übernahm so eine wichtige Funktion gegenüber Regionen wie Japan, OPEC-Ländern sowie Südamerika, in denen negativ bilanziert wurde (Vgl.Jacobs, 2000:181).

In diesem Sinne blieb die GMP bis Ende der 80er Jahre ein Ordnungskonzept oder eine bürokratische Kategorie, die sehr heterogene Staaten und Abkommen umfasste. Wichtig ist es vor allem festzuhalten, dass es sich weiterhin um eine ökonomische Kooperation im

klassischen Sinn handelte (Vgl.Schmid, 2003:24). Für Xenakis/Chrysochoou handelt es sich hier bei der GMP eher um eine Kodifizierung der bisherigen Praktiken als um eine tatsächliche Institutionalisierung eines Regimes (Vgl.2001:62). Auch die Kommission räumt ein, dass die Ergebnisse gemischt sind, da viele Wirtschaftszweige der MDL aufgrund verbleibend hoher Schützzölle weiterhin vom europäischen Markt abgeschottet bleiben (Vgl.Kommission, 1994).

Die GMP sollte aber auch im Gesamtzusammenhang rund um die außenpolitische Entwicklung der EG betrachtet werden. Berdat zeigt auf, dass die GMP für die EG die Funktion der Ausübung einer neuen wirtschaftlichen Macht erleichterte. Zusätzlich handelt es sich bei ihr aber auch um ein Instrument, das bei einer Weiterentwicklung der noch in den Kinderschuhen steckenden Außenpolitik sowie es der Gemeinschaft ermöglichte, eine Rolle als Fürsprecherin der Länder der Dritten Welt einzunehmen. Die GMP ist aber vor allem ein ökonomischer Ersatz für einen zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglichen politischen Zugang (Vgl. Berdat, 2007:104,107). In diesem Sinne war die Vertragspolitik der Gemeinschaft im Mittelmeerraum *„keineswegs freilich eine Mittelmeer-,Politik“, sondern war nur Ausdruck eines natürlichen Schwergewichts, das diesen Raum aus verschiedenen Gründen innerhalb der Außenbeziehungen der Gemeinschaft zukommen musste“* (Steinbach, 1979:309).

Obwohl die GMP ihren ambitionierten – deklarativen - Zielen der Gleichberechtigung und der Aufhebung der Abhängigkeit der Partner nicht gerecht wurde, verlor der Mittelmeerraum *„im Herzen der Rivalität zwischen den Supermächten* (Schäfer, 2007:92)*“* nicht an (strategischer) Bedeutung für die EG. In Frankreich sprach man sogar von einer *„Mittelmeerbefugung Europas“* (ebd.: 92). Aus diesem Grund wich schon bald die reaktive Politik, die auf Druck von außen zustande gekommen war, *„der Einsicht in die Notwendigkeit zu einer eigenständigen und offensiven Politik“* (Masala, 2000:8).

3.3 Das Scheitern des euro-arabischen Dialoges (EAD)

In der Retrospektive stellt der euro-arabische Dialog (EAD) eine innovative Form des *interregionalen Dialoges* zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Arabischen Liga (AL)¹³ dar. Der Nahe Osten war als Region erst relativ spät in das Interesse der EG gerückt.

13 Mitglieder der AL: Ägypten, Algerien, Bachrein, Dschibuti (ab 1977), Irak, Jemen, Jordanien, die Komoren (seit 1993), Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Mauretanien, das Sultanat von Oman, Qatar, Saudiarabien, Somalia, Sudan, Syrien, Tunesien, die Vereinigten Arabischen Emirate und die palästinensische Autonomie-Behörde (vertreten durch die PLO).

Im Rahmen des Sechstagekrieges 1967 fehlten der EG noch formelle Instrumente zur Koordinierung ihrer Außenpolitik. Erst im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) wird der Nahe Osten basierend auf historisch-kolonialen Bindungen, strategischen Interessen, Abhängigkeit vom Erdöl, Handelsinteressen sowie geographischer Nähe als Handlungsfeld aufgenommen. Bei den Positionen der EG handelte es sich um:

„collective national and European interests in the Levant, a genuine desire to make a political contribution, a frustration over time of being a „payer“ but not a „player“ in the region, and the international need to build EPC and achieve results“ (Ginsberg, 2001:110).

Als 1973 die arabischen Staaten Öl als Druckmittel einsetzten, um ihren Forderungen in der Folge des Jom-Kippur-Krieges Nachdruck zu verleihen, blieb die Gemeinschaft – außenpolitisch in der Lage zu reagieren oder nicht – nicht mehr länger von den Folgen des Israelisch-arabischen Konfliktes verschont. Im konkreten Fall der Niederlande wurde ein Embargo verhängt. Die anderen EG Länder sahen sich ebenso von einer Verdreifachung des Ölpreises sowie einer beginnenden Inflation betroffen, während sich die europäische Wirtschaft in einer Rezession befand (Vgl.Ginsberg, 2001:109f.; 117).

Der Dialog selbst geht auf einen Vorschlag der arabischen Staaten zurück, die im Dezember 1973 in Kopenhagen an die Gemeinschaft herantraten, um weitere Partner im israelisch-palästinischen Konflikt zu gewinnen. Die Idee mit den arabischen Ländern Gespräche einzugehen, war in der Gemeinschaft schon seit 1970 diskutiert worden. Insbesondere Frankreich sah darin eine Möglichkeit seine *politique arabe* und die damit verbundene Annäherung an den Nahen Osten in einen gesamteuropäischen Kontext zu stellen und auf diesem Wege seine Position innerhalb der EG/EPZ aufzuwerten. Die zu diesem Zeitpunkt noch vorhandenen Widerstände, relativierten sich im Kontext des Ölschocks 1973, der den europäischen Staaten ihre Abhängigkeit vom Öl und vom guten Willen der arabischen Partner vor Augen geführt hatte (Vgl.Jacobs, 2003:313). Zusätzlich hatten einige europäische Staaten Interesse daran, ihr Gewicht in der Region zu stärken sowie einen weiteren Markt für ihre Produkte zu erschließen (Vgl.Khalatbari, 2004:12f.; Masala, 2000:9). Vor allem Frankreich sah die Möglichkeit *„to showcase the new EPC as a forum for a European foreign policy independent of Washington“ (Ginsberg, 2001:110).* Die USA standen jedoch der Aufnahme von Gesprächen kritisch gegenüber und artikulierten dies in sehr deutlicher Weise. Um den transatlantischen Konflikt zu entschärfen, Amerikas Rolle in der Region sowie den Aufbau der Internationalen Energie Agentur nicht zu untermauern, wurde unter deutscher Präsidentschaft in Vorgesprächen zwischen der EG und der AL festgelegt, dass die

Themenfelder Israel-Palästina-Konflikt sowie Energiefragen von den Gesprächen ausgeklammert werden würden. Im Zentrum sollte vielmehr langfristige Kooperation stehen, die auf verstärkten Beziehungen und dem dadurch erwachsenden gegenseitigen ökonomischen Vorteil basierte. Diese Positionsänderung wurde von Seiten Frankreichs stark kritisiert, die sich mit ihrer Position innerhalb der EPZ isoliert sahen (Vgl. Regelsberger/Wessels, 1984:243; Jacobs, 2003:316; Steinbach, 1979:312).

Bei den aufgenommenen Gesprächen handelt es sich um eine besondere Form der kollektiven Diplomatie, in der zwei Staatenorganisationen miteinander verhandeln. Der EAD kann neben der GMP als ein weiteres politisches Element in den ökonomisch dominierten Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten gesehen werden. Ziel war es die Ungleichheiten zwischen Norden und Süd mittels kooperativ-integrativer Elemente abzuschwächen (Vgl. Masala, 2000:8f.).

Der EAD stellt einen paradoxen Fall dar, in dem die Teilnehmer über die Ausgangsbedingungen – die Europäer wollten einen ökonomischen Dialog; die Araber einen politischen¹⁴ – sich uneins waren und so dem Dialog die Aufgabe zukam, diese erst herzustellen. Auch die „*artificial exclusion*“ (Regelsberger/Wessels, 1984:243) der politischen Fragen sowie der Energiethematik verhinderte nicht, dass diese auf den Gesprächsprozess einwirkten. In diesem Sinne blieb der EAD „*un dialogue de sourds*“ (Chérigui, 1997:54) – ein Dialog der Tauben, denn er war nicht in der Lage die unterschiedlichen Erwartungshaltungen miteinander in Einklang zu bringen. So verlor ebendieser im Laufe der Zeit immer mehr an Substanz (Vgl. Chérigui, 1997:54; Regelsberger/Wessels, 1984:243f.).

Neben dieser konzeptionellen Schwäche, den Nahostkonflikt nicht in die Gespräche zu inkludieren, sah sich die EG vor allem damit konfrontiert, sowohl durch Eingehen auf die Forderungen ihrer Partner ihre Glaubwürdigkeit zu wahren, als auch die Interessen ihrer Mitglieder sowie der Beitrittsländer zu vertreten. Dieser Interessenskonflikt verstärkte sich zusätzlich durch unterschiedliche Auffassungen innerhalb der Gemeinschaft: Während die nördlichen Ländern auf eine Öffnung gegenüber neuen Finanzmärkten hofften, stellten sich die südlichen Ländern vor allem der Öffnung des europäischen Agrarmarktes entgegen und forderten weitere Kooperationsmittel für die südlichen Partner (Vgl. Khalatbari, 2004:12).

14 Allerdings stellten die vom Israel-Palästina-Konflikt weniger stark betroffenen Maghreb Staaten die ökonomische Komponente verstärkt in den Mittelpunkt ihrer Forderungen und drängten auf verbesserte Handelsbeziehungen, verstärkten Technologietransfer oder Erhöhung der Finanz- und Entwicklungshilfe (Vgl. Jacobs, 2003:314).

Das *Prinzip der Äquidistanz* zwischen den beiden in den Nahostkonflikt involvierten Konfliktparteien blieb auch nach Beginn des Dialoges weiterhin Leitmotiv der europäischen Nahostpolitik und prägte die Politik und Initiativen der Gemeinschaft. Die Politik der Äquidistanz bedeutete, dass Israel nicht benachteiligt werden durfte und so wurde bereits ein Jahr nach Beginn des EAD ein Abkommen mit Israel unterzeichnet. Dies sollte sich für den tatsächlichen Beginn von Gesprächen als kontraproduktiv erweisen, denn der Dialog wurde erst 1976 eingesetzt (Vgl. Masala, 2000:9). Um die Frage der Beteiligung der PLO, die Mitglied der AL war, umgehen zu können, wurden die ersten Treffen auf Expertenebene und nicht auf diplomatischer Ebene abgehalten, bei denen jeweils eine europäische und eine arabische Delegation anwesend war (Vgl. Jacobs, 2003:318).

Auf Grund dieser neben der inhaltlichen zweiten – institutionellen – Anpassung musste die „*Option, die Europäer als Antagonisten zur regional US-Dominanz zu instrumentalisieren, [bereits zu diesem Zeitpunkt] als Seifenblase zerplatzen*“ (Khalatbari, 2004:13). Der am Ende endgültig von jeglicher Substanz entleerte Dialog, bestätigte für die USA, dass die Europäer nicht in der Lage waren, sich politisch auf regionalem Niveau zu etablieren. Deshalb wurde von ihrer Seite auch kein Einspruch mehr erhoben (Vgl. Chérigui, 1997:55).

Außerdem kam hinzu, dass beide Seiten nur wenig Erfahrung mit einem strukturierten Dialog mit einer anderen Institution hatten. Im Fall der EG wurden eine Troïka¹⁵, sowie eine von beiden Seiten besetzte Generalkommission und gemeinsame Arbeitsgruppen installiert. Doch bereits 1979 wird nach drei Jahren der Dialog nach einigen Sitzungen der gemeinsamen Arbeitsgruppen sowie der Generalkommission ohne konkrete Ergebnisse auf Initiative der Arabischen Liga eingestellt. Hintergrund für diesen Gesprächsabbruch war der Besuch des ägyptischen Präsidenten Sadats in Jerusalem nach dem Abschluss des Camp David Abkommens, der ägyptisch-israelischen Friedensvertrages sowie innerarabische Rivalitäten. 1980 schien die EG in ihrer Erklärung von Venedig prinzipiell auf die zwei zentralen Forderungen der AL, die Einbeziehung der politischen Dimension in die Gespräche sowie das Abhalten einer europäisch-arabischen Außenministerkonferenz einzugehen. 1983 fand schließlich wieder ein Zusammentreffen der Generalkommission statt. Vor dem Hintergrund des Fehlens Ägyptens, das seine Mitgliedschaft von 1979 bis 1989 in der AL ruhen ließ, dem israelischen Einmarsch im Libanon, der innerarabischen Spaltung, die mit dem ägyptisch-israelischen Friedensschluss begonnen hatte und durch den von 1980 bis 1988 andauernden

15 Ein Vertreter des Landes, das den Vorsitz der EPC inne hat; einer des Vorgängerlandes und einer des Nachfolgelandes

Iran-Irak Krieg weiter verschärft wurde, kam der EAD zwischen 1983 und 1989 über ergebnislose Expertengespräche nicht hinaus und verlor trotz anhaltender Bekenntnisse beider Seiten zum Dialog zunehmend an Bedeutung (Vgl.Jacobs, 2003:319f.).

Allerdings trug der euro-arabische Dialog trotz dieser Rückschläge indirekt zum Verständnis der Europäer für die Wichtigkeit der Palästinafrage bei. So wurde 1980 in der Deklaration von Venedig die Teilnahme der PLO an den Friedensverhandlungen gefordert. Der Einfluss Frankreichs auf die Deklaration wird dadurch deutlich, „*dass die bisherige labile EG-Nahostpolitik eine araberfreundliche Schlagseite erhielt, ohne dass dabei das Existenzrecht Israels in Frage gestellt wurde*“ (Woyke, 2010:125).

Trotz verschiedener Versuche den Dialog wieder zu beleben – etwa von französischer Seite 1989 durch eine euro-arabische Außenministerkonferenz, die auf der institutionellen Ebene Umgestaltungen vornahm – machte 1990 der Golfkrieg jede Wiederbelebung des Dialoges unmöglich. Zu diesem Zeitpunkt hätten jegliche Gespräche mit den Europäern die innerarabischen Positionsdifferenzen und Konflikte nur weiter verschärft. In diesem Sinne wurden auch die Experten- und Arbeitsgruppen eingestellt. Seit diesem Zeitpunkt werden Kontakte mit der AL von Seiten der EG als getrennt vom EAD dargestellt. Schlussendlich wird seit 1995 die Funktion des Dialoges über die Euro-mediterrane Partnerschaft (EMP) erfüllt (Vgl.Jacobs, 2003:320f.).

Für die Analyse der Beziehung der Europäischen Gemeinschaft bzw. später der Europäischen Union zu den Ländern im Mittelmeerraum ist die Betrachtung des Euro-Arabischen Dialogs (EAD) sehr wichtig, wurden doch einige Schlussfolgerungen für die weitere Kooperationen in dieser Region getroffen.

Zentral ist es in Bezug auf den EAD festzuhalten, dass das *Konzept des regionalen Dialogs* auf den Weg gebracht wurde, was auch das Neuartige am EAD gegenüber vorherigen bilateralen Initiativen ist. Dieser Versuch der kollektiven Diplomatie sollte zu einer *strukturierten Zusammenarbeit* in verschiedenen Themenfelder führen. Durch technische, wirtschaftliche und kulturelle Kooperation und den damit verbundenen Meinungs austausch in den verschiedenen Arbeitsgruppen sollte ein Klima des Vertrauens für tiefer gehende Kooperation geschaffen werden.

Doch der Versuch Vorbedingungen für einen fruchtbaren inhaltlichen – langfristig auch auf der politischen Ebene – Dialog zu schaffen, wurde von Beginn an durch stark auseinandergehende Erwartungshaltungen bezüglich der Inklusion des Israel-Palästinakomplexes der beteiligten Akteure erschwert. Allerdings war für die arabischen Staaten als Verhandlungseinheit dieses Themenfeld insofern vital, da es sich hierbei um den einzigen Punkt handelte, in dem zwischen ihnen Einheit erzielt werden konnte. Weiters wurde eine einheitliche arabische Position durch interne Konflikte besonders nach dem Rückzug Ägyptens aus der AL zusätzlich erschwert. Aber auch die EG war von Interessensdifferenzen geprägt. Frankreich hoffte durch den Dialog und eine verstärkte Involvierung der Gemeinschaft im Nahen Osten seinen Einfluss in der Region sowie die Unabhängigkeit gegenüber den USA zu verstärken. Für Deutschland und Großbritannien wogen die Verstimmungen mit den USA und Israel, die das verstärkte Engagement der Europäer auf Seiten der Araber in der Region nach sich zogen schwerer, als die durch den Dialog sichergestellte Energieversorgung. Außerdem sollte sich schon bald das gesamteuropäische Problem der Energieknappheit als immer weniger akut erweisen und somit das Interesse am Dialog senken. So lässt sich die Verlagerung auf bilaterale Kontakte mit den arabischen Ländern sowie auf andere Kooperationsforen (WEU Mittelmeerdialog, NATO Mittelmeerdialog) nachvollziehen (Vgl.Jacobs, 2003:321f).

Auch wenn der EAD schlussendlich keine konkreten Ergebnisse oder Einigungen zu Tage förderte, diente er trotzdem zum besseren Verständnis zwischen den beiden Gruppen. Außerdem kann er auch im bereits oben dargestellten Klima eines wirtschaftlichen Aufschwunges und einer Entspannungsphase im Kalten Krieg als Versuch der Europäischen Gemeinschaft verstanden werden, ein *eigenständiges außenpolitisches Profil* zu erarbeiten und Europa als *dritten Weg* zwischen Ost und West in der Zeit des Kalten Krieges zu positionieren. (Vgl.Schäfer, 2007:92ff.)

3.4 Die multilaterale Initiativen der 1990er Jahre: Konkurrenz oder Komplementarität?

Auf die im vorgehenden Kapitel beschriebenen Herausforderungen reagierten auf Grund ihrer Lage und historischen Bindungen vor allem Spanien, Frankreich und Italien mit verschiedenen Initiativen, um die Stabilität und Sicherheit im Mittelmeerraum zu erhöhen. Allerdings wurden diese vorerst außerhalb der bestehenden multilateralen Bündnisse präsentiert und umgesetzt.

Der spanische Außenminister präsentierte auf der von September bis Oktober 1989 in Palma de Mallorca tagenden KSZE-Nebenkonferenz zum Mittelmeerraum die Idee einer **„Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum“ (KSZM)**, deren Ziel es sein sollte, Konfliktregulierungsmechanismen für die Region zu schaffen. Italien schloss sich kurz darauf diesem Vorschlag an. Teilnehmen sollten die Länder der Region sowie jene Länder, die daran ein Interesse hätten – was nach Ansicht der Initiatoren auch die Länder des Persischen Golfes miteinbezog. (Vgl.Masala, 2003:70)

Aus der Diskussion um die „Südbedrohung“¹⁶ war der Willen entstanden, einer Radikalisierung der Staaten entgegen zu wirken. In diesem Sinne sollte die KSZM zur der Überwindung der sozialen und wirtschaftlichen Kluft zwischen dem Maghreb und den nördlichen Mittelmeeranrainerstaaten beitragen. Weiters sollte die KSZM eine Sensibilisierung bei den restlichen EG Staaten für die Probleme dieser Region erwirken. (Vgl.Jünnemann, 2009:36) Als übergeordnetes Ziel der Konferenz wurde jedoch zunehmende Stabilität und Sicherheit sowie Entschärfung der Krisen der Region definiert. (Vgl.Masala, 2000:11)

Auch wenn eine direkte Übertragung des KSZE-Modells auf Grund der Asymmetrie zwischen den Partnern auf den Mittelmeerraum kaum möglich war, wurden jedoch zentrale Punkte von ihr übernommen. (Vgl.Khalatbari, 2004:14) Zentral war vor allem die Überlegung, dass durch Gespräche und Austausch von politischen Vorstellungen Blockbildungen und Feindseeligkeiten vermieden werden konnten. Auch das Nichtvorhandensein eines Zeitfensters für bestimmte Lösungen, um so einen keinen Zeitdruck für das Zustandekommen von Ergebnissen aufkommen zu lassen, wurde von der KSZE übernommen. Ebenfalls analog zur KSZE wurden drei Themenkörbe installiert: Regionale Sicherheit, wirtschaftliche, wissenschaftliche, ökologische und demographische Zusammenarbeit sowie die Zusammenarbeit im Bereich der humanen Dimension. (Vgl. Jünnemann, 1999:43ff.) Spanien und Italien beabsichtigten mit diesem Vorschlag der Mittelmeerpolitik der EG eine sicherheitspolitische Komponente hinzuzufügen und auf diesem Wege das Interesse der nordeuropäischen Staaten an der Region und einer erweiterten gemeinsamen Politik zu erhöhen. (Vgl.Masala, 2003:72)

16 Bei dem Begriff der Südbedrohung handelt es sich um ein Amalgam aus nicht-militärischen Bedrohungen, die sowohl Energiefragen als auch die Ausbreitung des religiösen Fundamentalismus, organisierter Kriminalität und Drogenhandel aber auch fehlende politische Stabilität sowie zunehmende Migrationszahlen umfasst. Im Kapitel 5.1 wird darauf näher eingegangen.

Der Golfkrieg brachte jedoch grundlegende Veränderungen für die Zielsetzungen der KSZM. „Über die Überwindung begrenzter Probleme im Mittelmeerraum hinausgehend trat nun der Wunsch nach größerem ordnungspolitischen Mitspracherecht in den Vordergrund des Interesses“ (Jünnemann, 1999:44). Dieser Überlegung folgend wurde der Begriff „Mittelmeer“ deutlich weiter gefasst und inkludierte nun Staaten von Mauretanien bis zum Iran. Auch die Problemfelder, denen sich die Konferenz annehmen sollte, wurden von spezifischen Problemen der Maghrebstaaten um die Lösung des Nahostkonfliktes und weiteren Konflikten in der Golfregion erweitert. Vor allem Italien sah in der KSZM eine Möglichkeit sich neben Frankreich als weitere Regionalmacht zu etablieren. (Vgl. Masala, 2003:71f.) „Der Ansatz eines problembezogenen interregionalen Dialogs der Mittelmeeranrainer wurde damit den [nationalen] außenpolitischen Ambitionen insbesondere Italiens geopfert“ und führte in diesem Sinne „nicht zur Aufwertung der südeuropäischen Rolle in der Region sondern im Gegenteil zum Scheitern des Gesamtprojektes“ (Jünnemann, 1999:45).

Masala spricht aber nicht nur auf Grund dieser Ausweitungen sowohl auf der geographischen als auch auf der inhaltlichen Ebene von einer „Todgeburt“ (2000:11). Er sieht auch das Vorhaben mit den südlichen und östlichen Nachbarn Sicherheits- und Menschenrechtsfragen zu diskutieren, als schwierig, denn waren diese waren zu Verhandlungen in diesen Themenbereichen nicht gewillt. So blieben die Reaktionen auf die Kreation einer KSZM mäßig. Besonders nach dem Golfkrieg waren die Beziehungen zwischen dem „Westen“ und den nordafrikanischen Staaten als schwierig einzustufen. Diese versuchten im Rahmen verstärkter regionaler Integration – etwa im Rahmen der Afrikanischen Maghreb-Union AMU – ihre Unabhängigkeit vom Norden vergrößern. Auch Israel erklärte sich nur an einer Teilnahme bereit, um ein Gegengewicht zu den arabischen Staaten zu bilden. Zuletzt standen noch die USA dem Projekt sehr kritisch gegenüber, denn sie wollten eine Multilateralisierung des israelisch-arabischen Konfliktes, in dem die Europäer eine größere Rolle einnahmen, verhindern. (Vgl. Masala, 2000:11f., 2003:72f.)

Auch von französischer Seite wurde die KSZM in Frage gestellt. Die Franzosen wollten ein klar abgrenzbares Gesprächsforum, das nur die westlichen Staaten des Mittelmeerraums inkludierte. Die Idee einer Konferenz der Länder des westlichen Mittelmeerraumes war bereits 1983 von François Mitterand in Rabat präsentiert worden. (Vgl. Schumacher,

2005:166) Auf Grund der oben ausgeführten Punkte, die letztendlich zu einem Scheitern der anvisierten KSZM führten, gewann die französische Ansicht an Anhänger innerhalb der europäischen Gemeinschaft. Am 10. Dezember 1990 wurde in Rom auf Außenministerebene der Dialog zwischen Frankreich, Italien, Malta¹⁷, Portugal und Spanien auf der europäischen Seite und zwischen den Mitgliedern der arabischen Maghreb Union Mauretanien, Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen auf der afrikanischen Seite als informelle Konferenz eröffnet. In der Literatur wird auf dieses Gesprächsforum meist als **5 + 5 Dialog** Bezug genommen. Auch dieses Forum übernahm die drei Körbe der KSZM „Regionale Sicherheit, wirtschaftliche Zusammenarbeit und menschliche Dimension“ und fügte noch einen vierten Korb für Umweltfragen hinzu. Allerdings wurden militärische Themen ausgespart. Im Vergleich zur KSZM, wo die Ausweitung auf zu viele inhaltliche Schwerpunkte schließlich zum Scheitern geführt hatte, wurde hier der Fokus auf ökonomische Fragen gelegt. (Heese, 2009:21; Khalatbari, 2004:16; Schumacher, 2005:166f.)

Obwohl das Forum durch den verkleinerten Kern zu Beginn erfolgreich schien, blieben schlussendlich die Erfolge aus. Als einer der zentralen Streitpunkte lässt sich die Frage um den Umgang mit Libyen, das unter anderem von Frankreich der Förderung des internationalen Terrorismus⁷ bezichtigt wurde. Aber auch die gespannte Lage in Algerien, die bald zum Bürgerkrieg führen sollte, die West-Sahara-Frage zwischen Marokko und Algerien, sowie die Abwesenheit Ägyptens belasteten die Gesprächsatmosphäre. Außerdem wogen die unterschiedlichen Sicherheitsvorstellungen schwer. Während die Europäer sich auf ein gemeinsames Handeln im Rahmen der NATO oder WEU einigen konnten, standen die südlichen Partner diesem Handeln kritisch gegenüber, vor allem da sie unter dem Begriff der „Südbedrohung“ als Bedrohungsherd ausgemacht worden waren. (Vgl. Jünnemann, 2009:38; Khalatbari, 2004:16f.) Neben diesen Punkten hemmte auch ein strukturelles Problem von Beginn an die Arbeit des Forums. Dieses ging implizit von einer Symmetrie der beiden Seiten aus. Diese war jedoch in der Praxis nicht gegeben, denn die Beziehungen im Maghreb waren trotz des Zusammenschlusses 1989 Algeriens, Marokkos, Tunesiens, Libyens und Mauretaniens in der AMU eher von Fragmentierung gekennzeichnet als durch Integration. (Vgl. Schumacher, 2005:167) Jünnemann schließt aber auch einen fehlenden Willen zur Kooperation beider Seiten nicht aus. (Vgl. Jünnemann, 2009:38) In Bezug auf die europäische Seite kommt sie sogar zum Schluss, dass sowohl die KSZM als auch die 5+5 Gespräche als *„Ausdruck einer Konkurrenzsituation zwischen Spanien/Italien auf der einen und Frankreich auf der anderen Seite“* (Jünnemann, 2009:38) gesehen werden können. Aus

17 Malta war zu Beginn nur assoziiertes Mitglied. 1991 wurde es schließlich als Vollmitglied aufgenommen.

diesem Grund kann die auf Grund dieser Konkurrenzsituation fehlende Kooperation als weitere Ursache für das Scheitern beider multilateraler Foren nicht ausgeschlossen werden.

Durch eine Initiative des spanischen Parlamentes wurde in der Folgezeit erneut versucht die interregionalen Beziehungen wiederzubeleben. So wurde vom 15. bis zum 20. Juni 1992 eine **interparlamentarische KSZM** in Malaga abgehalten. Allerdings hatte diese interparlamentarische Initiative – auch als interparliamentary Union bezeichnet - lediglich eine beratende Funktion gegenüber ihren Regierungen und konnte nur Handlungsempfehlungen für diese aussprechen. Folglich war auch dieses multilaterale Konzept vom guten Willen der jeweiligen Regierungen abhängig. Die Interparliamentary Union für den Mittelmeerraum wurde zwar nie offiziell beendet, kann aber als inaktiv betrachtet werden. (Vgl.Jünnemann, 1999:46)

Neben den europäischen Staaten widmete sich auch die NATO mit dem Ende des Kalten Krieges verstärkt dem Mittelmeerraum. Schon zu Beginn der 90er Jahre hatte eine ad-hoc Arbeitsgruppe verschiedene von Süden für die Allianz ausgehende Gefahrenszenarien ausgemacht. Vor diesem Hintergrund wurde 1994 ein Kooperationsprogramm für den Mittelmeerraum – besser bekannt als **NATO-Mittelmeerdialog** – ins Leben gerufen. Aktuell vereint der euro-mediterrane Dialog 26 NATO-Mitglieder sowie die sieben Mittelmeeranrainerstaaten Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Mauretanien, Marokko, Tunesien¹⁸. Im Zentrum steht die Überlegung, dass die Sicherheit Europas eng mit der Sicherheit und Stabilität im Mittelmeerraum verbunden ist. Vorderrangige Ziele sind die Herstellung ebendieser sowie die Verstärkung des gegenseitigen Verständnisses sowie wie Klärung etwaiger Missverständnisse bezüglich der NATO. (Vgl.Muselier/Guibal, 2007:119f.; NATO, 2010) Der Dialog war vor allem von den südlichen Mitgliedern als Ausgleich auf die zunehmende Orientierung nach Osten gefordert worden. Dennoch wollten vor allem die USA und Deutschland den Eindruck vermeiden, das der Mittelmeerdialog für die Allianz die gleiche Bedeutung hatte wie die Beziehungen zu Ost- und Mitteleuropa und zu Russland. Auch Frankreich fürchtete durch eine verstärkte Institutionalisierung eine Untergrabung seines Einflusses im Maghreb. (Vgl.Khalatbari, 2004:19) Deshalb wurde der Dialog mit einer flexiblen Struktur ausgestattet, die Offenheit in Bezug auf die Ergebnisse aber vor allem Unabhängigkeit von den diversen Konflikten der Region sicherstellte. Nach dem 16+1 Prinzip – also in bilateralen Verhandlungen der NATO mit dem jeweiligen Staat – wurden Informationen ausgetauscht, politische, ökonomische Entwicklung sowie

18 Jordanien wurde ab 1995 in den Dialog und Algerien ab 2000 einbezogen.

Kooperationsmöglichkeiten die regionale Sicherheit betreffend besprochen. Auch wurde den Partnerstaaten die Möglichkeit geboten, an gewissen NATO Aktivitäten – etwa peace-keeping – teilzunehmen.

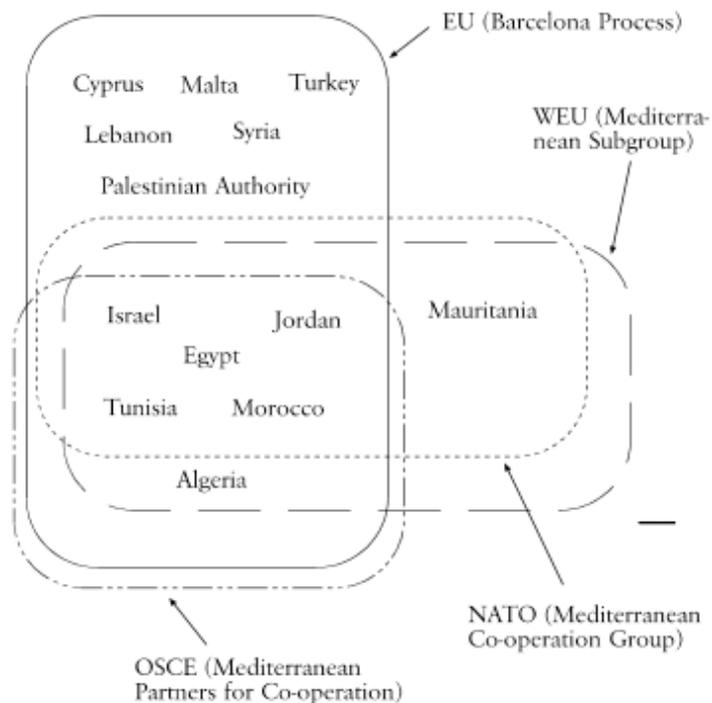
Die Ergebnisse sollten jedoch sowohl finanziell als auch inhaltlich bescheiden bleiben. Zentral war, dass die arabischen Staaten in der Allianz ein Instrument der amerikanischen Hegemonie verstanden und vor allem die Stellung Israels im Dialog kritisierten. Außerdem konnte innerhalb der NATO keine grundlegende Einigkeit über die Notwendigkeit und die Intensität des Dialoges gefunden werden, was eine mittel- und langfristige Planung erschwerte. (Vgl. Khalatbari, 2004:19ff.; Jacobs, 2003:325ff.)

Im Rahmen der WEU war ab 1987 eine Arbeitsgruppe mit der Aufgabe betraut worden, sich mit möglichen destabilisierenden Prozessen in Nordafrika, im Nahen Osten, Malta, Zypern und auf dem Balkan zu beschäftigen. Interessant ist die Beobachtung, dass hier der Wille der Europäer sichtbar wird, sich mit sicherheitspolitischen Themenfeldern zu beschäftigen, die außerhalb des durch die NATO vorgegebenen Rahmens lagen und sich so klar von den Interessen der Amerikaner unterschieden. Außerdem soll an dieser Stelle festgehalten werden, dass im Gegensatz zur euro-mediterranen Partnerschaft der EU hier der Balkan miteinbezogen wird. 1992 wurde der Arbeitsgruppe als Reaktion auf den Golfkrieg, den Entwicklungen in Algerien, und der möglichen Proliferation von Massenvernichtungswaffen sowohl mehr Ressourcen zugesprochen als auch ihre Funktionen ausgeweitet. Zusätzlich zur bisherigen Beratung der WEU-Mitglieder wurde in Anlehnung an des KSZE Prozess mit Algerien, Marokko und Tunesien ein **politischer Dialog** installiert. Hintergrund für diese „*Dialogoffensive*“ (Jacobs, 2003:323) waren die innenpolitischen Entwicklungen in Algerien. Als Grundlage der Gespräche wurde sieben Prinzipien festgesetzt: Dialog, Transparenz, Vertrauensbildung, Konfliktprävention, Subsidiarität, friedliche Konfliktlösung und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Obwohl von Seiten der WEU nicht per se davon ausgegangen wird, dass die südlichen und östlichen Mittelmeerländer zu einer militärischen Bedrohung werden könnten, gelangte, das Risiko, dass nationalistische oder islamisch-fundamentalistische Gruppen an Massenvernichtungswaffen gelangen könnten, in den Mittelpunkt der Überlegungen.

Trotz der Ausweitung des Dialoges um Ägypten und Mauretanien (1994), Israel (1995), und Jordanien (1998) blieb der Stellenwert des WEU-Mittelmeerdialoges gering, da die Mitgliedsstaaten andere Bedrohungsszenarien in den Mittelpunkt ihrer Anstrengungen

rückten, und so der parallel stattfindenden internen WEU-Koordinierung entgegenarbeiten¹⁹. Auch blieben die finanziellen Mittel für den Dialog zu gering, um sich gegen die Konkurrenz von transatlantischen und anderen europäischen Initiativen behaupten zu können. Bis 1998²⁰ war die Stellung der WEU in der europäischen Sicherheitsarchitektur sowie ihr Verhältnis zur NATO unklar, was sich als strukturelles Problem auf die Arbeit im Mittelmeerraum auswirkte. Bis zu diesem Zeitpunkt sollte noch die direkte Konkurrenz der Euro-mediterranen Partnerschaft hinzu kommen, denn mit dieser wurde der Dialog sowohl institutionell als auch inhaltlich abgestimmt. Auch wenn die langfristige Perspektive, den WEU-Dialog in den politischen Korb der Partnerschaft zu integrieren interessant scheint, wirkten die Probleme der Partnerschaft direkt auf den Dialog ein und verhinderten eventuelle Fortschritte.²¹ (Vgl. Jacobs, 2003:322ff.; Khalatbari, 2004:20ff.)

Abbildung: Teilnehmerstaaten der Mittelmeerdialoge



Quelle: (Brauch/Marquina/Biad, 2000:23)

19 Jacobs führt das Beispiel der Einrichtung der EUROFOR und EUROMARFOR an, die zwar einem WEU Kommando unterstellt waren, aber auch von der NATO genützt werden könnten. Von den arabischen Ländern wurde diese Initiative als Vorbereitung auf militärische Einsätze auf ihrem Gebiet verstanden, was einige Unstimmigkeiten in die Beziehungen brachte. Diese Bedenken konnten durch die Möglichkeit Beobachter zu den Übungen zu senden, wieder abgeschwächt werden. Vgl. Jacobs, 2003:324

20 1998 wurde auf St. Malo die Integration der WEU in die ESVP beschlossen.

21 2010 wurde schließlich die Auflösung der WEU bekannt gegeben, nachdem der Rat seit 2000 nicht mehr getagt hatte.

Als abschließende Betrachtung der verschiedenen multilateralen Initiativen zu Beginn der 90er Jahre kann eine Erfolglosigkeit in Bezug auf konkrete politische Ergebnisse festgehalten werden. Gemessen am Ziel dieser Initiativen die Beziehungen mit dem Mittelmeerraum nach dem Kalten Krieg zu ordnen und dem Amalgam der „Südbedrohung“ entgegen zu wirken, muss von einem Scheitern gesprochen werden. In Bezug auf diese Dialogforen muss allerdings eingeräumt werden, dass diese nicht vom Nahostkonflikt zu lösen sind und ihr Erfolg deshalb von der Konjunktur in dieser Region abhängt.

Trotz des Mangels an konkreten Ergebnissen wurden dennoch einige konzeptionellen Überlegungen in der Nachfolgezeit aufgegriffen bzw. in den folgenden Überarbeitungen der europäischen Mittelmeerpolitik berücksichtigt. So wurde 1994 von Ägypten das Prinzip des 5+5 Dialoges unter der Bezeichnung **Mittelmeerforum für Dialog und Kooperation**²² und mit neuer Besetzung wiederbelebt. Am Mittelmeerforum nahmen Portugal, Spanien, Frankreich, Italien, Griechenland, Malta, Tunesien, Algerien, Ägypten, Marokko und die Türkei teil. Libyen wurde nur mehr informiert. Durch diese Zusammensetzung sind Staaten wie Israel, Libanon und Syrien im Gegensatz zum Barcelonaprozess nicht inkludiert und aus diesem Grund kann der Einfluss des Nahostkonfliktes auf das Gesprächsforum in Grenzen gehalten werden.

Die Wichtigkeit des Mittelmeerforums lässt sich daran festmachen, dass es wichtige Impulse und konkrete Ideen - wie der im Rahmen der Euro-Mediterrane Partnerschaft vereinbarte Anti-Terrorkodex zu Tage brachte.

Eine weitere zentrale konzeptionelle Erkenntnis, die aus dem Scheitern der multilateralen Dialoge der 90er Jahre gewonnen werden konnte, war das Bewusstsein um den Mangel an politischem Willen auf europäischer Seite. (Vgl. Jünemann, 1999:46) Dieses Bewusstsein sollte in die Schaffung der Neuen Mittelmeer Politik (NMP), auf die nun näher eingegangen werden soll, einfließen.

Bleibt noch die Frage zu beantworten, in welchem Zusammenhang diese multilateralen Initiativen mit dem aus südeuropäischer Perspektive nicht ausreichenden Engagement der Gemeinschaft stehen. Hatten diese Initiativen das Ziel die Globale Mittelmeerpolitik bzw. die darauf folgende Neue Mittelmeerpolitik zu ersetzen oder ging es den südlichen Ländern in erster Linie darum vermehrt Aufmerksamkeit auf die Mittelmeerregion zu lenken? Wurde mit diesen Initiativen außerhalb des Gemeinschaftsrahmens eine Reaktion der nicht beteiligten Staaten oder möglicherweise sogar eine Politikänderung der Gemeinschaft erhofft?

22 In der Folge als Mittelmeerforum bezeichnet

Schumacher ist der Meinung, dass sowohl die KSZM als auch die 5+5 Gespräche nur indirekt einen Versuch darstellen, ein Handeln der Gemeinschaft zu erreichen. Zwar seien diese Ausdruck der Unzufriedenheit mit den bisherigen gesamteuropäischen Ansätzen, dennoch sehen sie keine Einbeziehung der supranationalen Organe oder der Nicht-Mittelmeerstaaten in die Gesprächsforen vor. Generell stellten die nationalen Initiativen nicht den Versuch dar, ein Handeln der Gemeinschaft zu „erpressen“. Vielmehr sind diese Prozesse als *konkrete Reaktionen auf die krisenhaften Entwicklungen* im Mittelmeerraum zu verstehen. Vor allem aber waren die südeuropäischen Staaten (noch) nicht in der Lage ihre teils auch konkurrierenden Interessen hinten anzustellen und eine Front innerhalb der EG zu bilden. Aus diesem Grund kann zu diesem Zeitpunkt noch nicht – wie vermeintlich oft angenommen – von einem homogenen „Club Med“ der südlichen Länder gegenüber den nördlichen Staaten in der EG gesprochen werden. Interessanterweise wurden dennoch verschiedene Themenbereiche wie etwa das Körbeprinzip der KSZM in die später gemeinsam formulierte Politik einbezogen. (Vgl. Schumacher, 2005:171) In diesem Sinne wurden diese nachträglich – auch wenn dies nicht die ursprüngliche Absicht war - europäisiert.

3.5 Die Neue Mittelmeerpolitik (NMP) 1989 - 1995

Anfang der Neunziger Jahre ist die *Bilanz der europäischen Mittelmeerpolitik ernüchternd*. Von der Erreichung der angestrebten Ziele allen voran von der Verringerung des Entwicklungsabstandes zwischen dem nördlichen und dem südlichen Ufer war man weit entfernt. Vor allem die Handelspolitik der Gemeinschaft bot Anlass für Kritik. Trotz der Zunahme und der inhaltlichen Ausweitung der Handels- und Kooperationsabkommen im Rahmen der GMP konnten diese ihre Funktion als Motor für ökonomisches Wachstum nicht erfüllen. Auch auf die Demokratisierung in den südlichen Partnerländern konnte kein großer Einfluss genommen werden, denn alle Bemühungen wurden von den Regierungen als Einmischung in interne Angelegenheiten abgetan. Die Fortschritte der Initiativen der regionalen Integration hielten sich ebenfalls in Grenzen, denn die anhaltenden Konflikte zwischen den südlichen Ländern erschwerten jegliche Stabilisierung der bilateralen Beziehungen. Hinzu kam, dass mit Ende des Kalten Krieges das externe Ordnungssystem wegfiel, das bis dahin die verschiedenen lokalen, ethnischen und religiösen Konflikte überlagert hatte. So traten diese nun deutlich zu Tage.

3.5.1 Von der „Südbedrohung“ zur Neuen Mittelmeerpolitik

Die südlichen Länder des Mittelmeerraumes befanden sich seit Beginn der 80er Jahre in einer großen Umbruchphase. Das ökonomische Wachstum konnte nicht mit jenem der Bevölkerung mithalten, was zu einer Verringerung des BIP pro Kopf führte. Die damit verbundene Senkung der Lebensqualität führte zu zunehmender Abwanderung vor allem der jungen und verstärkt arbeitslosen Bevölkerung. Neben der Frage der wachsenden – meist illegalen – Emigration sahen sich vor allem die europafreundlichen Regierungen mit einer stärker werdenden islamischen Opposition konfrontiert, die für viele Regime ein Sicherheitsrisiko darstellte (Vgl.Khalatbari, 2004:13; 32; Gomez, 2003:45). Aus Sicht der Europäer hatte sich die außenpolitische Sicherheitslage der MDL verbessert, sodass den Problemen rund um *„economic crisis and social unrest, increasing delegitimization of Western-like policy style, and a growing preponderance of Islamist movements in domestic politics“* (Bicchi, 2007:120) vorerst unzureichend Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Auch Chérigui ist der Meinung, dass die europäische Logik der Stabilität des Maghreb viel mehr Bedeutung zukommen lässt als seiner Entwicklung. (Vgl.Chérigui, 1997:124)

Aus diesem Grund kam es zum *„apparent paradox of stable and enduring regimes in deeply disturbed societies“* (Hourani zit. n. Bicchi, 2007:120).

Mit dem Ende des Kalten Krieges kam es zu einer Zäsur, die für einen zentralen Wandel der Interessen und Inhalte der europäischen Mittelmeerpolitik sorgte. Während des Kalten Krieges waren nachbarschaftliche Beziehungen für die Gemeinschaft ausschließlich mit den südlichen Nachbarstaaten möglich gewesen. Mit der Aufnahme von nachbarschaftlichen Beziehungen der Gemeinschaft zu den östlichen Nachbarn nach 1989 lassen sich qualitative Veränderungen in den Beziehungen zu den Ländern des Mittelmeerraumes festmachen: es kommt zu einer *Parallelisierung der Ost- und Südbeziehungen der Union* (Vgl.Barbé, 2007:151), welche bis heute zu den zentralen Konfliktlinien innerhalb der Union in Bezug auf ihre Beziehungen mit den unmittelbaren Nachbarn zählt.

Die *zunehmende Orientierung der EG bzw. der EU nach Osten* spielte eine ausschlaggebende Rolle für die neuerliche Überarbeitung der Mittelmeerpolitik. Die südeuropäischen Staaten fürchteten auf Grund der zunehmenden Finanzhilfen in Richtung Osten – 1995 stand zusätzlich eine Erweiterung um die Staaten Finnland, Österreich und Schweden an, die ihren Interessenschwerpunkt auch nach Osten ausgerichtet hatten – eine Marginalisierung innerhalb der Gemeinschaft. Des Weiteren forderten sie eine bessere Verteilung der

ökonomischen Last der Mittelmeerpolitik zwischen den EG-12. Ein weiterer Faktor, der diesen Trend verstärkte, waren aus der deutschen Wiedervereinigung erwachsene Ängste, dass sich Deutschland in Mittel- und Osteuropa eine Einflusszone bilden wolle. Dies wurde von Seiten der EG mittels einer entsprechenden Südpolitik auszubalancieren versucht. (Vgl. Jünnemann, 2009:35f.)

Außerdem stand der *europäische Binnenmarkt* kurz vor seiner Vollendung. Dieser stärkte nicht nur das Verhandlungsgewicht der EG gegenüber den MDL, sondern bedeutete für diese auch ein Ende der wirtschaftspolitischen Vorzugsbehandlungen durch einige Mitgliedsstaaten, die bestimmte Länder näher an sich binden wollten wie etwa Frankreich die Maghrebstaaten. (Vgl. Jacobs, 2003:271)

Zusätzlich zu diesen EG-internen Entwicklungen sollte eine neue Mittelmeerpolitik auch den weltpolitischen Veränderungen Rechnung tragen. Im Zuge der Globalisierung entstanden in Asien und Amerika starke Wirtschaftsblöcke und die EU sah in der möglichen Errichtung einer euro-mediterranen Freihandelszone in Verbindung mit der Osterweiterung eine Möglichkeit ihre Konkurrenzfähigkeit auf der internationalen Ebene zu erhöhen. (Vgl. Jünnemann, 1999:42f.)

Neben dem Faktum, dass nun auch der Osten in den Blick der neu zu gestaltenden Außenbeziehungen der Union geriet, wurde die oben beschriebene interne Destabilisierung der südlichen Nachbarn nun auch verstärkt wahrgenommen. In diesem Zusammenhang wurden die Begriffe der „*Südbedrohung*“ sowie der „*Mittelmeerbedrohung*“ gebräuchlich. Beide Begriffe bezeichnen eine Mischung aus qualitativ neuwertigen, nicht-militärischen Bedrohungen, die unterschiedliche Phänomene wie die Gefährdung der Energiezufuhr, die Ausbreitung des islamischen Fundamentalismus, sich verschärfende Regionalkonflikte, die Zunahme von organisierter Kriminalität, Drogenhandel und internationalen Terrorismus aber auch steigende Bevölkerungszahlen und fehlende politische Stabilität umfassen.

Interessant ist der daraus gezogene Schluss, dass eine Abschottung Europas nicht zur Wahrung europäischer Sicherheitsinteressen beitragen würde, sondern dass nur eine Vertiefung der Beziehungen mit den südlichen Nachbarn eben dieser „*Bedrohung*“ entgegen wirken könne. Aus diesem Grund rückten erstmals wieder *die politischen Interessen ins Zentrum* der euro-mediterranen Beziehungen, während hingegen in den 70er und 80er Jahren die ökonomischen Überlegungen dominiert hatten. Vor allem die traditionell nach Süden orientierten Staaten forderten eine zunehmende Koordinierung der europäischen Mittelmeerpolitik. (Vgl. Jünnemann, 1999:41ff. ; Heese, 2009:21)

In Hinblick auf diese Entwicklungen kann in Bezug auf die Neuorientierung der Mittelmeerpolitik der EU festgehalten werden, dass diese zwar in erster Linie versuchte geopolitische Entwicklungen auszubalancieren aber nun neben den ökonomischen Überlegungen auch politische Problemstellungen mit einbezog.

Parallel zu den multilateralen Initiativen außerhalb des EG-Rahmens beginnen nun auch die supranationalen Organe der Gemeinschaft – allen voran die Kommission - auf die von den südlichen Mitgliedsländern gehegten Befürchtungen zu reagieren. So formuliert 1990 die Kommission in einer Mitteilung an den Rat:

„ ... the Commission reiterates the view that owing to geographical proximity and the closeness of all types of relations, stability and prosperity in the Mediterranean non-member countries are key factors in the stability and prosperity of the Community itself. If the courses followed by the Community and MNC [Mediterranean neighbouring countries] caused a worsening of the economic and social disparities between the two, the Community would be in a difficult position. *What is at issue is its security in the broadest sense* (Hervorhebung durch die Autorin)²³.

Die Kommission rückt also die Sicherheit der Gemeinschaft in den Fokus der Betrachtungen und sieht diese im direkten Zusammenhang mit der Stabilität und dem Wohlstand der MDL und folgert daraus die Notwendigkeit, die Kluft zwischen der Gemeinschaft und den MDL zu verringern. Insofern stellt sie die Argumentation auf eine neue Grundlage und rückt so den Mittelmeerraum ins Zentrum der sicherheitspolitischen Agenda. Neuartig an diesem Konzept ist auch, dass dieses über Handelserleichterungen und Hilfsleistungen hinausgeht und nun weitreichende Unterstützungsmaßnahmen vorsieht. Hier ist „*Hilfe bei der Strukturanpassung, Investitionsförderung, mehr Finanzhilfen, besserer Marktzugang sowie ein Programm zur Anpassung an den Gemeinsamen Markt und schließlich ein politischer Dialog*“ (Jacobs, 2003:272) vorgesehen.

Im Dezember 1990 wird dann die **Neue Mittelmeerpolitik (NMP)** von der EG beschlossen. Allerdings fanden nur wenige Neuerungen Eingang in das Vertragswerk. So wurden erneut Einfuhrkontingente und Mengenbeschränkungen verhandelt. Auch Zugeständnisse im Agrar – und Textilbereich blieben aus. Um die fehlenden Neuerungen abzufedern, wurden jedoch die Kooperationsteile inhaltlich und finanziell ausgedehnt. Diese MED-Programme basierten auf *dezentraler Kooperation*, sodass die Kommission sich ihre nationalen Partner aussuchen

23 SEC (90) 812 Introduction. Online unter: http://aei.pitt.edu/4402/01/001874_1.pdf

konnte ohne die nationalen Regierungen zu konsultieren, sowie auf *horizontaler Kooperation*, indem mindestens drei Länder an den Projekten teilnehmen müssen; jedoch müssen sowohl das nördliche als auch das südliche Ufer vertreten sein. Da sich die Verhandlungen um die Aufstockung der Finanzprogramme als schwierig erwiesen, konnte mit der Umsetzung der NMP erst 1992 begonnen werden. (Vgl. Jacobs, 2003:271ff.)

3.5.2 Von der Anpassung zur erneuten Reform der Mittelmeerpolitik

Wie bereits erwähnt wurde, werden nun auch von supranationaler Seite sicherheitspolitische Aspekte in die Beziehungen miteinbezogen. Im 1992 veröffentlichten Dokument „*From the Single Act to Maastricht and beyond*“ wird die Kommission noch deutlicher: „*Most Mediterranean countries are facing political instability, rapid population growth, large movements of population and high unemployment*“²⁴ und bezeichnet diese als „*potential migratory pressure on the Community*“²⁵.

Am Europäischen Rat 1992 in Lissabon wird daraufhin der Vorschlag der Europäischen Kommission zur Errichtung einer **Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und dem Maghreb** diskutiert. In dieser sollte der bisherige Ansatz der Entwicklungszusammenarbeit einem Verständnis der Partnerschaft weichen, die verschiedenartige Kooperationen sowohl im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich vorsieht.²⁶ Also einer „*new regional policy that makes due allowance for this interdependence*“²⁷. Im Konkreten sollte diese Partnerschaft eine Freihandelszone für Industriegüter, einen politischen Dialog sowie weitreichende Zusammenarbeit umfassen. Allerdings wurde die Partnerschaft nie umgesetzt. Vor dem Hintergrund der innenpolitischen Entwicklungen in Algerien und der internationalen Isolierung Libyens wurden schließlich nur bilaterale Abkommen mit Marokko und Tunesien abgeschlossen. Jedoch wird auf Initiative Spaniens und Italiens im Abschlussdokument des Ratstreffens der Mittelmeerraum als Region für „gemeinsame Aktionen“ der GASP betitelt, (Vgl. Khalatbari, 2004:41) was als Zeichen für die stärkere Bedeutung der Region für die Gemeinschaft gesehen werden kann.

Die in der Folge geschlossenen bilateralen Abkommen mit Marokko und Tunesien wurden bald wieder in ein multilaterales Konzept eingebettet, als durch die Blockade des Finanzprotokolls mit Marokko im Europäischen Parlament, deutlich wurde, dass ein

24 COM (92) 2000: 15

25 COM (92) 2000: 17

26 SEC (92) 401 final

27 SEC (92) 401 final

bilaterales Konzept viel störungsanfälliger sei. Außerdem forderten die restlichen Mittelmeerstaaten ebenfalls in eine Partnerschaft miteinbezogen zu werden. Die positiven Entwicklungen im Rahmen des Friedensprozesses im Nahen Osten, die allerdings finanzstarke Unterstützung benötigten, und die durch den Vertrag von Maastrich in Kraft getretene GASP ermöglichten eine verstärkte außenpolitische Aktivität sowie neue Betätigungsfelder für die EU. Dennoch mussten zuerst Frankreich und Spanien ihre gegenläufigen Initiativen und Interessen hinter eine Europäisierung der Mittelmeerpolitik zurückstellen, sowie Deutschlands der Notwendigkeit einer Überarbeitung der europäischen Mittelmeerpolitik zustimmen. (Vgl. Jacobs, 2000:182, 2003:271f.; Jünemann, 2009:39; Khalatbari, 2004:41) Als diese Vorbedingungen erfüllt waren, „ging es also nicht mehr um eine europäisch-nordafrikanische Partnerschaft oder um privilegierte Beziehungen zu einzelnen Maghrebstaaten, sondern um eine erneute Reform der Mittelmeerpolitik“ (Jacobs, 2003:274).

Für die NMP bleibt rückblickend festzuhalten, dass sie hinter den selbst gesteckten Zielen zurückblieb. Die MDL hatten im Rahmen der neuen Abkommen den freien Zugang zum EG-Markt für Industriegüter sowohl leicht verbesserte Zugangsbedingungen für Agrarprodukte erhalten. Auf den ersten Blick schienen diese in Verbindung mit den zusätzlichen Finanzmitteln Erfolg zu versprechen. Vor allem der Anteil der in die Gemeinschaft exportierten Industriegüter nahm zu. Allerdings sollten diese Fortschritte durch die Geschehnisse des Irakkrieges, die Umsetzung des Binnenmarktes 1993, die Zunahme des Handels mit Osteuropa, die bevorstehenden Erweiterungen und schließlich die Weigerung der Gemeinschaft ihre Agrar- und Textilsektoren zu liberalisieren wie auch durch die protektionistische Politik der MDL getrübt bzw. zunichte gemacht werden. (Vgl. Pierros/Meunier/Abrams, 1999:163f.)

Bereit im Kontext einer neuerlichen Überarbeitung der Mittelmeerpolitik spricht 1994 die Kommission in der Mitteilung an den Rat und das Europäische Parlament „*Entwicklung einer Partnerschaft Europa-Mittelmeer*“²⁸ das erste Mal von einer möglichen Konferenz mit den Ländern des südlichen und des östlichen Mittelmeers. Ziel sei eine Verwirklichung einer **Partnerschaft Europa-Mittelmeer**²⁹, die zuerst durch Freihandel und schließlich durch Assoziation gekennzeichnet sein soll. Der politische Dialog auf Basis der „*Wahrung der*

28 KOM (94) 427

29 Zu diesem Zeitpunkt spricht die Kommission noch von einer Partnerschaft Europa-Mittelmeer. Der Begriff euro-mediterrane Partnerschaft sollte sich jedoch durchsetzen.

Demokratie, der verantwortungsvollen Staatsführung und der Achtung der Menschenrechte“³⁰ zur Förderung von Reformen, um Extremismen entgegen zu wirken, steht dabei im Zentrum. Als zweite Säule gilt die strukturelle Anpassung der südlichen Länder um so eine langfristige Schaffung einer Freihandelszone, die auch die östlichen Nachbarländer der EU einschließt, zu ermöglichen. Schließlich wären noch diverse Kooperationsmöglichkeiten im sozialen, kulturellen und menschlichen Bereich denkbar. Interessant ist vor allem die Komplexität des Ansatzes sowie der neuartige Ansatz der Partnerschaft, der den bisher dominierenden der Nachbarschaft ersetzt (Vgl.Khalatbari, 2004:41f.; Jacobs, 2000:182; KOM (94) 427):

„Die Mittelmeerpolitik der Gemeinschaft sollte "multidimensional" sein und viele Bereiche der beiderseitigen Interdependenz abdecken. Ihre Aktionen im wirtschaftlichen Bereich sind im Kontext ihrer politischen Ziele zu sehen. Benötigt wird eine langfristige Strategie. Die Partnerschaft Europa-Mittelmeer, die als evolutives Rahmenwerk konzipiert werden muß, ist ein langfristiges Ziel.“ (KOM (94) 427)

Doch welche Motivationen hatte die Gemeinschaft die erst vor kurzem durch die NMP ausgeweitete Mittelmeerpolitik zu erneuern und mit dem neuen Ansatz eindeutig darüber hinauszugehen?

Wie bereits oben angesprochen, war die NMP hinter den Erwartungen zurück geblieben. Zusätzlich war verstärkt deutlich geworden, dass die Investitionen, die von der Gemeinschaft oder den Mitgliedsstaaten gegenüber der Mittelmeerregion getätigt worden waren, unzureichend waren. Zuerst blieben die Förderungen der MDL durch die Gemeinschaft hinter jenen der MOEL zurück, die zusätzlich einen Beitritt in Aussicht hatten. Auch die ausländischen Direktinvestitionen aus europäischen Staaten im Mittelmeerraum blieben hinter jenen in Osteuropa oder Lateinamerika zurück. Weiters war im Rahmen der NMP der Fokus hauptsächlich auf die Handelsliberalisierung und den Ausbau des Freihandels gelegt worden während hingegen die möglichen negativen Auswirkungen – vor allem in der Übergangszeit – vernachlässigt worden waren. Schlussendlich rückte auch der fehlende intraregionale Handel, der bei 5% des gesamten Außenhandels der südlichen Länder stagnierte, in das Blickfeld der Gemeinschaft. (Vgl.Pierros/Meunier/Abrams, 1999:178ff.)

In diesem Sinne war die anstehende Reform als

30 KOM (94) 427

„a stronger, more comprehensive Mediterranean policy, one that would not simply increase development aid to the TMCs but would promote a variety of horizontal cooperation measures and support the process of economic liberation“ (Pierros/Meunier/Abrams, 1999:179f.)

gedacht.

Neben dem Partnerschaftsansatz war vor allem die Idee der Partnerschaft einen *quasi-institutionellen Rahmen* zu geben, originär. Auf die Bedeutung einer hochrangig besetzten Konferenz, um Kooperationsbereitschaft zu symbolisieren, wurde von Beginn an hingewiesen.

Am Europäischen Rat in Essen im Dezember 1994 wurde schlussendlich beschlossen, die Konferenz im zweiten Halbjahr 1995 unter spanischer Präsidentschaft in Barcelona abzuhalten. (Vgl.Jacobs, 2003:275) In Essen war jedoch auch eine möglichst rasche Heranführung der mittel- und osteuropäischen Staaten an die EU beschlossen worden und so zeigte sich erneut, dass das diese beiden Regionen ein „*untrennbares Spannungsverhältnis*“ (Schumacher, 2005:202) im Rahmen der europäischen Außenbeziehungen bildeten.

3.6 Zwischenergebnis: die Europäische Mittelmeerpolitik vor 1995

An dieser Stelle werden noch mal kurz die großen Entwicklungslinien der europäischen Mittelmeerpolitik vor der durch die Barcelona Konferenz beginnenden „new area“³¹ der euro-mediterranen Beziehungen herausgearbeitet.

Die europäische Mittelmeerpolitik existierte, wie oben gezeigt wurde, zu Beginn der Europäischen Gemeinschaft als einheitliche Politik nicht. Vielmehr muss zu diesem Zeitpunkt von *nationalen Mittelmeerpolitiken* gesprochen werden. Die Politik der Gemeinschaft gegenüber dem Mittelraum blieb hingegen reaktiv, denn es waren die MDL und vor allem die Maghrebstaaten, die mit ihren Forderungen an die Gemeinschaft herantraten.. Daraufhin wurden erste Abkommen geschlossen, die in der Folgezeit auch inhaltlich ausgeweitet wurden. Doch schon bald sollte sich ein Gefühl der Diskriminierung der arabischen Länder gegenüber den NATO-Mitgliedern Türkei und Griechenland, sowie später Malta und Zypern einstellen. Die in diesen Abkommen festgehaltene Beitrittsperspektive relativierte die Stellung der Maghrebstaaten.

31 Klaus Hänsch (Präsident des Europäischen Parlaments) zit. n. Pierros, Meunier and Abrams,1999: 177

Die begrenzte Politik der Gemeinschaft lässt sich zu diesem Zeitpunkt einerseits aus dem *Fehlen von außenpolitischen Instrumenten* erklären. Aus diesem Grund wurden vor allem tarifäre Zugeständnisse gemacht. In diesem Sinne kam es zu einem ökonomischen Ersatz für auf der politischen Ebene noch nicht Mögliches. Parallel zu dieser begrenzten und ökonomisch dominierten europäischen Politik kam ein Netz an bilateralen Beziehungen hinzu. Allerdings zeichneten sich die bilateralen Beziehungen durch ein *Konkurrenzverhalten* zwischen den südlichen EG-Mitgliedsländern, das die Kooperation auf europäischer Ebene erschwerte. Aus diesem Grund kann zu Zeiten der GMP nicht von einer einheitlichen Perspektive für den Mittelmeerraum bzw. *keiner common policy* gesprochen werden. Neben den Interessen der EG-Mitglieder, die mit den MDL „*special relationships*“ unterhielten – mussten die Abkommen die Regelungen des GATT befolgen.

Mit dem Inkrafttreten der EPZ und der damit verbundenen zunehmenden Koordinierung rückte der die Region prägende *Nahostkonflikt* verstärkt in das Blickfeld der Gemeinschaft. Hier versuchte die Gemeinschaft sich von ihrem „*payer not player*“ Image zu entfernen und eine eigenständige Position gegenüber den USA zu entwickeln. Trotz des verstärkten europäischen Engagements in der Region vor allem nach dem Inkrafttreten der GASP gelang die Beeinflussung des Konfliktverlaufes durch die EG nicht im gehofften Ausmaß. Generell gilt für den Nahostkonflikt festzuhalten, dass dieser zentralen Einfluss auf die Beziehungen zwischen den Staaten der Region hat und somit maßgeblich auf die Fortschritte und den Erfolg der europäischen Mittelmeerpolitik.

Die *EPZ*, deren Ziel es war das außenpolitische Handlungsfeld der Gemeinschaft zu erweitern und ein unabhängigeres außenpolitisches Profil durch verstärkte Zusammenarbeit zu erarbeiten, erwies sich *für die europäische Mittelmeerpolitik jedoch als kontraproduktiv*. Der intergouvernementale Charakter der EPZ verstärkte den Konflikt zwischen den südlichen EG-Mitgliedern um die *leadership Position* in Bezug auf dieses Politikfeld. Hinzu kam, dass ein Interessenausgleich zwischen den südlichen und den nördlichen Ländern in Bezug auf die Kostenfrage der Mittelmeerpolitik gefunden werden musste. Hier sahen sich die südlichen Länder, die zwar die Konkurrenz der Agrarprodukte aus den MDL fürchteten aber auch auf eine Verstärkung der Südausrichtung der Gemeinschaft drängten, innerhalb der Gemeinschaft im Zuge der bevorstehenden Erweiterung um die neutralen Staaten Österreich, Schweden und Finnland marginalisiert. Die *Parallelisierung der Süd- und Ostbeziehungen* der Gemeinschaft sollte sich vor allem nach dem Ende des Kalten Krieges verschärfen und vor allem die

Angleichung der Finanztransfers an die MDL im Vergleich zu den MOEL Staaten war einer der zentralen Verhandlungspunkte im Vorfeld der Konferenz von Barcelona.

Auch wenn Anfang der Neunziger Jahre die Bilanz der bisherigen Mittelmeerpolitik vor allem in Bezug auf die Verringerung des Entwicklungsabstandes zwischen den europäischen Staaten und den MDL sowie auf die Demokratisierungsbestrebungen ernüchternd ausfällt, ermöglichten es die Abkommen der EU eine positive Handelsbilanz zu erwirtschaften und damit ihre wirtschaftliche Macht in Zeiten der Globalisierung weiter auszubauen und mit den Blöcken Südostasien und USA-Pazifik zu konkurrenzieren.

Wie dieses Kapitel gezeigt hat, musste vor allem zu Beginn die Mittelmeerpolitik auf ökonomische Zugeständnisse beschränkt bleiben, da die außenpolitischen Instrumente zu diesem Zeitpunkt noch nicht ausgereift genug waren. Im Laufe der Zeit wurden jedoch auch die tarifären Zugeständnisse ausgeweitet und die Ausfuhrbeschränkungen relativiert. Auch wurden die finanziellen Mittel angehoben. Außerdem wurde die von der EU gestaltete Politik im Laufe der Zeit immer komplexer und multidimensionaler. Auf der einen Seite wurde versucht neben den bilateralen Abkommen einen multilateralen Zugang auf den Weg zu bringen, wie etwa das Beispiel des EAD zeigt. Zusätzlich wurde neben den ökonomisch ausgelegten Abkommen auch der politische Dialog mit den Partnerländern verstärkt. Mit dem Barcelona Prozess sollten, wie in der Folge gezeigt wird, nun auch soziale Komponenten hinzukommen.

Als interessant für die Frage der Europäisierung der Mittelmeerpolitik erwies sich vor allem die Betrachtung der multilateralen Initiativen außerhalb des Gemeinschaftsrahmens. Wie oben ausgeführt wurde, handelte es sich hierbei um pragmatische Reaktionen auf konkrete Entwicklungen und Probleme in der Region, die mit dem Streben nach einer leadership Position sowohl von Frankreich als auch von Spanien und Italien verknüpft waren. In Bezug auf diese Initiativen sowie auf die gesamte Mittelmeerpolitik der EU gilt festzuhalten, dass zwar bereits die EPZ eine zunehmende Koordinierung ermöglichte, die durch das Inkrafttreten der GASP noch verstärkt wurden, aber dass zuerst die nationalen Interessen hinten angestellt werden mussten und zusätzlicher Wille zur Kooperation gezeigt werden musste, damit eine europäische Linie im Rahmen der Konferenz von Barcelona gefunden werden konnte.

3.7 Der Barcelona-Prozess – die euro-mediterrane Partnerschaft (EMP)

Nachdem im Dezember 1994 auf dem Europäischen Rat von Essen die Abhaltung einer euro-mediterranen Konferenz beschlossen worden war, war die Zeit bis zur Konferenz in Barcelona im November 1995 mit Vorarbeiten und Gesprächen sowohl zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedsländern als auch mit den Partnerländern ausgefüllt.

In diesem Abschnitt wird zuerst auf diese Vorarbeiten und Vorverhandlungen, die schließlich in einer innereuropäischen Kompromissfindung mündeten, eingegangen. In Folge wird die auf der Konferenz von Barcelona 1995 deklarierte euro-mediterrane Partnerschaft mit ihren drei inhaltlichen Körben vorgestellt. Diese Konferenz hat nicht nur symbolische Bedeutung für die euro-mediterranen Beziehungen, sie geht über die bisherige Mittelmeerpolitik sowohl in institutioneller als auch in inhaltlicher Hinsicht hinaus. Schlussendlich soll Bilanz des Barcelona-Prozesses gezogen werden, die im Gegensatz zu den hohen Erwartungen mäßig ausfällt.

3.7.1 Die Vorarbeiten zur Partnerschaft

Wie bereits erwähnt war beim Europäischen Rat in Essen 1994 eine erneute Reform der europäischen Mittelmeerpolitik beschlossen worden. Durch die bevorstehende Einberufung einer multilateralen Konferenz „haben die bi- und trilateralen Bemühungen der südlichen EU-Mitgliedsstaaten multilateralen Charakter bekommen“ (Khalatbari, 2004:42). Dennoch sollten diese weiterhin neben dem neuen multilateralen Ansatz bestehen bleiben. In der Folge kam es zu schwierigen Verhandlungen zwischen der EU-Troika und den Mitgliedsstaaten, die ein ganzes Jahr in Anspruch nahmen. Hier wurde von Seiten der Mitgliedsstaaten genauestens darauf geachtet, dass die Kommission innerhalb der durch die Verträge für sie vorgesehenen Zuständigkeiten – der wirtschaftlichen und handelspolitischen Agenden – blieb, während die politischen Fragen innerhalb der GASP im intergouvernementalen Rahmen diskutiert wurden. (Vgl. Schumacher, 2005:198) Zusätzlich erforderte die Reform der Mittelmeerpolitik zusätzliche Finanzmittel – ein mediterranes Kooperationsprogramm vergleichbar mit dem PHARE³²-Programm für Mittel- und Osteuropa war dafür vorgesehen.

32 Ursprünglich handelt es sich um ein 1989 von der Gemeinschaft gestartetes Hilfsprogramm für Polen und Ungarn, von dem die französische Bezeichnung (*Pologne, Hongarie, Assistance à la Restructuration Économique*) herrührt. Dieses wurde jedoch schnell auf Bulgarien, die ehemalige DDR, die ehemalige Tschechoslowakei, Albanien, Rumänien, Slowenien, Lettland, Litauen und Estland ausdehnt. Innerhalb kurzer Zeit kam es auch zur großzügigen finanziellen Aufstockung Vgl. PierrosIbid. 128

Jedoch sollte sich dieser Punkt in den Verhandlungen als besonders problematisch erweisen. Vorallem am Europäischen Rat in Cannes vom 26/27. Juni 1995 wurde dies besonders deutlich. Hier stand die Kompromissfindung zwischen nördlichen und südlichen Ländern der Union im Zentrum. Die südlichen Länder forderten zusätzliche finanzielle Mittel für die MDL während die nördlichen Länder sich gegen eine finanzielle Mehrbelastung stellten, aber zu weiteren Zugeständnissen im Agrarbereich bereit waren. Dieser Haltung stellten sich jedoch die südlichen Länder entgegen, da deren landwirtschaftliche Produktionsstruktur zu sehr jener der MDL ähndelte. Jünnemann bezeichnet die langwierige innereuropäische Kompromissfindung als „eine Meisterleistung der Kommission und der seinerzeit [im zweiten Halbjahr 1995 – also gegen Ende der Verhandlungen] amtierenden spanischen EU-Präsidentschaft [...], da nicht unerhebliche nationale Widerstände überwunden werden mussten“ (Jünnemann, 2009:40). Schließlich einigte man sich darauf, dass „bis einschließlich 1999 6,7 Milliarden ECU an die Mittel- und osteuropäischen Staaten und 4,7 Milliarden an die Partnerstaaten im Mittelmeerraum gehen sollten“ (Masala, 2000:14f.). Der Großteil der Gelder sollte in das MEDA-Programm fließen, das als Gegenstück zum PHARE und TACIS Programm installiert wurde. (Vgl.Jünnemann, 2009:39f.; Khalatbari, 2004:42; Jacobs, 2003:277; Schumacher, 2005:203)

Neben der Finanzierung war auch der Teilnehmerkreis im Vorhinein zu klären. Die USA, Russland, Golfstaaten, Libyen, Mauretanien sowie verschiedene arabische Regionalorganisationen drängten, in die Partnerschaft einbezogen zu werden. Ende Oktober wurde dann schlussendlich beschlossen, bei in den Essen festgelegten Teilnehmerkreis zu bleiben, um keine Blockade des Prozesses zu riskieren. Den interessierten Staaten wurde jedoch Beobachterstatus angeboten. (Vgl.Jacobs, 2003:278)

In der zweiten Hälfte des Jahres 1995 wurde schließlich zwischen der EU-Kommission, der EU-Troika und den 27 Teilnehmerstaaten über die Abschlusserklärung der Konferenz und ein Arbeitsprogramm verhandelt. Zusätzlich wurde das zwischen den EU-Staaten ausgehandelte Finanzpaket den zukünftigen Mittelmeerpartnern – Marokko, Algerien, Tunesien als Maghrebkernstaaten; die Maschrekstaaten Ägypten, Israel, Libanon, Syrien, Jordanien (obwohl kein Mittelmeerland) sowie die Palästinensischen Autonomiegebiete; und schließlich die drei Beitrittskandidaten Türkei, Zypern und Malta – präsentiert. Allerdings hatten die schwierigen Vorverhandlungen innerhalb der EU die Partnerländer in die schwierige Lage versetzt, entweder zustimmen oder ablehnen zu müssen. Obwohl diese versuchten ihren relativ geringen Verhandlungsspielraum so weit wie möglich auszunutzen, kamen sie über marginale Textänderungen, die vor allem die Gleichwertigkeit der Partner betonten, nicht

hinaus. Schlussendlich folgte die Abschlusserklärung im Wesentlichen der europäischen Vorlage. In diesem Sinne stand die Partnerschaft von Beginn unter einem „*Spannungsverhältnis von Partnerschaft und Dominanz*“ (Jünnemann, 2009:40), worüber die Partnerschaftsrhetorik auch nicht hinweg täuschen konnte, und so als strukturelles Problem von Anfang an auf die Partnerschaft und ihre Implementierung einwirkte. (Vgl.Jacobs, 2003:278; Jünnemann, 2009:40f.)

Obwohl die südeuropäischen Staaten – Frankreich, Italien und Spanien – in den Verhandlungen eine zentrale Rolle spielten, kam es unter ihnen zu *Konkurrenzverhalten*. Vor allem durch das selbstbewusste Auftreten der spanischen Vertretung fühlte sich Frankreich in seiner Führungsrolle in der Mittelmeerpolitik in Frage gestellt. Frankreich hielt sich zu diesem Zeitpunkt mit Initiativen zurück, da 1995 gerade Präsidentschaftswahlen stattfanden. Dies ist insofern wichtig, da in der französischen Politik der Präsident maßgeblich für die Gestaltung der Außenpolitik zuständig ist.

Neben diesen hinter den Kulissen ablaufenden Führungsstreitigkeiten, kam es Anfang Oktober 1995 – noch vor Konferenzbeginn – zum Einfrieren der MED-Programme, da im Vorhinein Unregelmäßigkeiten aufgetreten waren. Aus diesem Grund konnten einige Programme nicht fristgerecht anlaufen, da der Fonds erst im Juni 1996 freigegeben wurde. (Vgl.Jacobs, 2003:279)

In diesem Sinne musste die Konferenz im November 1995 beginnen ohne, dass alle Unklarheiten vollständig beseitigt waren.

3.7.2 Die Konferenz von Barcelona

Wie bereits angesprochen, begann die Konferenz von Barcelona am 27. November 1995, ohne dass alle Punkte im Vorhinein geklärt werden konnten. So kam es zu stundenlangen Verhandlungen sowohl in den offiziellen Sitzungen als auch in inoffiziellen Gesprächsrunden unter der Führung des spanischen Ratspräsidenten Solana, um die Konferenz mit einem Dokument beschließen zu können, das von allen beteiligten Ländern die Zustimmung erhielt.

So wurde die Frage, wie die bisherigen bilateralen Beziehungen in die neue Partnerschaft integriert werden sollten, auf der Konferenz erneut aufgeworfen. Vor allem Marokko fürchtete um seinen privilegierten Status. Schließlich wurde in das Abschlussabkommen eingefügt, dass die bisherigen bzw. neu zu verhandelnden bilateralen Abkommen unterschiedlich stark ausgeprägten bilateralen Beziehungen neben dem neuen multilateralen

Ansatz weiterhin gewährleistet sein würden. (Schumacher, 2005:205) In der Barcelona-Erklärung wurde schließlich festgehalten, dass *„dieser multilaterale Rahmen einhergehen muß mit dem Ausbau der bilateralen Beziehungen, die gewahrt werden müssen und deren besonderer Charakter noch akzentuiert werden sollte“*³³. Jacobs sieht darin ein *„Primat des Bilateralismus“* (Jacobs, 2003:280), das sich in die multilaterale Euro-mediterrane Partnerschaft eingeschlichen hat.

Ein weiter Punkt, bei dem die MDL viele Einwände hatten, war das Kapitel der Wirtschaftspartnerschaft. Hier ging es vor allem um die Frage, wie mit den landwirtschaftlichen Exporten der MDL umgegangen werden würde, denn bisher waren diese im Gegensatz zu industriellen Gütern mit Quotenregelungen belegt. Schlussendlich wurde in der Abschlussdeklaration festgehalten, *„der Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen schrittweise durch den präferentiellen, auf Gegenseitigkeit beruhenden Zugang zwischen den Parteien unter gebührender Berücksichtigung der Ergebnisse der GATT-Verhandlungen liberalisiert [wird], soweit die jeweilige Agrarpolitik dies zulässt“*³⁴. Neben der Zusicherung der Zustimmung aller MDL zum wirtschaftlichen Teil der Partnerschaft ermöglichte in Zukunft ein Verweis auf dieses Passus Protektionismus-Vorwürfe, wie sie die europäische Mittelmeerpolitik seit Beginn verfolgen, von sich zu weisen. Auch das sensible Thema der Rückführung illegaler Migranten wurde von der multilateralen Ebene genommen und sollte in der Folge mittels bilateraler Abkommen geregelt werden. (Vgl.Schumacher, 2005:211)

Laut Jacobs war vor allem die *„Frage, wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das Problem der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, der Kampf gegen den Terrorismus, die Schuldenfrage, die Behandlung illegaler Einwanderer und schließlich das Bekenntnis zum Abbau aller Handelshemmnisse in die Abschlußdeklaration Eingang finden sollten“* (2003:279), noch offen. Vor allem die ersten drei großen Punkte betrafen sowohl den Nahostkonflikt als auch den türkisch-kurdischen Konflikt. Um doch noch ein Ergebnis zu erhalten und die Konferenz zu Ende bringen zu können, musste die EU ihr ganzes Verhandlungsgewicht aufwenden, um sowohl Syrien, den Libanon, die Türkei und Israel zum Einlenken zu bringen, in dem sie klar stellte, dass diese sonst die volle Verantwortung für eine Scheitern tragen würden. (Vgl.Jacobs, 2003:279)

33 Erklärung von Barcelona 1995: 4

34 Erklärung von Barcelona 1995: 8

Mit der schlussendlich gemeinsam verabschiedeten Abschlusserklärung wird der bisher bilateral gestalteten Mittelmeerpolitik der EU nun auch eine multilaterale Schiene zur Seite gestellt. Zur allgemein bescheinigten Symbolwirkung des „*spirit of Barcelona*“ (Javier Solana zit. n. Schumacher, 2005:213) erweitert die Erklärung von Barcelona die euro-mediterranen Beziehungen sowohl inhaltlich als institutionell. Die inhaltliche Ausdehnung folgte durch die Installation der drei Körbe – Politische- und Sicherheitspolitische Partnerschaft, Wirtschafts- und Finanzpartnerschaft, Partnerschaft im sozialen, kulturellen und menschlichen Bereich, auf die weiter unten noch genauer eingegangen wird. Auf der institutionellen Ebene kam es zu einer „*Quasi-Institutionalisierung*“ (Khalatbari, 2004:46), auf die im folgendem Kapitel eingegangen wird.

Abschließend lässt sich in Bezug auf die Konferenz festhalten, dass mit der schlussendlich einstimmig und ohne Vorbehalte beschlossenen Barcelona-Erklärung, ein Ansatz für die europäische Mittelmeerpolitik geschaffen wurde, der sowohl alle daran beteiligten Akteure als auch die verschiedenen bilateralen Abkommen in einem multilateralen Konzept zusammenführt. Allerdings kann bereits an dieser Stelle festgehalten werden – und dies galt auch, wie in Kapitel 3.4 Die multilateralen Initiativen der 1990er Jahre gezeigt wurde, für die anderen multilateralen Zugänge im Mittelmeerraum, dass durch diesen multilateralen Zugang der Nahostkonflikt Eingang in die euro-mediterranen Partnerschaft gefunden hat und sich negativ auf dessen Implementierung auswirken sollte. Schlussendlich zeigte die Konferenz aber einmal mehr, dass die EU nicht in der Lage war gegenüber den MDL als Verhandlungseinheit aufzutreten. (Vgl. Schumacher, 2005:213f.) Vielmehr prägten „*ständig wechselnde Ratspräsidentschaften, rotierende Troika-Zusammenstetzungen, mit unterschiedlichen Portfolios betraute Kommissare, unterschiedliche und teilweise unklare Kompetenzverteilungen zwischen Rat und Kommission sowie Ministerratsinterne Interessensdivergenzen*“ (Schumacher, 2005:214) das Bild.

3.7.3 Die Euro-Mediterrane Partnerschaft

In diesem Teil der Arbeit wird der Aufbau der Euro-Mediterranen Partnerschaft mit seinen zu Beginn drei und ab 2004 vier Körben vorgestellt, bevor im darauffolgenden Kapitel Bilanz gezogen wird.

Bei der Euro-Mediterranen Partnerschaft handelt es sich um einen losen Vertrag, der nicht rechtlich aber politisch verbindlich ist, und sich durch einen geringen Grad an Institutionalisierung auszeichnet und aus diesem Grund vor allem auf der Liberalisierung von

Gütern – in erster Linie industriellen Gütern – basiert. Außerdem wird der Beitritt zur Union von Anfang an für jene MDL, die zu diesem Zeitpunkt noch keinen Beitrittskandidatenstatus besaßen, ausgeschlossen, sodass in erster Linie ökonomische Anreize von Seiten der EU gesetzt werden. Hierbei handelt es sich um eine Euro-Mediterrane Freihandelszone (EMFHZ) sowie um ein neues Finanzinstrument (MEDA). (Vgl. Khader, 2009:53) Wie bereits angesprochen, kommt es trotz eines geringen Integrationsgrades zu einer Quasi-Institutionalisierung der Beziehungen. Als zentrales Forum gilt das Euro-Mediterrane Komitee für den Barcelona-Prozess (Euro-Med Komitee), in dem Beamten aus dem Partnerländern mit der EU-Troika vier bis sechs Mal im Jahr zusammenkommen. Weiters wurde eine Euro-Mediterrane Ministerkonferenz (Euro-Med MinKonf) installiert. Zusätzlich wurden in diversen Senior Official Meetings, Workshops und Seminare der Austausch fokussiert. Außerdem wurde die Partnerschaft mit der Euro-Mediterranen Parlamentarischen Versammlung (EMPV) mit einer parlamentarischen Komponente versehen, die sich sowohl aus Mitgliedern des Europäischen Parlamentes, der nationalen Parlamente sowie aus jenen der Partnerstaaten zusammensetzt. Allerdings kann die Parlamentarische Versammlung nur Empfehlungen abgeben und hat somit keine rechtlich bindende Wirkung. Schlussendlich wurden noch die Euro-Mediterrane Studienkommission und das Euro-Mediterrane Forum für Wirtschaftsinstitute als wissenschaftliches Netzwerk sowie das Euro-Mediterrane Zivilforum für nicht-staatlich Akteure aufgebaut. Zur Einrichtung einer Euro-Mediterranen Entwicklungsbank kam es auf Grund nationaler Widerstände schlussendlich nicht.

Die operative Umsetzung fällt in die Zuständigkeit der Europäischen Kommission, wobei die Planung der Generaldirektion für Außenbeziehungen (DG RELEX) obliegt und das Projektmanagement vom Amt für Zusammenarbeit (EuropeAid – auch bekannt als DG AidCo) übernommen wird. (Vgl. Khalatbari, 2004:46; Heese, 2009:23) So kann auch bei der Implementierung der Projekte von „*einer de facto hegemonialen und asymmetrischen Partnerschaft [gesprochen werden], insbesondere in den Themengebieten der wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit*“ (Demmelhuber, 2009:71).

Die Finanzierung wurde durch eine Aufstockung der Finanzinstrumente sichergestellt. Die bisher länderspezifischen Finanzprotokolle wurden durch die Finanzierungslinien MEDA I und II ersetzt. Allerdings gingen auch hier 90% der Finanzmittel, die an die Umsetzung politischer Reformen geknüpft waren, in bilaterale Zusammenarbeit. MEDA I umfasste 3,42 Milliarden Euro - hinzu kamen im selben Zeitraum von 1995-1999 noch 4,8 Milliarden Euro an FEMIP-Krediten der Europäischen Investitionsbank (EIB) - und konzentrierte sich vor allem auf die Umstrukturierung der staatszentrierten Wirtschaft. Aus diesem Grund gelangten

die multilateralen Aspekte wie etwa Ausbau des intraregionalen Handels als Voraussetzung der angestrebten Freihandelszone in den Hintergrund. Nach einer kommissionsinternen Evaluierung wurde in MEDA II den bisherigen zwei Punkten von ökonomischer Umstrukturierung und politischer Konditionalität noch eine dritte Dimension – jene der sozioökonomischen Abfederung der Veränderungen – zur Seite gestellt. MEDA II umfasst in seiner Laufzeit von 2000 bis 2006 5,35 Milliarden Euro sowie 7,4€ an Krediten der EIB. (Vgl. Demmelhuber, 2009:71f.)

Mit den oben vorgestellten Instrumenten erhoffte sich die Europäische Union folgende Entwicklungen auszulösen bzw. zu unterstützen:

- Die Vorantreibung von wirtschaftlichen Reformen in den MDL, für die die Öffnung der Märkte gegenüber ausländischer – vorwiegend europäischer – Konkurrenz als Katalysator wirken sollte.
- Die Verstärkung einer Süd-Süd Integration, die über die Öffnung der Märkte bei gleichzeitiger Überwindung der ähnlichen Produktionsstrukturen vollzogen werden sollte.
- Die Steigerung der Attraktivität der MDL für ausländische Direktinvestitionen (FDI). (Vgl. Khader, 2009:54)

Die oben vorgestellte Institutionalisierung und sowie die Zielsetzungen sollten inhaltlich in drei – an den Helsinkiprozess angelehnt – Körbe geschehen. In der Folge wird auf die drei Körbe Politische und Sicherheitspartnerschaft, Wirtschafts- und Finanzpartnerschaft und Partnerschaft im sozialen, kulturellen und menschlichen Bereich eingegangen. 2005 wurde noch der Korb IV Migration, soziale Integration, Justiz und Sicherheit hinzugefügt.

Politischen und Sicherheitspartnerschaft

Ziel der Politischen und Sicherheitspartnerschaft ist es mittels regionaler Kooperation und vertrauensbildenden Maßnahmen den unter dem Begriff „Südbedrohung“ ausgemachten Problemen der Region entgegen zu wirken und so langfristig einen „*Raum des Friedens und der Stabilität in der Mittelmeerregion*“³⁵ zu schaffen. Auch wenn es bereits als Erfolg zu werten ist, dass es sich bei der Euro-mediterranen Partnerschaft neben der UNO um das einzige Forum handelt, indem auf Augenhöhe zwischen den Konfliktparteien des Nahostkonflikts um Sicherheitsthemen verhandelt wird, sollten das große inhaltliche Thema des Nahostkonfliktes durch die Multilateralisierung der euro-mediterranen Beziehungen die

35 Erklärung von Barcelona 1995: 7

Gespräche von Beginn an erschweren. Obwohl auf den unteren Arbeitsebenen die Gespräche zwischen den arabischen Staaten und Israel stets aufrechterhalten wurden, und damit sogar von einem „sozialisierenden Effekt“ (Jünnemann, 2009:42) gesprochen werden kann, scheiterte auf Grund unterschiedlicher Sicherheitsperzeptionen und Positionen zu den Themen Abrüstung und Terrorismus 2000 die Verabschiedung der *Charta für Frieden und Stabilität*. (Vgl.Heese, 2009:25; Jünnemann, 2009:42) Ein Beobachter geht sogar soweit festzustellen, dass, nach dem Wegfall der Anfangs positiven Dynamik die EMP in die Geiselhaft des Friedensprozesses kam. (Vgl.Calleya, 2000:21) Neben dem zentralen Thema des Nahostkonfliktes dominierte auch die Frage nach dem Umgang mit Terrorismus die Diskussionen im Rahmen des ersten Korbes. Zwar wurde 2005 auf dem Jubiläumsgipfel in Barcelona ein *Verhaltenskodex für den Kampf gegen den Terrorismus* verabschiedet, allerdings blieben die Formulierungen schwammig und man konnte sich auf keine konkrete Terrorismusdefinition einigen, da die arabischen Länder „ein Recht auf Widerstand gegen Besatzungen“ forderten, was jedoch von Israel und der EU abgelehnt wurde. Vielmehr wurde nun der Fokus auf die Bekämpfung der Ursachen des Terrorismus sowie die Wahrung der individuellen und demokratischen Rechte im „Kampf“ gegen den Terrorismus gelegt. (Vgl.Heese, 2009:25f.)

Ein weiteres Spannungsfeld, das sich bei dem ersten Korb von Beginn an auftat, war jenes zwischen Demokratisierungsbestrebungen und der Wahrung nationaler Souveränität und Stabilität im Partnerland. Die Partnerschaft bekennt sich zwar zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, „wobei die Partner in diesem Rahmen das Recht jedes einzelnen von ihnen anerkennen, sein politisches, soziokulturelles, wirtschaftliches und rechtliches System frei zu wählen und zu entwickeln“³⁶. In der Folge wird jedoch betont, dass „gemäß den Normen des Völkerrechts jede mittelbare oder unmittelbare Einmischung in innere Angelegenheiten eines anderen Partners zu unterlassen“³⁷ sei. Schumacher spricht hier von einem „Geburtsfehler“ in der Barcelona Erklärung. Mittels politischer Konditionalität für die Zuerkennung von Mitteln im Rahmen der Wirtschafts- und Finanzpartnerschaft besteht jedoch die Möglichkeit Druck auf die arabischen Regime auszuüben bzw. durch die Partnerschaft im sozialen, kulturellen und menschlichen Bereich interne Bewegungen zu unterstützen und zu stärken. Dennoch kommt Jünnemann (2009) zum Schluss, dass die Frage der Demokratisierung im Vergleich zu jener der Stabilisierung wenig Raum einnimmt.

Allerdings muss das Faktum, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Barcelona

36 Erklärung von Barcelona 1995:5

37 Erklärung von Barcelona 1995: 6

Erklärung festgeschrieben sind, als Erfolg gewertet werden, denn dadurch können sich die Regime nicht per se einem Demokratisierungsdiskurs verweigern. (Vgl.Jünnemann, 2009:43) Demmelhuber zeigt auf, dass jedoch die Formulierungen in den neuen Assoziierungsabkommen etwa in Bezug auf die Rolle der Frau oder den Menschenrechtsdialog vage bleiben. Außerdem stellt er fest, dass der EU etwa zur Wahlbeobachtung Instrumente fehlen und die Prioritäten – auch finanziell – von Seiten der EU auf die Bereiche Sicherheit, Migration und Wirtschaftsförderung gesetzt wurden, um eine totale Blockade der MDL zu verhindern. (Vgl.Demmelhuber, 2009:26)

Wirtschafts- und Finanzpartnerschaft

Auch hier herrscht die Idee mittels Kooperation den Lebensstandard der Bevölkerung zu verbessern, das Beschäftigungsniveau zu erhöhen sowie das Wohlstandsgefälle zwischen dem Norden und dem Süden zu senken, um langfristig eine gemeinsame Zone des Wohlstandes zu etablieren, vor. (Vgl. Erklärung von Barcelona 1995: 7) Bis 2010 sollte außerdem eine Euro-Mediterrane Freihandelszone (EMFHZ)³⁸ zwischen den teilnehmenden Staaten des Barcelona-Prozesses eingereicht werden. 2004 wurde auf einem Treffen der Handelsminister in Istanbul dieser Zeitpunkt für die Errichtung der EMFHZ festgelegt. Diese Freihandelszone basiert auf der einen Seite auf Abkommen zwischen der EU und den jeweiligen Ländern sowie auf Abkommen zwischen den MDL.

Als Voraussetzung für ebendiese sind Freihandelsabkommen zwischen den MDL sowie eine Liberalisierung der Wirtschaftssysteme der MDL. Um die negativen Effekte dieser Strukturanpassungen abzufedern, werden große Teile der MEDA bzw. EIB Mittel zur Verfügung gestellt. (Vgl.Jünnemann, 1999:47) Neben den MEDA Programmen und den EIB Finanzierungsmittel gelten die Assoziierungsabkommen, die jene aus den 70er Jahren ablösen, als zentrale Instrumente für den zweiten Korb. Der bilaterale Assoziierungsrat mit diversen Subkomitees und vom Rat der EU geschaffene Arbeitsgruppen sind als zentrale Steuerungselemente für die Implementierung der Abkommen zuständig. (Vgl.Demmelhuber, 2009:78)

Im zweiten Korb der Partnerschaft wird der Fokus auf die Reform und die Liberalisierung der staatszentrierten Wirtschaftssysteme gelegt. Hier wird vor allem kohärentere Gesetzgebung und die damit verbundene Rechtssicherheit, Stärkung der Infrastruktur, Privatisierungen und

38 Zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Arbeit (Jänner 2011) war diese jedoch noch nicht in Kraft getreten.

Förderung der Klein- und Mittleren Unternehmen (KMU), Niederlassungsfreiheit, Abbau der Staatsschulden sowie schlussendlich die Angleichung an EU Normen gefördert, um so der Arbeitslosigkeit entgegenwirken zu können aber auch die Ausländischen Direktinvestitionen (FDI) erhöhen zu können. Oder um es wie Stephen Calleya zu formulieren: „*Deregulation and liberalization are therefore very much the name of the game*“ (Calleya, 2000:24).

Ob jedoch die Finanzhilfen und die in den Abkommen zugesicherte Kooperation ausreichend ist, um des Wohlstandsgefälle zu verringern, bleibt fraglich. Ein Beobachter spricht sogar von einer „*Schizophrenie der EU*“ (Heese, 2009:27) – Frankreich an vorderster Stelle – denn auf der einen Seite fordert sie die Liberalisierung der Wirtschaftspolitiken der MDL während die Union weiterhin daran festhält, ihren Agrarmarkt zu subventionieren bzw. vor Konkurrenz aus dem MDL mittels Quotenregelungen, Einfuhrbeschränkungen und Mindestpreisen zu schützen. (Vgl. ebd)

Die Befürchtungen der MDL vor Einmischung auf Grund politischen Konditionalität, die im Zweiten Korb eine Reduktion oder Suspendierung der Finanzhilfe ermöglicht, zeigte sich als wenig begründet. Vielmehr zeigte sich, dass bilaterale Sonderbeziehungen – wie etwa das Beispiel Frankreich-Algerien zeigt – über die Zuerkennung von finanziellen Mitteln entscheiden. Um diesen „*Schutzmacht-Automatismus*“ (Jünemann, 2009:45) entgegen zu wirken, wurde schließlich 1998 eine qualifizierte Mehrheit für die Anwendung der politischen Klausel eingeführt. In der Praxis wird diese Möglichkeit jedoch nicht in Anspruch genommen und die Beschlüsse werden weiterhin konsensual gefällt. (Vgl. Heese, 2009:27; Jünemann, 2009:45)

Partnerschaft im sozialen, kulturellen und menschlichen Bereich

Der dritte Korb der Partnerschaft betont zu Beginn, dass der „*Dialog und der gegenseitige Respekt zwischen den Kulturen und Religionen eine notwendige Voraussetzung für die Annäherung der Völker*“³⁹ sei. Es soll also der kulturelle Austausch und das damit verbunden Erlernen neuer Sprachen gefördert werden. Außerdem wird die Verbindung zwischen sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung hergestellt. Die Zivilgesellschaft soll mittels dezentralisierter Zusammenarbeit in Aktionen zur Unterstützung demokratischer Institutionen und zur Stärkung des Rechtsstaates eingebunden werden. Außerdem sollen Aktionen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz gesetzt werden. Hier wird also im Vergleich zu den ersten beiden Körben ein bottom-up Ansatz gewählt und mehr auf die Einbeziehung

39 Erklärung von Barcelona 1995: 12

der Bürger gesetzt, um so dem normativen Ziel der Partnerschaft von Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit näher zu kommen. Allerdings ist in den letzten Jahren auch eine Entpolitisierung der Projekte festzustellen d.h. der Fokus wird nun mehr auf den kulturellen als auf den menschenrechtlicheren Aspekt gelegt. (Vgl.Jünnemann, 2009:25f.)

Auf dem Außenministertreffen in Neapel (Dezember 2003) wurde schließlich die **Anna Lindh Stiftung für Dialog zwischen den Kulturen** als gemeinsame Institution für den sozialen und kulturellen Agenden der Partnerschaft gegründet. Die Anna Lindh Stiftung wird hierbei sowohl von der EU als von den MDL finanziert und verfügt so über ein eigenes Budget. Ziel der Anna Lindh Foundation ist es das gegenseitige Verständnis und Respekt zwischen den Kulturen und den Religionen des Mittelmeerraumes zu fördern. Außerdem sollen bestehende zivilgesellschaftliche Strukturen unterstützt werden und ihnen in der Stiftung eine Möglichkeit zur Vernetzung geboten werden.⁴⁰

Demmelhuber hebt in Bezug auf diesen Korb die Unterscheidung in „weiche“ – wie die eben angeführten Beispiele – und „harte“ Dimensionen dieses Korbes hervor. Unter die harten Dimensionen fallen Bekämpfung von Terrorismus, Drogenhandel, internationale Kriminalität und Korruption. Auch die Frage der Migration und der illegalen Einwanderung ordnet er der harten Dimensionen zu. Die Frage der Rückführung wird allerdings in bilateralen Abkommen geregelt. (Vgl.Demmelhuber, 2009:78)

Interessant in Bezug auf diesen Korb ist vor allem, dass er in Folge der Terroranschläge vom 11. September 2001 sowohl inhaltliche als auch finanzielle Aufwertung erfuhr, während er in den Anfangsjahren eher kritisch gesehen wurde. Durch die Paralyse des Ersten Korbes in der Terrorismusfrage durch den Nahostkonflikt kam es zur Verlagerung des Themenfeldes Innere Sicherheit mit zentralen Instrumenten der Terrorismusbekämpfung in den Dritten Korb. Wie bereits oben gezeigt wurde, konnte hier etwa keine Einigung auf eine Terrorismus - Definition gefunden werden. Jünnemann sieht die Kooperation zwischen der EU und autoritären Regimen im sensiblen Bereich der Inneren Sicherheit als problematisch, denn die Diskussion wird so noch mehr in das Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit geschoben. (Vgl. Jünnemann, 2009:47f.)

40 Vgl. <http://www.euromedalex.org/about/our-mandate> zuletzt am 22. Jänner 2011

Seit dem Ministertreffen 2002 von Valencia findet auch eine Zusammenarbeit in den Bereichen soziale Integration, Justiz und innere Sicherheit (JHA) statt. Die EU betont zwar die unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung zwischen den nördlichen und den südlichen Partnern und distanziert sich auch von jener Kritik, die unter dem Begriff „Festung Europa“ zusammengefasst werden kann, allerdings wird durch zusätzliche Finanzmittel und Abkommen für die Rückführung von Migranten und die Einrichtung von FRONTEX, der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen, versucht, das Themenfeld der Migration an die MDL zu externalisieren, (Vgl. Demmelhuber, 2009:80f.)

2005 wurde der Partnerschaft schließlich die Themenbereiche **Migration, soziale Integration, Justiz und Sicherheit** offiziell als Vierter Korb hinzugefügt.

3.8 Einbindung in die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)

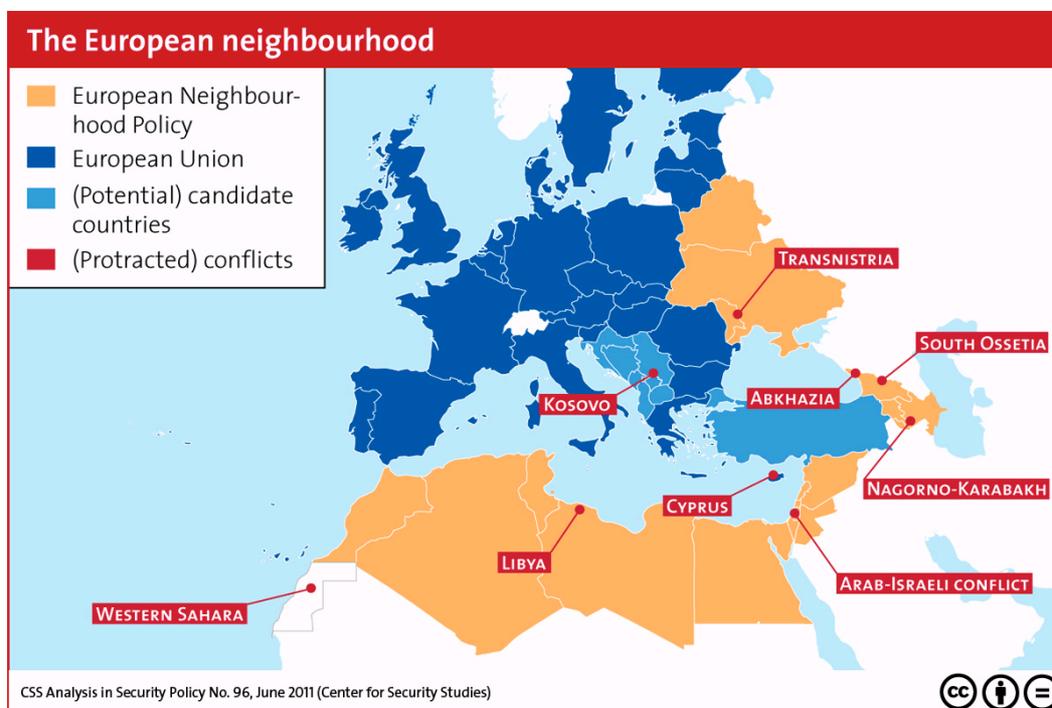
Die Europäische Nachbarschaftspolitik basiert auf einer Mitteilung der Kommission an den Rat der EU und das Europäische Parlament *„Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn“* (Europäische Kommission 2003) vom März 2003. Die hier vorgestellte Politik zu den neuen Nachbarn der Union, deren Ziel es sein sollte, *„neue Trennungslinien in Europa zu vermeiden und Stabilität und Wohlstand innerhalb der neuen Grenzen der Union und darüber hinaus zu fördern“* (ebd.: 4), wurde schließlich in einem Strategiepapier über die Europäische Nachbarschaftspolitik (Europäische Kommission 2004) konkretisiert.

Die Umsetzung der Europäischen Nachbarschaftspolitik als neue Form der Außenpolitik gegenüber den direkten Nachbarn der Union versteht sich aus dem Kontext der Erweiterung der Union im selben Jahr um zehn Staaten, die eine Regelung der Beziehungen zu den neuen Nachbarn notwendig machte. Wie der Ausspruch des damaligen Kommissionspräsidenten Romano Prodi *„Alles bis auf die Institutionen“* (zit. n. Heese, 2009:34) deutlich macht, blieb für die teilnehmenden Länder die Beitrittsperspektive bis auf absehbare Zukunft ausgeklammert, während der Fokus auf Wirtschaftsintegration (Zugang zum europäischen Binnenmarkt) und politische Kooperation vor allem in den Bereichen Sicherheit, Migration und Terrorismusbekämpfung gelegt wurde.

Bei den Ländern, die nun unter die ENP fallen, handelt sich um die östlichen Nachbarstaaten Russland, Ukraine und Moldawien (Weißrussland als „ruhendes“ Mitglied), die Kaukasusrepubliken Georgien, Armenien und Aserbaidschan und die Mittelmeerländer

Marokko, Algerien, Tunesien, Ägypten, Israel, Libanon, Jordanien, Syrien und die Palästinensischen Autonomiegebiete (Libyen ist ebenfalls ruhendes Mitglied). Russland – obwohl in direkter Nachbarschaft zur EU fällt nicht in den Rahmen der ENP, da mit Russland eine strategische Partnerschaft besteht. Auch die Türkei bildet einen Sonderfall, denn als Beitrittskandidat fällt sie unter die Erweiterungspolitik und ist somit nicht Teil der ENP, dennoch ist sie als Mitglied der Euromediterranen Partnerschaft (bzw. der Union für das Mittelmeer) sowie der Schwarzmeerwirtschaftskooperation⁴¹ an zwei interregionalen Kooperationsforen in der Nachbarschaft der Union beteiligt. (Vgl. Erdle, 2009:93; Heese, 2009:34; Jünemann, 2009:48)

Abbildung: Europäische Nachbarschaftsbeziehungen



Quelle http://www.sta.ethz.ch/var/plain_site/storage/images/graphics/the-european-neighbourhood-06-11/15056-1-eng-GB/The-European-neighbourhood-06-11.jpg (zuletzt am 15. Juni 2011)

Eigentlich war die ENP zuerst nur für „neue“ Nachbarn der Union gedacht. Doch die südlichen Länder Frankreich, Spanien und Italien befürchteten eine „Osteuropäisierung“ (Aument zit. n. Heese, 2009) der Außenbeziehungen. Vor allem Frankreich „which considers itself as guardian of the interests of the ‘old’ Southern neighbours“ (Lippert, 2008:8) drängte auf eine Integration der EMP in die ENP und damit einer südlichen Komponente in die ENP,

41 Näheres zur Schwarzmeerkooperation und seinen 12 Mitgliedern, den institutionellen Aufbau sowie den Beziehungen zur EU in Hartwig 2009:

„which without French intervention would supposedly have been neglected“ (ebd.8).

Allerdings setzte in der Folge Frankreich weiterhin auf bilaterale Beziehungen mit den südlichen Mittelmeerländern, um seinen Einfluss und seine leadership Position in der Region auszubauen, und „konterkariert den Barcelona Prozess – eine ursprünglich spanische Idee – um sich durch bilaterale Aktionen von Italien und Spanien abzusetzen“ (Heese, 2009:35).

Als Basis für die neu konzipierte ENP dienten die positiven Erfahrungen der bisherigen Beitrittsverfahren und –abkommen und in diesem Sinne wurden die dafür geschaffenen Instrumente für die ENP adaptiert. Außerdem wollte die Kommission einen Kompetenzverlust zuvorkommen und nutzte so bereits gewonnenes Wissen und Erfahrung für die neue Außenpolitik in Bezug auf die direkten Nachbarn. (Vgl.Heese, 2009:35)

In Bezug auf die EMP wurde häufig kritisiert, dass der multilaterale Ansatz eher zu einer Blockade der Partnerschaft geführt hat und deshalb als wenig erfolgreich galt. Die ENP basiert im Gegensatz zur EMP auf einem differenzierten Bilateralismus, der es ermöglicht auf die Unterschiede zwischen den Ländern besser eingehen zu können. Durch diese Differenzierung soll auf die unterschiedliche Reformkapazität bzw. den unterschiedlichen Willen Reformen anzugehen, eingegangen werden. Da für die betroffenen Länder die Beitrittsperspektive im Vorhinein ausgeschlossen wurde, wird versucht mit positiver Konditionalisierung – allen voran der Beitritt zum EU-Binnenmarkt – die Länder zu Reformen anzuregen. Es soll also den Nachbarstaaten die Möglichkeit gegeben werden am Binnenmarkt teilzuhaben, ohne der Union beizutreten. Die Union versucht sich so einen „Ring verantwortungsvoll regierter Staaten“ (Europäische Kommission 2004: 6) zu schaffen, die auch die politischen und kulturellen Werte der Gemeinschaft teilen und mit denen man kooperative Beziehungen pflegt. (Vgl. Europäische Kommission 2011)

Die Beziehungen zu den neuen Nachbarn basieren auch weiterhin auf bereits geschlossenen Vereinbarungen. Hier handelt es sich um Partnerschafts-, Zusammenarbeitsabkommen oder Assoziierungsabkommen sowie die euro-mediterrane Partnerschaft. Im Falle von Libyen, Weißrussland und Syrien wurden die Beziehungen noch nicht „aktiviert“ d.h. es bestehen keine solchen Verträge bzw. wurden noch nicht ratifiziert.

In der Praxis ist vor allem die Europäische Kommission für die Umsetzung der ENP zuständig. Diese erstellt in einem ersten Schritt Länderbereiche, auf deren Basis schließlich 3-5-jährige **Aktionspläne** mit den jeweiligen Ländern abgeschlossen werden, die die Bereiche politischer Dialog und Reformen, wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit und

Entwicklung, Handelsfragen, Marktreformen und ordnungspolitische Reformen, Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres, Verkehr, Energie, Informationsgesellschaft, Umwelt, Forschung und Entwicklung und die menschliche Dimension (zwischenmenschliche Kontakte, Zivilgesellschaft, Bildung, Gesundheitswesen usw.) inkludieren. Bilaterale Assoziationsräte und Unterausschüsse unterstützen die Arbeit der Kommission vor allem beim Verfassen von **Fortschrittsberichten**.

Für die Umsetzung der Reformen mittels technischer und finanzieller Hilfe wurde 2007 das **Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI)** neugegründet, das das MEDA Programm sowie das seit 1991 für die östlichen Länder bestehende TACIS-Programm zusammenfasste und ersetzte.

Die Frage nach der Balance zwischen Ost- und Südorientierung der Gemeinschaft war und wurde auch durch die Integration der EMP in die ENP nicht geregelt, denn vor allem in den Fragen der Flüchtlinge und der illegalen Migration stehen die beiden Regionen weiterhin in Konkurrenz um politische Aufmerksamkeit und finanzielle Ressourcen. (Vgl. Heese, 2009:35) In Bezug auf die finanzielle Ausstattung der ENP lässt sich an dieser Stelle festhalten, dass für die Periode 2007- 2010 die östlichen Länder der Nachbarschaftspolitik ohne Russland 16.55€ pro Einwohner erhielten, während für die südlichen Länder 13.79€ pro Einwohner an finanziellen Ressourcen zur Verfügung standen (Vgl. Lippert, 2008:12)

Abschließend sollen noch kurz die Auswirkungen der Einbindung der Euro-mediterranen Partnerschaft in die ENP auf die europäische Mittelmeerpolitik diskutiert werden.

Zu Beginn kann erst einmal festgehalten werden, dass es sich bei der ENP in erster Linie um eine bilaterale Politik zwischen der EU und dem jeweiligen Partner handelt. Allerdings betont die Kommission, dass dieser bilaterale Ansatz durch regionale und multilaterale Kooperationsformen wie etwa durch die euro-mediterrane Partnerschaft bzw. seit 2008 durch die Union für das Mittelmeer, der Östlichen Partnerschaft seit Mai 2009 oder der Schwarzmeersynergie seit Februar 2008 ergänzt wird. (Vgl. Europäische Kommission 2011)

Doch dieses Verhältnis zwischen Bilateralismus und Multilateralismus, das sich zu Lasten des multilateralen und regionalen Zuganges entwickelt hat, wird von vielen Beobachtern kritisiert. Henry sieht in der Verstärkung des bilateralen Zuganges sogar eine Rückkehr zum Unilateralismus, denn es findet keine kollektive Verhandlung der Inhalte der bilateralen Partnerschaften statt. Der im Barcelona – Prozess ausgerufene partnerschaftliche Ansatz wird immer weiter zurück gedrängt. Denn auch die finanzielle Unterfütterung der

Nachbarschaftspolitik wird von den Europäern gestellt. Selbiges gilt auch für den Inhalt der Abkommen und Strategiepapiere, diese spiegeln in erster Linie die Interessen der Europäer wider. In diesem Sinne tritt nun ein eurozentristischer Ansatz in der Logik von Peripherie und Zentrum in den Vordergrund (Vgl. Henry, 2008:82ff.) während der regionale Ansatz der EMP immer mehr in Hintergrund gerät.

Zwar ermöglicht der bilaterale Zugang der ENP ein differenziertere Politik, dennoch ist es der EU nicht gelungen, die erstrebten Reformen – vor allem bei den „reformunwilligen“ Ländern anzukurbeln. Lippert Barbara kommt zu Schluss, dass

„the dominant impression in the member states is that ENP benefits above all those that are already making progress, but that it is not powerful enough to break through obstacles put up by those unwilling to reform and to overcome resistance“ (Lippert, 2008:8).

Die EU steht also vor der Frage – diese wird im folgenden Kapitel erneut aufgeworfen – wie sie die „Unwilligen“ von den „Fähigen“ (ausführlicher dazu Bodenstein/Furness, 2009) unterscheiden kann bzw. welche Anreize für die Partnerländer gesetzt werden können, um Reformenvorhaben besser unterstützen zu können oder sogar erst auf den Weg gebracht werden können.

Dass die bisherigen Impulse nicht ausreichen, macht vor allem der Vergleich mit den Assoziierungsabkommen vor dem Beitritt der MOEL deutlich, denn

„sie [die Abkommen im Rahmen der ENP; Anm.] erreichen aber nirgendwo die Eingriffstiefe und somit auch die Hebelwirkung der NAPAAAs [National Action Plans for the Adoption of the EU- Acquis] mit den MOEL, nicht zuletzt, weil ihnen im Gegensatz zu ihren historischen Vorbildern ein klares politisches Leitbild fehlt. Letztlich hängt ihr *Impact* völlig von der politischen Handlungsbereitschaft der südmediterranen Machteliten ab; wo diese Bereitschaft endet, schwindet auch ihre Wirksamkeit.“ (Erdle, 2007:24)

Dieses von Erdle angesprochene fehlende politische Leitbild wird nicht nur im unklaren Verhältnis zwischen Multilateralismus und Bilateralismus deutlich, sondern zeigt sich auch daran, dass die ENP – und daran sieht etwa Lippert (Vgl. 2008:8) ihre größte Schwäche – zwischen Außen- und Sicherheitspolitik auf der einen Seite und Entwicklungs- und Erweiterungspolitik auf der anderen hin und her schwingt. Neben dieser konzeptionellen Schwäche, die auf der strategischen Ebene leicht zu Widersprüchen führt, erschwert auch die geographische „Zusammenwürfelung“ der Länder das Vorhaben einer kohärenten Nachbarschaftspolitik, denn die beiden Blöcke unterscheiden sich nicht nur in ihren sozioökonomischen Daten grundlegend sondern auch in ihrer außenpolitischen Ausrichtung.

Schlussendlich kommen noch die Interessen der Mitgliedstaaten der EU hinzu, die neben dem europäischen – großteils bilateralen – Ansatz weiterhin bestehen und nicht notwendigerweise im Einklang mit diesen stehen müssen. Erdle sieht aus diesem Grund den Erfolg der ENP in erster Linie davon abhängen, „*ob es gelingt, die europäischen und nationalen Aktivitäten besser als bisher miteinander zu verknüpfen*“ (Erdle, 2007:12).

3.9 Barcelona-Prozess – welche Bilanz?

Am 27. und 28. November 2005 fand in Barcelona der 10-Jahres Gipfel der euro-mediterranen Partnerschaft statt. Hier wurde Bilanz gezogen werden und für die nächsten 5 Jahre ein Plan für den weiteren Verlauf der Partnerschaft auf den Weg gebracht. Der Gipfel sollte auch an die Symbolik von 1995 anschließen und infolge der Anschläge vom 11. September sowie der Anschläge von Madrid und London ein Zeichen für die Verbundenheit zwischen den Partnern und gegen das Klima des Misstrauens, der Islamophobie und der Fremdenfeindlichkeit setzen. Außerdem galt es der in der Vergangenheit wegen Ineffizienz und fehlender Dynamik in die Kritik geratenen Partnerschaft neuen Schwung zu geben. Allerdings führten schon im Vorfeld die unterschiedlichen Sicherheitsvorstellungen zwischen der EU und den MDL dazu, dass bis auf zwei Ausnahmen alle südlichen Staats- und Regierungschefs dem Gipfel fernblieben. (Vgl. Asseburg, 2005:1)

Seit dem Start der euro-mediterranen Partnerschaft im Jahr 1995 hat sich auch die **geopolitische Realität** im Mittelmeerraum und in den teilnehmenden Staaten verändert. Auf diese Veränderungen soll an dieser Stelle kurz eingegangen werden, denn die EMP kann nicht von ihrer regionalen Umgebung gelöst werden und die Entwicklungen im Mittelmeerraum sowie die Beziehungen der Staaten untereinander beeinflussen die Zusammenarbeit und damit ihren Erfolg.

Zu Beginn gilt es die veränderte Konfliktlage und allen voran im Nahostkonflikt zu betrachten, denn der Erfolg des Friedensprozesses wirkt direkt auf die Partnerschaft ein. Bereits Ende der Neunziger war mit der Wahl Benjamin Netanjahus zum israelischen Ministerpräsident der Friedensprozess in Stocken geraten. Calleya (2000:11) stellt dazu folgendes fest:

„[...] while the success of the EMP is dependent upon advancement of the MEPP [Middle East Peace Process], the EMP has had very little influence, if any at all, on the MEPP“.

Während Calleya von wenig bis gar keinen Einfluss der EU auf die Friedensprozess spricht, ist Frank Petiteville (2003:137) hingegen sogar der Meinung, dass es der EU nicht gelungen sei, die Verbindung zwischen wirtschaftlicher Kooperation und politischer Einflussnahme herzustellen.

Erst 1999 sollte sich mit der Wahl von Ehud Barak ein window of opportunity für Gespräche öffnen. Doch seit dem Abbruch der Gespräche in Camp David 2000 befindet sich der Friedensprozess im Nahen Osten erneut in einer schwierigen Phase. Im Maghreb hingegen veränderte sich aus dem Blickwinkel der euromediterranen Beziehungen die Ausgangslage in positiver Weise. Die EU führt seit 1998 eine weitaus aktivere Politik mit Algerien und so kam es 2002 zum Abschluss eines Assoziierungsabkommens. Libyen verfügt seit 1999 über Beobachterstatus. (Vgl.Calleya, 2000:11)

Für die EMP bedeutete dies im Konkreten, dass das Scheitern des Friedensprozesses in Verbindung mit andauernden regionalen Konflikten (Westsahara, die innenpolitische Lage Algeriens, Spannungen im Libanon sowie zwischen Israel und Syrien, die Teilung Zyperns sowie die kurdischen Autonomiebestrebungen in der Türkei) und Machtungleichheiten in der Region den vertrauensbildenden Maßnahmen der Partnerschaft, die durch die positive Dynamik zu Beginn in Konferenzen und Workshops aufkam (dazu ausführlicher Pierros/Meunier/Abrams, 1999:188), entgegen wirken und den ausgerufenen „Partnerschaftsgeist“ zu unterwandern beginnen.

Auf dem Gipfel 2005 in Barcelona herrschte Einigkeit darüber, dass zur Erreichung der ehrgeizigen Ziele, die unter den Schlagwörtern Frieden, Stabilität und Wohlstand zusammengefasst werden können, noch einiges getan werden musste und es dem Prozess an Dynamik fehlte. Bereits 2000 am Gipfel in Marseille musste ernüchternd festgestellt werden, dass den hohen Erwartungen (noch) nicht Rechnung getragen werden konnte und auch der Beschluss einer Charta für Frieden und Stabilität kam schließlich nicht zustande.

Im Jahr 2010 zum geplanten Startzeitpunkt der Freihandelszone waren zwar mit allen 10 teilnehmenden Ländern Abkommen unterzeichnet worden, wobei jenes mit Syrien noch nicht in Kraft getreten ist.⁴² Mit der Türkei besteht seit 1995 eine Zollunion und seit 2005 wird über den Beitritt zu EU verhandelt. Die Schwierigkeiten beim Abschluss der Abkommen erklärt sich Khalatbari aus deren asymmetrischer Natur, denn sie beziehen sich vor allem auf die für

42 Näheres zum Abkommen mit Syrien unter: http://www.eeas.europa.eu/syria/index_en.htm

die Europäer interessanten Industriegüter, während hingegen die für die MDL zentralen Textil- und Agrarsektoren nur teilweise eingeschlossen werden. Zusätzlich kommt hinzu, dass da es sich um bilaterale Verträge zwischen den EU-15 bzw. mittlerweile EU-27 und jedem MDL handelt. Dies bedeutet auch, dass die Abkommen erst in jedem EU-Land ratifiziert werden müssen, was durchschnittlich an die drei Jahre dauert (Khalatbari, 2004:154f.; Khader, 2009) – wie auch die folgende Grafik zeigt.

Abbildung: Überblick über die neuen Assoziierungsabkommen mit den MDL

Mittelmeerdrittland	Unterzeichnung	In Kraft seit
Ägypten	25. Juni 2001	1. Juni 2004
Algerien	22. April 2002	1. September 2005
Israel	20. November 1995	1. Juni 2000
Jordanien	24. November 1997	1. Mai 2002
Marokko	26. Februar 1996	1. März 2000
Libanon	17. Juni 2002	1. April 2006
Palästinensische Autonomiebehörde	24. Februar 1997	1. Juli 1997
Syrien	27. Oktober 2009	
Tunesien	17. Juli 1995	1. März 1998

Quellen: http://www.eeas.europa.eu/countries/index_en.htm; (Khader, 2009:56)

Neben der langen Abschlussdauer bzw. der langen Ratifikationsdauer der neuen Assoziierungsabkommen sorgte auch die Finanzierung durch MEDA I und II für Kritik. Wie bereits dargestellt, umfasste MEDA I im Zeitraum 1995-1999 Mittel von 3,42 Milliarden Euro. Allerdings zeigten sich bei der Implementierung der finanziellen Hilfe Probleme. So wurden nur 26% der Mittel tatsächlich ausgezahlt. Dies kann weniger auf konkrete Mängel in den MDL zurückgeführt werden, sondern

„zum einen [auf] das komplizierte Verfahren und zum anderen die Unfähigkeit der Kommission, aufgrund von Personalmangel und der Schwerfälligkeit der Verwaltungsverfahren die Finanzmittel ordnungsgemäß zu verwalten sowie die fehlende Bereitschaft, sich auf Akteure [vor Ort] zu stützen“ (Khalatbari, 2004:156).

Aus diesem Grund wurden die von MEDA II (2000-2006 im Rahmen von 5,35 Milliarden €) finanzierten Projekte auf Basis regionaler und nationaler Dreijahres-Richtprogrammen und jährlichen Finanzierungsprojekten durchgeführt. Außerdem wurden die Partnerländer

verstärkt in die Planung einbezogen, sodass im Jahr 2001 56% der Mittel ausbezahlt wurden. Generell lässt sich in Bezug auf die MEDA Programm festhalten und dies wird auch häufig von Seiten der MDL als Kritik vorgebracht, dass es sich bei der finanziellen Hilfe um ein Dreißigstel jener Vorteile ausmacht, die Europa aus dem Freihandel zieht.⁴³ Auch wird häufig der Vergleich mit den Programmen für Mittel- und Osteuropa PHARE und TACIS gezogen, wobei betont wird, dass den MEDA Programmen weniger Mittel zur Verfügung stehen, obwohl diese Länder eine höhere Bevölkerungszahl aufweisen. (Vgl.Khalatbari, 2004:156)

Allerdings lassen sich die Erfolge der EMP nicht alleine an deren Mittel, der Auszahlungsquote oder der Anzahl der abgeschlossenen Abkommen festmachen, vielmehr muss die Gesamtentwicklung der drei Körbe in den Blick genommen werden. Doch auch hier fällt die Bilanz bescheiden aus:

„Economic liberalization has been implemented hesitantly along with minor social reforms in several MPCs, but ruling elites have maintained power over the core institutions of south Mediterranean states.“ (Bodenstein/Furness, 2009:383)

Zusätzlich zeigte sich in den letzten Jahren eine zunehmende Diskrepanz zwischen den Ansprüchen nach Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftlicher Liberalisierung, zunehmenden Wohlstand und Partizipation der Zivilbevölkerung und der Wirklichkeit. Vor allem im ersten Korb zeigten sich auf Grund der Blockade durch den Nahostkonflikt aber auch durch die fehlende politische Einflussnahme von Seiten der EU auf die Demokratisierungsprozesse in den MDL die geringsten Fortschritte. (Vgl.Heese, 2009:43; Jünemann, 2009:47).

In Bezug auf die Demokratisierung wichtig, die Balance zwischen politischer Konditionalität und der Forderung nach Respekt von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit sowie dem Respekt der inneren Souveränität zu finden, denn

„Wenn Europa auf arabisches oder israelisches Drängen hin darauf verzichtet, Menschenrechtsklauseln, die es selbst in die entsprechenden Assoziationsverträge hat schreiben lassen, auch einzufordern, dann stellt es sich als politischer Papiertiger bloß, dessen politische Forderungen auch in anderen Bereichen nicht unbedingt ernstgenommen werden müssen. Wenn

43 Khalatbari (2004:156) beziffert den jährlichen Transfer im Rahmen der MEDA Programme an die MDL mit 1 Milliarde Euro während hingegen das Handelsdefizit der MDL gegenüber EU jährlich 34 Milliarden Euro beträgt.

die EU hingegen darauf besteht, den Menschenrechts- und Demokratiedialog anzumahnen und möglicherweise zur Grundlage einer Konditionierung von Entwicklungshilfe zu machen, läuft sie Gefahr, daß einzelne ihrer mediterranen Partnerstaaten – darunter so wichtige wie Tunesien oder Algerien – aus der Partnerschaft aussteigen.“ (Perthes, 1999:148f.)

In diesem Sinne wird auch in Zukunft auf das Dilemma zwischen dem Einfordern der Wahrung von Menschenrechten und der Unterstützung von Demokratisierungsbewegungen und der nationalen Souveränität Partner Rücksicht genommen werden müssen.

Außerdem als problematisch hat sich die strukturelle Asymmetrie zwischen der EU und den MDL erwiesen.

Diese Asymmetrie in der Partnerschaft bezieht sich auf die Ungleichheit der beiden Partner. Auf der einen Seite steht die EU mit mittlerweile 27 Mitgliedern während im Jahr 2007⁴⁴ unter dem Begriff MDL 12 Länder fallen. Muriel Asseburg meint, dass sich auch das Ungleichgewicht in der Bevölkerungszahl und deren Entwicklung, den wirtschaftlichen Eckdaten und schlussendlich dem Integrationsgrad im „institutionellen Disporz“ (Asseburg, 2005:6) der EMP widerspiegelt.

Die folgende Tabelle zeigt die sozioökonomischen Eckdaten der MDL sowie der EU-27.

Abbildung: Sozioökonomische Eckdaten der MDL und der EU-27

	Bevölkerung (Mio.)		Arbeitslosigkeit (% der Bev.)		BIP/Kopf (€)	
	2003	2008	2000	2008	2000	2008
Algerien	31,6	34,4	28,9	11,3	1952	3350
Ägypten	67,4	74,4	9	8,7	1691	1497
Israel	6,6	7,2	8,9	6,2	21464	18892
Jordanien	5,1	5,6	13,7	13,1	1894	:
Libanon	3,7	3,7	:	9,2	:	4863
Libyen	:	6,2	:	:	:	:
Marokko	29,3	31	13,4	9,6	1412	1779
Pal. Gebiete	3,4	3,8	14,5	26,1	1599	976
Syrien	17,3	18,9	10,6	:	1255	1538
Tunesien	9,8	10,1	15,7	14,2	2206	:
MDL	174,2	195,3	14,3375	12,3	4184,125	4699,285714
EU-27	486,6	497,6	8,7	7	19100	25100

: keine Daten verfügbar

Quelle: Eurostat 2010

44 Seit 2007 nehmen auch Albanien und Mauretanien an der Partnerschaft teil.

Die Ungleichheit zwischen den Partnern spiegelt sich aber nicht nur in der demographischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung wider, sondern auch in der Dominanz durch die europäischen Institutionen. So übernimmt zu Beispiel die Europäische Präsidentschaft auch die Präsidentschaft der EMP. Eine besondere Rolle in der Partnerschaft kommt auch der Europäischen Kommission zu. Wie oben gezeigt wurde, läuft die Erarbeitung der MEDA Programme und die Vergabe der Mittel über die Kommission. Hinzu kommt, dass sie auch beim Aushandeln der Assoziierungsabkommen und Aktionsplänen eine zentrale Rolle einnimmt. (Vgl. Asseburg, 2009:6) In Bezug auf die Assoziierungsabkommen haben neben der Kommission auch die Mitgliedsländer ein Mitsprachrecht in dem Sinn, dass sie mit dem verpflichtenden Ratifizierungsverfahren, die Umsetzung der Abkommen zu verhindern bzw. hinauszögern können.

Während sich die europäische Seite durch einen hohen Integrationsgrad auszeichnet und die supranationalen Organe – allen voran die Kommission – eine zentrale Rolle in den Beziehungen zu den MDL einnehmen, haben die südlichen Mittelmeerländer keine gemeinsame regionale Organisation zur Vertretung ihrer Interessen. Der geforderte Ausbau der Süd-Süd Beziehungen steht mit dem 2004 in Kraft getretenen Agadir-Freihandelsabkommen zwischen Jordanien, Ägypten, Tunesien und Marokko und dem Freihandelsabkommen zwischen der Türkei und Israel (1997) noch am Beginn. Die bereits angesprochenen lokalen und regionalen Konflikte sowie eine Sonderstellung der Türkei (Zollunion) und Israel (Freihandelsabkommen) erschweren eine gemeinsame Position gegenüber der Europäischen Union. Dennoch ist es den MDL in den letzten Jahren immer besser gelungen, Koalitionen mit einzelnen EU-Mitgliedsländern zu bilden. (Vgl. Asseburg, 2005:6)

Diese hier beschriebene strukturelle Asymmetrie führt somit den Begriff der Partnerschaft ad absurdum. Khalatbari (2004:156) hat in Bezug darauf bereits 2004 die Befürchtung geäußert, dass sie sich vor allem dann als kontraproduktiv erweisen könnte, wenn zu einer „*Dominanz der Durchsetzung europäischer Ziele*“ käme und somit der Glaubwürdigkeit des „ownership“ Ansatzes und damit auch der EU Schaden zufügen würde. An dieser Stelle soll zumindest darauf hin gewiesen werden, dass die Institutionalisierung des Vierten Korbes (Migration, soziale Integration, Justiz und Sicherheit), die verstärkte Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung, die Regulierung der Migrationsströme sowie die Bemühungen um die Freihandelszone bei gleichzeitiger Beibehaltung der protektionistischen Agrar-Politik vor allem europäischen Interessen entsprechen.

Pierros/Meunier/Abrams formulieren die Kritik folgenderweise:

„hopelessly in favour of the Europeans, whose developed, highly-competitive economies were closed both to TMC agricultural products and to immigrant workers. Adding to critics’ distrust of the Barcelona Declaration was the EU’s habit of defining the security question as how best to prevent southern Mediterranean instability rather than as how to foster joint European Mediterranean cooperation.“ (Pierros/Meunier/Abrams, 1999:177)

Auch wenn die europäischen Interessen in der EMP dominieren, handelt es sich bei der dieser nicht um den „*Ausdruck gleicher oder gemeinsamer Interessen bei den EU-Staaten [...], sondern der Ausdruck einer Interessenbalance*“, (Perthes, 1999:149) wie etwa die Schwierigkeiten um die Verhandlungen der Finanzierung der Partnerschaft zeigten. Die Parallelität von Ost- und Südbeziehungen der Union spielt bei diesem Punkt eine zentrale Rolle und dies nicht nur für die südeuropäischen Staaten. Auch die arabischen Staaten sehen in der EMP eine Möglichkeit das Engagement der Europäer in der Region und vor allem der Nordeuropäer sicher zu stellen. Hier geht es nicht nur darum, der Ostausrichtung der Gemeinschaft entgegen zu wirken, sondern auch ein Gegengewicht zu den USA zu finden. (Vgl.Jacobs, 2000:191)

Wie bereits festgestellt wurde, gibt es in der EMP keine Beitrittsperspektive⁴⁵ für die Länder der EMP und damit einen wichtigen Anreiz für Reformen. Als Ersatz wurde die Freihandelszone sowie die MEDA Programme auf den Weg gebracht.

Bodenstein/Furness (2009) führen die zaghafte Reformen in den MDL jedoch nicht auf das Fehlen der Beitrittsperspektive sondern auf die asymmetrische Informationslage der Kommission und das darauf folgende Unwissen über die tatsächliche Reformbereitschaft der Partner zurück. Die Kommission versuche zwar durch einen neuen Monitoring Prozess – ähnlich jenem im Rahmen von Beitritten – die Reformen besser zu überwachen und die Informationslage somit zu verbessern, doch es wurden auch keine benchmarks – also konkrete Punkte um eventuelle Fortschritte zu messen – eingeführt. Die beiden stellen in ihrem Artikel „*Separating the Willing from the Able: Is the European Union’s Mediterranean Policy Incentive Compatible?*“, deshalb fest, dass

„A one-size-fits-all agreement, [...] , is tantamount to a shutdown agreement that either deters most countries from implementing reform if its requirements are too high or provokes reform-minded countries to under-deliver if it is too low.“ (Bodenstein/Furness, 2009:396)

45 Ausnahmen: Mit der Türkei wird seit 2005 über einen Beitritt verhandelt. Albanien hat 2009 einen Antrag auf Beitritt gestellt.

Aus diesem Grund schlagen sie den Abschluss von zwei verschiedenen Abkommen vor, was sowohl die reformunwilligen Ländern im Boot halten würde als auch die reformwilligen zu weiteren Reformen anregen und vor allem einer „underperformance“ entgegen wirken würde. Dieser Vorschlag wäre auch interessant in Bezug auf das oben angesprochene Dilemma zwischen Wahrung der Menschenrechte und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten.

Um dieses Kapitel abzuschließen, werden an dieser Stelle noch einmal die zentralen Störfaktoren und Probleme für den Barcelona-Prozess und somit auch für eine europäische Mittelmeerpolitik zusammengefasst:

- Die Partnerschaft kennzeichnet sich durch eine **Asymmetrie** zwischen dem nördlichen und dem südlichen Ufer. Diese umfasst zuerst die Anzahl der Teilnehmer, deren Integrationsgrad aber auch deren sozioökonomischen Grunddaten und Handelsbilanzen. Diese Ungleichheit der Partner findet sich auf der strukturellen Ebene wieder, wo die EU eine dominierende Position einnimmt, da sie erstens die Finanzierung innehat aber vor allem auf Grund ihrer stärkeren Position für die inhaltliche Ausgestaltung der Beziehung zuständig ist und auch die Höhe der Zugeständnisse bestimmt.
- Doch nicht nur die Heterogenität bezieht sich nicht nur auf die beiden großen Blöcke EU – MDL sondern auch **innerhalb dieser Blöcke** treten **Frakturen** auf, denn zuerst handelt es sich hierbei um keine homogenen Blöcke und vor allem variiert der Reformwille und das Engagement der Partner.
- Zusätzlich erschweren **innereuropäische Perzeptionsunterschiede** über den Stellenwert und der finanziellen und institutionellen Ausgestaltung der Mittelmeerpolitik sowie Rivalitäten zwischen den südeuropäischen Ländern das Zustandekommen einer kohärenten europäischen Politik sowie einer einheitlichen Haltung gegenüber den MDL. Diese unterschiedlichen Interessen innerhalb der Gemeinschaft erschweren nicht nur das Zustandekommen einer einheitlichen Politik gegenüber den südlichen Partnern sondern finden sich auch in bilateralen – nationalen Initiativen wieder, die auch der „europäischen Linie“ widersprechen können.
- Weiters gehen beide Seiten mit **unterschiedlichen Interessen** an die Zusammenarbeit heran, was vor allem die unterschiedlichen Vorstellungen von Sicherheit zeigen. Für die arabischen Staaten steht vor allem das vom Nahostkonflikt und das vom israelischen Militärpotential ausgehende Sicherheitsrisiko aus im Mittelpunkt, während die Europäer den Fokus auf Terrorismusbekämpfung und Fragen der Migration legen. Auch in Fragen der Demokratisierung stehen sich zwei unterschiedliche Sichtweisen gegenüber.

Die arabischen Länder fordern Nicht-Einmischung von den Europäern, während es für die Europäer gilt die Balance zwischen politischer Konditionalität, Einforderung von Menschenrechten und ihrer damit verbunden Glaubwürdigkeit sowie die Erhaltung der Kooperationsbereitschaft der Mittelmeerländern zu finden.

- **Der Nahostkonflikt** beeinflusst die EMP und vor allem die Politische und Sicherheitspartnerschaft wesentlich und hat so konkrete Fortschritte verhindert, wie etwa die Ablehnung der Charta für Frieden und Sicherheit bzw. die vage Formulierung des *Verhaltenskodex für den Kampf gegen den Terrorismus zeigen*. Durch den Stillstand im Friedensprozess kamen schließlich auch die anderen Körbe zum Stillstand, da diese komplementär ausgelegt sind.
- Auf der konzeptionellen Ebene hat vor allem der verstärkte Bilateralismus – in der Folge der Schaffung der ENP – zu einer **Vernachlässigung der regionalen Ebene** geführt, was Ziele wie die Süd-Süd Integration oder den Ausbau des interregionalen Handels in den Hintergrund gelangen lässt und die jedoch nicht unerheblich für die Schaffung einer Euro-Mediterranen Freihandelszone sind.
- Weiters wurde mit der ENP die **Ost- und Südbeziehungen** der Gemeinschaft trotz der Unterschiede zwischen den beiden Regionen in einem Politikfeld zusammengeführt. Dies hat allerdings die bereits zuvor herrschende Konkurrenz um finanzielle Ressourcen und Aufmerksamkeit nicht aufgehoben.
- Schlussendlich nehmen die **USA** ⁴⁶ gegenüber der EMP eine kritische Haltung ein, was die innereuropäischen Positionsdifferenzen verstärkt und somit die Gestaltung einer europäischen Mittelmeerpolitik nicht unwesentlich erschwert.

In diesem Sinne kann man sich der folgenden Feststellung Jacobs nur anschließen, der die EMP als

„Instrument der europäischen Außenpolitik [...], also als Mittel zur Durchsetzung vor allem sicherheitspolitischer, aber auch wirtschaftlicher Interessen der EU-Staaten“ versteht.

„Struktur und Ausgestaltung der EMP spiegeln diese Ausrichtung deutlich wider. Die EMP ist weitestgehend ein europäisches (und nicht euro-mediterranes) Projekt, das sich als Kooperationsangebot der EU an verschiedene Mittelmeeranrainer konkretisiert, die auf die inhaltliche Ausgestaltung der Zusammenarbeit nur geringen Einfluss haben.“ (Jacobs, 2000:190)

⁴⁶ So kann die Broader Middle East Initiative der USA durch aus als Gegenmodell zur EU-Politik in der Region verstanden werden. Zusätzlich versuchen die USA mit den Ländern der Region Freihandelsabkommen abzuschließen – wie etwa 2005 mit Marokko.

4 Die Union für das Mittelmeer

Die vom späteren französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy im Februar 2007 lancierte Idee der Mittelmeerunion – und dies kann schon vorweg genommen werden – brachte eine Debatte über die Mittelmeerpolitik der EU in Gange. Das Thema „Mittelmeer“ stand daraufhin im Zentrum der Debatte sowohl in Frankreich als auch in den restlichen EU-Mitgliedsländern, denn der Vorschlag stellte vor allem die bisherige Politik der Europäer und deren Verhalten in der Region in Frage.

Doch von Anfang an wurde die Idee kritisch aufgenommen. So wurden etwa die fehlenden Konturen des Plans oder der Zeitpunkt (die Idee wurde mitten im französischen Wahlkampf präsentiert) kritisiert. Es wurde auch Unverständnis über die Ziele, den Mehrwert, der durch diese Änderung erreicht werden sollte, die Ausfinanzierung, die geographische Abgrenzung geäußert. Vor allem aber wurden Forderungen nach Einbettung in den europäischen Kontext gestellt.

In diesem Kapitel soll nach einem Exkurs über die französische Mittelmeerpolitik zum besseren Verständnis der dieser Idee zugrundeliegende Motivationen die Union für das Mittelmeer mit ihren Inhalten und Zielen vorgestellt werden. Der Fokus liegt vor allem am Übergang von der „Mittelmeerunion“ hin zur „Union für das Mittelmeer“. Die Veränderungen liegen jedoch nicht nur auf der semantischen oder inhaltlichen Ebene. Vielmehr lassen sich drei Stadien in Bezug auf das französische leadership festmachen. Die erste Phase war von ausgeprägtem Unilateralismus geprägt, der sich auch im individualistischen Stil des Präsidenten wiederfand. Danach folgte eine Phase des Überganges: Hier änderte sich zwar der Stil, Frankreich behielt aber trotzdem die führende Rolle. Schlussendlich sollte sich die französische Rolle hin zu einer kooperativeren verändert: Frankreich wurde zum policy entrepreneur, behielt jedoch einige Elemente des strategischen leaderships bei. (Vgl. Delgado, 2011:42)

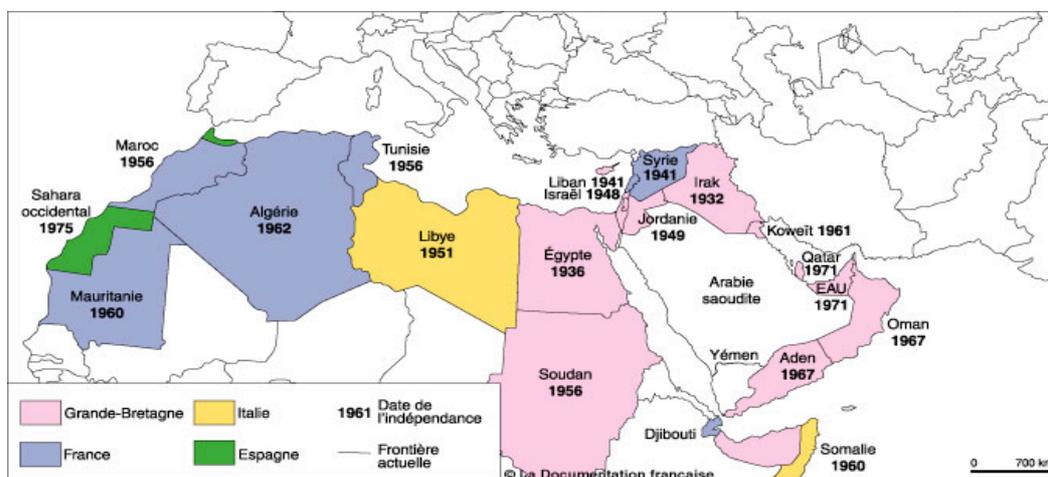
Abschließend soll die Frage beleuchtet werden, inwiefern hierbei von einer Europäisierung der französischen Idee gesprochen werden kann und welche Schlüsse sich daraus für die französische sowie die europäische Mittelmeerpolitik ziehen lassen.

4.1 Exkurs: Französische Mittelmeerpolitik

Um den Vorschlag der Mittelmeerunion und das weitere Vorgehen des französischen Präsidenten in den Kontext einordnen zu können und um so in der Folge die Motivationen hinter dem Projekt besser nachvollziehen zu können, wird an dieser Stelle auf die französische Mittelmeerpolitik und deren Entwicklung eingegangen.

Die französische Mittelmeerpolitik im engeren Sinne einer konkreten Politik entwickelte sich als solche relativ spät. Diese bekam erst in den 1990er Jahren Priorität, als das Ende des Kalten Krieges wesentliche Veränderungen im internationalen System mit sich brachte und somit auch den Übergang von der traditionellen „*politique arabe*“ Frankreichs zur „*politique méditerranéenne*“ markierte. (Vgl. Chérigui, 1997) Dennoch geht die französische Präsenz in der Mittelmeerregion bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts zurück und diese koloniale Geschichte hat sich als „*source d'une légitimité paradoxale*“ (Schmid, 2007:14) erwiesen. Diese paradoxe Legitimität äußert sich darin, dass Frankreich zwar ein umstrittener Akteur in der Region ist, der jedoch über großes Strukturierungspotential verfügt. (Vgl. ebd.)

Abbildung: Europäische Präsenz in der arabischen Welt um 1930



Quelle: Les Études de la Documentation française n° 5158-59

Vor 1940 hatte sich Frankreich entlang der Mittelmeerküste in einer nicht unbeträchtlichen Anzahl von Kolonien, Protektoraten sowie Staaten unter französischem Mandat festgesetzt. Wirtschaftlich hatte es auf Grund des Vertrages von San Remo⁴⁷ Zugang zu den Ölfeldern

⁴⁷ Der Vertrag von San Remo (1920) erteilt Frankreich das Mandat über Syrien und den Libanon und „legalisiert“ somit das geheime Abkommen Sykes-Picot (1916), das zwischen Frankreich und Großbritannien geschlossen worden war, und die Aufteilung der arabischen Gebiete des osmanischen Reiches zwischen den beiden zum Inhalt hatte. Großbritannien erhält das Mandat über Palästina, Südsyrien (Transjordanien) sowie

des Irak und kontrollierte weiters den Suez Kanal. Auch die Stellung der französischen Sprache und Kultur, die auf einem Netzwerk an Ordens- sowie laizistischen Schulen basiert, konnte zu diesem Zeitpunkt als stark eingeschätzt werden. Schlussendlich profitierte Frankreich auf religiöser Ebene von den Umgangsformen der religiösen Toleranz, die auf das Osmanische Reich zurückgehen.

Mit der Niederlage gegen Deutschland von 1940, dem Ende des französischen Mandats über Syrien und dem Libanon, der Unabhängigkeit Marokkos und Tunesien 1956 sowie Algeriens 1962 änderte sich die Stellung Frankreichs in der Region und somit die Beziehung zur Mittelmeerregion. Außerdem nimmt der Einfluss Amerikas und Russlands in der Region zu, was besonders in der Suez-Krise von 1956 deutlich wird. Aus dem Kontext des Kalten Krieges heraus lässt sich auf die verstärkte Stationierung von NATO Truppen in der Region erklären, was zu einer weiteren Abnahme des europäischen Einflusses aber insbesondere Frankreichs führt. Von 1960 an verfolgt Frankreich wieder seine „*intention d'action autonome*“ (Labouret, 1971:490) und zieht seine Flotte aus dem gemeinsamen Kommando der NATO in der Mittelmeerregion zurück. (Vgl.Labouret, 1971:490)

Unter Charles de Gaulle wurde schließlich der Nahe Osten und das Mittelmeer nach dem Dritten Nahostkrieg von 1967 zu „*einem bedeutenden Experimentierfeld französischer Außenpolitik*“ (Woyke, 2010:92). Dieser markierte das Ende der pro-israelischen Einstellung Frankreichs und damit den Beginn der französischen **politique arabe**. Aus dem Bemühen heraus, die Beziehungen zu den arabischen Partnern zu verbessern, sprach Frankreich etwa am 2.Juni 1967 ein Waffenembargo für den Nahen Osten aus, was jedoch für Israel die größten Auswirkungen hatte. Ziel de Gaulles war es die arabischen Staaten für Frankreich zu gewinnen, um so die Supermächte aus dem Mittelmeerraum fern zu halten aber auch Frankreich seinen Einfluss im Friedensprozess zu sichern. Zusätzlich konnten damit Frankreichs Import- und Exportinteressen verfolgt werden. (Vgl.Woyke, 2010:92f.)

Bei der *politique arabe* handelte es sich jedoch nie um eine Politik im engeren Sinn. Vielmehr besteht sie „*aus mehreren Politiken, die nicht zwangsläufig miteinander verbunden sind*“ (Chartouni-Dubarry, 1995:182). Ziel ist die Neugestaltung der französisch-arabischen Beziehungen und insbesondere zu Algerien nach der Unabhängigkeit der nordafrikanischen Kolonien im Kontext des Kalten Krieges. Aus diesem Kontext der Rivalität zwischen Ost und

über den Irak.

Vgl. <http://www.monde-diplomatique.fr/cahier/proche-orient/region-liban-chrono>

West ermöglichte diese Politik Frankreich, seine Anspruch als Mittelmacht wenn nicht als führende Macht in der Region geltend zu machen. (Vgl.Chérigui, 1998:296) Außerdem gilt es zu betonen, dass Frankreich der einzige Staat war, der einen speziellen Diskurs zu den arabischen Nachbarn pflegte, denn dieser ermöglichte es Frankreich ein Image der nationalen Unabhängigkeit gegenüber den beiden Großmächten zu konstruieren. In diesem Sinne kann die *politique arabe* Frankreichs auch als eine Politikform verstanden werden, die die ideologischen Kapazitäten über die materiell vorhandenen stellt und so einen Aufstieg zur Regionalmacht ermöglicht. (Vgl.Chérigui, 1998:295ff.)

Trotz der Entkolonialisierung muss nicht zuletzt auf Grund der *politique arabe* und insbesondere in Bezug auf den Maghreb auf Grund des wirtschaftlichen Austausches, der technischen Zusammenarbeit, der Verwendung der französischen Sprache sowie dem Bevölkerungsaustausch zwischen diesen Ländern und Frankreich weiterhin von einer „*coopération organique*“ (Labouret, 1971:493) gesprochen werden. Dennoch gilt es diese Feststellung in Bezug auf Algerien auf Grund des blutigen Unabhängigkeitskampfes zu nuancieren⁴⁸. (Vgl. ebd.: 493)

Auch unter Georges Pompidou kam der Mittelmeer- und Nahostpolitik ein hoher Stellenwert zu, denn da „*schließlich Westeuropa keine konsistente Mittelmeerpolitik praktizierte, sah Pompidou die Rolle Frankreichs in diesem Gebiet stellvertretend für Westeuropa.*“ (Woyke, 2010:93) In der Mittelmeerpolitik setzte Pompidou durch ein Netz aus bilateralen Verträgen in den Bereich wirtschaft und militärischer Zusammenarbeit auf eine Verbesserung der Beziehung zu den westlichen Mittelmeerstaaten, um so den französischen Einfluss zu sichern. (Vgl.Woyke, 2010:92ff.) Unter Giscard d’Estaing sollte sich die araberfreundliche Politik auf europäischer Ebene in der Erklärung von Venedig (1980) wieder finden. Die Beziehungen Frankreichs zu Algerien sollten sich zu diesem Zeitpunkt jedoch verschlechtern, da die Eröleinfuhren aus Algerien von Seiten Frankreichs massiv reduziert wurden und außerdem im West-Saharakonflikt die Position Marokkos und Mauretaniens gegen einen unabhängigen Staaten gegenüber Algerien unterstützt wurde. (Vgl.Woyke, 2010:125)

Unter Mitterrand kam es durch die Beendigung des Handelsembargos gegen Israel sowie die Unterstützung des ägyptisch-israelischen Friedensprozesses wieder zu einer Verbesserung der israelisch-französischen Beziehungen. Dieser pro-israelische Wandel sollte jedoch mit der Intervention Israels 1982 im Libanon beendet werden, denn Frankreich stellte sich auf die libanesische Seite, da es ohne die PLO eine Verschärfung des Konfliktes fürchtete.

⁴⁸ Einen sehr guten Überblick über den Algerienkrieg und dessen Folgen bietet Stora,2006:

Gegenüber den arabischen Staaten wurden die Wirtschaftsbeziehungen kontinuierlich ausgebaut, was jedoch auch zu einer Einschränkung des französischen Handlungsspielraumes führte. Trotz der Fokussierung der französischen Außenpolitik insbesondere nach Ende des Kalten Krieges auf den Nahen und Mittleren Osten, um so die zunehmende Orientierung der Europäischen Union nach Osten auszubalancieren, gelang es Mitterrand nicht, den Einfluss Frankreichs in Region aufrechtzuerhalten. Insbesondere die Beteiligung Frankreichs am Irakkrieg 1991 und die Reaktion im algerischen Bürgerkrieg, zeigten, dass „*Frankreich [...] im Nahen und Mittleren Osten keine eigenständige Politik mehr [betrieb] und [...] dort auch nicht mehr als Machtfaktor wahrgenommen [wurde]*“ (Kolboom/ Stark zit. n. Woyke 2010: 193).

Das Ende der bipolaren Weltordnung sowie die Teilnahme Frankreichs am Irakkrieg 1991 stellten die *politique arabe* in Frage. Der Irakkrieg bedeutete nicht nur eine Verschlechterung der Beziehungen zu den arabischen Partnern sondern auch den Übergang zu einer *politique méditerranéenne*. Dieser Übergang von einer bilateralen *politique arabe* zu einer nach außen hin multilateralen *politique méditerranéenne* lässt sich aber auch aus dem Scheitern der Kooperation Frankreichs mit Algerien nach dem Ausbruch des algerischen Bürgerkrieges, dem Libanonkonflikt, der das Ende des französischen Einflusses im Maschrek bedeute, sowie das Auftreten neuer Akteure wie etwa Islamisten erklären. (Vgl. Chérigui, 1997:10f.)

So wurde 1994 die Mittelmeerdynamik im Rahmen des Mittelmeerforums⁴⁹ als informelle Form des regionalen Dialoges wiederbelebt. (Vgl. Chérigui, 1998:300ff.) Ziel des Mittelmeerforums war es den eigenen limitierten Zugang gegenüber dem spanisch-italienischem Vorschlag der KSZM durchzusetzen und somit Frankreichs Machtkapazität und Einfluss in der Region zu sichern. Parallel dazu ging es auch darum Frankreichs Autonomie gegenüber den USA wieder zu vergrößern. Der Französische Zugang setzt die „*identité méditerranéenne*“ und die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft im Mittelmeerraum, die auf einer gemeinsamen Geschichte und Kultur basiert, in den Mittelpunkt seiner Rhetorik. Die Idee der „Méditerranée“ ist „*en grande partie une „invention“ française*“ (Schmid, 2007:15) und appelliert zu großen Teilen an die Phantasie der Menschen. Die „Erfindung“ des Mittelmeers als Konzept basiert auf einer intellektuellen Tradition, die sich bis zum Ägyptenfeldzug Napoleons zurückverfolgen lässt und im Werk Braudels (1966) seinen Höhepunkt findet. Verstärkt wird dieser Zugang durch einen geographischen Zugang (Abgeschlossenes Meer, relativ homogenes Ökosystem sowie kultureller und sozialer Austausch). Durch diese

⁴⁹ Das Mittelmeerforum sowie die von Spanien und Italien initiierte KSZM werden im **Kapitel 3.4 Die multilateralen Initiativen der 1990er** ausführlich diskutiert.

holistische Annahme kommt es jedoch auch zu einer Verschleierung der Unterschiede und Konflikte, da der verbündende Aspekt in den Vordergrund gerückt wird (Vgl. Chérigui, 1998:303, 308f.; Schmid, 2007:14f.)

In der Folge werden in der französischen Diplomatie die Ressourcen und somit der Fokus von der politique arabe auf die politique méditerranéene verlegt. Für Chérigui scheint diese Strategie

„comme un substitut au recul de la France au Maghreb et au Machrek, comme un instrument pour masquer ses échecs diplomatiques et combler son déficit rhétorique en valorisant ses capacités de puissance dans certains cercles, comme le Conseil de sécurité des Nations Unies ou le club des puissances nucléaires“ (Chérigui, 1998:304)

Frankreich versucht also durch den Übergang zur Mittelmeerpolitik seinen Rückzug im Maghreb und Maschrek, seine diplomatische Niederlage sowie sein rhetorisches Defizit zu verdecken und setzt statt dessen auf seine Kapazitäten im UN-Sicherheitsrat sowie auf seine Nuklearmacht. (Vgl. Chérigui 1998: 304)

Chérigui (1997) kommt in ihrer Analyse der französischen Mittelmeerpolitik in Bezug auf das Mittelmeerforum zum Schluss, – und dieser Schluss lässt sich auf spätere Formen der Zusammenarbeit in der Region übertragen – dass es sich bei diesem Versuch der Etablierung permanenter Gesprächsforen zwischen den beiden Ufern viel weniger um einen Ansatz kollektiver Diplomatie handelt als um den unilateralen Versuch französisches leadership in der Region zu sichern. Anders formuliert sind Versuche diplomatischer Zusammenarbeit immer an das Streben nach leadership gekoppelt. (Vgl.Chérigui, 1997:8f.).

Dass in Bezug auf die Mittelmeerpolitik Frankreichs multilaterale Initiativen immer mit der Suche nach leadership zusammengedacht werden müssen, zeigt auch die Stellung Frankreichs zur europäischen Mittelmeerpolitik. Von Beginn an war Frankreich ein Motor und Verteidiger der europäischen Mittelmeerpolitik – von der Globalen Mittelmeerpolitik, über die Europäische Nachbarschaftspolitik bis hin zum Barcelona-Prozess, in dem sich stark das französische Verständnis des Mittelmeerraumes als eine Region, die von gemeinsamen Werten geprägt wird, wieder findet. Chérigui hält fest, dass

„Quel champ autre que méditerranéen pouvait lui offrir l’opportunité de mener une action en direction du Maghreb et du Machrek et de l’inscrire comme une priorité de la politique extérieure de l’union européenne, et partant d’exercer une influence sur son contenu et ses principes.“ (Chérigui, 1997:227)

Die Aussage Chéréguis macht deutlich, dass der Referenzpunkt „Mittelmeer“ Frankreich eine gute Möglichkeit bietet, seinen Einfluss im Maghreb und Maschrek zu wahren und zur gleichen Zeit durch die Verlagerung auf die europäische Ebene maßgeblichen Einfluss auf die europäische Außenpolitik in ihrem Inhalt und ihren Prinzipien zu gewinnen.

Die Europäische Union ist mittlerweile zu einem unerlässlichen Partner für Frankreich geworden, gleichzeitig wird durch die zunehmende Integration aber auch jegliche unabhängige Strategie im Mittelmeerraum verhindert. Während zu Beginn die französischen Ambitionen durch die europäische Integration einen Multiplikator fanden, steht heute die Union in Konkurrenz zur nationalen Perspektive. Durch den Barcelona-Prozess wurde die EU zum Träger der regionalen Integration. Außerdem erlaubt es die euromediterrane Partnerschaft anderen europäischen Ländern an Einfluss in der Region zu erlangen. Neben den Staaten mit „klassischer“ Mittelmeerausrichtung wie Italien und Spanien, zeigen mittlerweile auch nördlichere Staaten wie Deutschland Interesse an der Region. (Vgl. Schmid, 2007:16f.)

Unter Chirac sieht Frankreich durch das verstärkte Interesse und den zunehmenden europäischen Einfluss in der Region nun seine „specificité méditerranéenne“ bzw. dessen Sichtbarkeit und somit die Wahrnehmung der französischen Außenpolitik verringert. Aus diesem Grund bringt Chirac wieder die *politique arabe* auf den Weg und konzentriert sich wieder verstärkt auf den Maschrekraum. Durch seine unzähligen Reisen in die Region machte er Frankreichs Anspruch deutlich, Teil der Friedensregelung zu sein. In diesem Zusammenhang wurden die Beziehungen zu Ägypten intensiviert, dem so die Rolle des zentralen Partners in der Region zukam. In seinen Reden macht er Unterstützung der zentralen palästinensischen Forderungen deutlich, was jedoch Israel am Engagement Frankreichs in der Region zweifeln lies. Die pro-arabische Haltung Chirac findet sich auch in seiner Kritik des Irak-Embargos wieder. Im Bezug auf die Irakkrise 2002/3 bezeichnet Woyke Frankreichs Haltung als „*zweigleisig*“ (2010:251), denn noch im Jänner 2003 erklärte Chirac, dass eine militärische Aktion möglich sei. Im November 2003 standen sich Frankreich und die USA im Sicherheitsrat gegenüber, als sich Frankreich nicht der Meinung über der Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak anschloss und es so zu keiner Resolution kam. Trotz der vielen Sympathien in der arabischen Welt für die französische Politik, musste diese zunehmend mit den europäischen Partnern abgestimmt werden, (Vgl. ebd.: 250ff.)

„wobei andere europäische Partner aber nicht bereit oder willens sind, ein gewisses Maß an militärischer Macht im Nahen Osten zu überschreiten oder auch ihre transatlantischen Interessen durch eine gegen die USA gerichtete Nahostpolitik aufs Spiel zu setzen.“ (Woyke 2010: 252)

In der Folge verschwimmt die Unterscheidung zwischen den beiden Konzepten wieder verstärkt. Für Chérigui handelt es sich bei der *politique méditerranéenne* vor allem um die sozialen Beziehungen zwischen den beiden Ufern, wobei diese sich vor allem auf den Maghreb sowie auf die Arabische Maghreb-Union und die Europäische Union konzentrieren. Bei der Bezeichnung *politique arabe* handelt sich mittlerweile vielmehr um den Friedensprozess im Nahen Osten, während zu Zeiten des Kalten Krieges Algerien noch die zentrale Rolle der *politique arabe* inne hatte. Für die *politique arabe* ist außerdem ein bilateraler Zugang charakteristisch während die Mittelmeerpolitik auf einem inklusivem Konzept der gemeinsamen Werte basiert. Ab 1996 löste jedoch in Folge der israelischen Operation unter dem Namen Früchte des Zorns im Libanon gegen Stellungen der Hisbollah der Begriff *politique proche-orientale* jenen der *politique arabe* ab und gestand damit ein, dass der Einfluss Frankreichs auf den Friedensprozess begrenzt war. (Vgl. Chérigui, 1998:306ff.)

Dieser kurze Überblick über die Mittelmeerpolitik Frankreichs hat gezeigt, dass der Begriff der Mittelmeerpolitik erst in den 1990er Jahren an Bedeutung gewann. Mit dem Ende des Kalten Krieges und somit dem Ende der bipolaren Welt als Referenzpunkt ersetzte diese die *politique arabe*. Diese hatte nicht zuletzt durch die Teilnahme Frankreichs im Golfkrieg 1991, dem Ausbruch des algerischen Bürgerkrieges und dem Libanonkonflikt an Legitimität verloren. Die Referenz „Méditerranée“ ermöglichte nicht nur einen versöhnlicheren – wenn auch teilweise illusorischen – Zugang zur eigenen Geschichte sondern auch einen Transfer auf die europäische Ebene, der gleichzeitig Einflusswahrung im Maghreb, Einflussnahme auf die gemeinsame Politik und nicht zuletzt durch den Verweis auf das gemeinsame Engagement zusätzliche Legitimität für ein französisches leadership in der Region ermöglichte. In diesem Sinne muss bei der Analyse der französischen Mittelmeerpolitik immer die Dialektik zwischen kollektivem Engagement und unilateralem leadership mitgedacht werden.

Abschließend bleibt noch zu sagen, dass es sich bei der Mittelmeerpolitik Frankreichs um kein konstantes Politikfeld handelt sondern um eine Politikfeld, das stark von Konjunkturen der internationalen Beziehungen und insbesondere des Nahostprozesses geprägt wird und somit häufig neue Formen der Zusammenarbeit aufkommen lässt.

4.2 Die Mittelmeerunion - Ein Wahlkampfprojekt?

Die Idee der Mittelmeerunion wurde von Nicolas Sarkozy im Rahmen des französischen Wahlkampfes am **7. Februar 2007** in **Toulon** vorgestellt. In Bezug auf diese Rede kann hier bereits festgehalten werden, dass in dieser nur die Umriss dieser Union gezeichnet wurden.

Bevor ebendiese vorgestellt werden, wird an dieser Stelle noch kurz auf den restlichen Inhalt der Rede, insofern dieser für das Mittelmeer bzw. die Beziehung zu den Mittelmeerländern Relevanz hat, eingegangen.

Schon zu Beginn der Rede stellt Nicolas Sarkozy fest, dass die Zukunft Frankreichs im Mittelmeerraum liege. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu betonen, dass Sarkozy eine Vorstellung von einem Mittelmeerraum hat, die diese Region durch die gemeinsame Geschichte, intellektuelle Anknüpfungspunkte und durch die diversen Formen des Austausches als etwas „Verbundenes“⁵⁰, das wieder „zusammengeführt“ werden könne, sieht. Es handelt sich hierbei durchaus um eine „*vision of grandeur of the Mediterranean*“ (Balfour, 2009:99). Alle, Juden, Christen, Muslime, Menschen ohne Bekenntnis, – so Sarkozy weiter – seien „*héritiers d'un même patrimoine de valeurs spirituelles qui donne à nos dieux et à nos civilisations tant de ressemblances*“⁵¹ (Sarkozy 2007a: 3). In diesem Sinne möchte er den Dialog wiederbeleben, um so eine „*nouvelle Renaissance*“ (ebd.: 4) auf den Weg zu bringen. In der Folge wird kritisiert, dass sich Europa ausschließlich dem Norden und dem Osten zugewandt habe, und hingegen den Süden vergessen habe und dies dazu geführt habe, dass das Mittelmeer „*cessât de représenter une promesse pour ne plus constituer qu'une menace*“⁵² (ebd.: 4). Daraufhin folgt die zentrale Aussage der Rede:

„Il faut dire les choses comme elles sont: en tournant le dos à la Méditerranée, l'Europe et la France ont cru tourner le dos au passé. Elles ont en fait tourné le dos à leur avenir. Car l'avenir de l'Europe est au sud.“⁵³ (ebd.: 5)

Nachdem sich der Kandidat die Notwendigkeit von Frieden in der Region festhält, bezieht er Stellung zur Mittelmeerpolitik der EU und stellt fest, dass der Barcelona-Prozess seine Ziele nicht erfüllt habe und, dass dessen Scheitern vorhersehbar gewesen sei, seitdem dem Osten in den Außenbeziehungen Priorität eingeräumt worden war. Doch auch der Fokus sei auf den Handel gelegt worden, obwohl die Kooperation absolute Priorität gehabt hätte. So sei „*cette frontière invisible qui depuis si longtemps coupe en deux la Méditerranée et en continuant*

50 Diese Vorstellung des Mittelmeerraumes wird im **Kapitel 4.1. Exkurs: Französische Mittelmeerpolitik** näher ausgeführt.

Eine kritische Position zum Thema mediterranen Humanismus und dem Mythos des geeinten Mittelmeer nimmt etwa Henry,2010: ein.

51 ... „*Erben derselben Kultur mit spirituellen Werten, die unseren Göttern und unserer Zivilisation solche Ähnlichkeiten geben*“. (Übersetzungen der Autorin)

52 ...„*dass das Mittelmeer aufgehört habe ein Versprechen zu sein, um zu nichts als einer Bedrohung zu werden,*

53 „*Man müsse die Sachen sagen wie sie sind: Indem man sich vom Mittelmeer abgewandt habe, glaubten Europa und Frankreich sie könnten sich von der Vergangenheit abwenden. Sie haben sich von ihrer Zukunft abgewendet. Denn die Zukunft Europas ist im Süden.*“

d'opposer ses deux rives au lieu de les unir“ 54 (ebd.:10) nur verstärkt worden. An dieser Stelle kommt es nun zum Vorschlag einer Mittelmeerunion:

„C'est à la France, européenne et méditerranéenne à la fois, de prendre l'initiative avec le Portugal, l'Espagne, l'Italie, la Grèce et Chypre, d'une Union Méditerranéenne comme elle prit jadis l'initiative de construire l'Union européenne. Cette Union Méditerranéenne aura vocation à travailler étroitement avec l'Union Européenne. Elle aura vocation un jour à avoir avec elle des institutions communes parce que la Méditerranée et l'Europe auront pris conscience que leurs destins sont liés.“ 55(ebd.: 10f.)

Auf Initiative Frankreichs sollen die mediterranen Staaten eine Mittelmeerunion gründen, die eines Tages mit der Europäischen Union Institutionen teilt. Zusätzlich sollen in dieser neuen Perspektive die Beziehungen zur Türkei überdacht werden, denn *„la Turquie n'a pas sa place dans l'Union Européenne parce qu'elle n'est pas un pays européen*“ (ebd: 11). Außerdem gelte es die „politique arabe“ von Frankreich im Rahmen dieser neuen Mittelmeerunion zu überdenken. Schließlich ermögliche diese Idee einen neuen Zugang zum israelisch-palästinensischen Konflikt. (Vgl. Sarkozy 2007a: 11)

Die neue Union könne – so der Vorschlag Sarkozys – sich anhand von periodischen Treffen der Staats- und Regierungschef ähnlich dem G8 organisieren. Schlussendlich stellt er noch mögliche Aufgaben dieser Mittelmeerunion vor: Zuerst solle diese neue gemeinsame Zugänge in Bezug auf das Management von Migration finden. Auch gelte es Fragen bezüglich der Rückführung in die Herkunftsländer zu regeln. Ein weiteres Aufgabengebiet sieht Sarkozy im Umweltschutz – allem voran die Säuberung des Mittelmeers. Als dritten Punkt für Zusammenarbeit macht er gemeinsame Entwicklungsmaßnahmen auf Basis einer vorher verhandelten Form des Freihandels aus. Er schlägt hier etwa Austausch von Technologien, Wissen, Kompetenzen und Medikamenten aber auch die Gründung von gemeinsamen Forschungsstätten und Universitäten vor. Außerdem solle eine Mittelmeerinvestitionsbank nach dem Modell der Europäischen Investitionsbank (EIB) gegründet werden. Schlussendlich solle die Zusammenarbeit in den Bereichen Korruptionsbekämpfung, Bekämpfung von organisiertem Verbrechen und Terrorismus verstärkt werden. (Vgl. Sarkozy 2007a: 11-15)

54 ... *„diese unsichtbare Grenze, die seit so langer Zeit das Mittelmeer teilt und weiter die zwei Ufer gegenüberstellt anstatt sie zu vereinen...“*

55 *„Es ist an Frankreich, sowohl europäisch als auch mediterran, mit Portugal, Spanien, Italien, Griechenland und Zypern, die Initiative für eine Mittelmeerunion zu übernehmen, wie es damals die Initiative zur Konstruktion der Europäischen Union übernommen hat. Diese Mittelmeerunion habe die Aufgabe eng mit der EU zusammen zu arbeiten. Eines Tages soll sie mit ihr gemeinsame Institutionen haben, weil der Mittelmeerraum und Europa verstanden haben, dass ihr Schicksal verbunden ist.“*

Bereits an dieser Stelle zeigt sich – auch wenn seine Ausführungen über die konkrete Ausgestaltung der Union noch wagen bleiben – dass der Kandidat eine Umorientierung der französischen Außenpolitik – vor allem in Bezug auf die arabischen Nachbarn – anstößt und versucht einen neuen Aktivismus in die Mittelmeerbeziehungen Frankreichs aber auch der Europäischen Union zu bringen. Auch können trotz der fehlenden Konturen, drei zentrale Punkte des ursprünglichen Plans ausgemacht werden:

- Die EMP, die für Sarkozy als gescheitert gilt, soll abgelöst werden.
- Nicht alle EU Staaten sollen Mitglieder der Union sein, sondern lediglich die Mittelmeeranrainerstaaten.
- Inhaltlich wird der Fokus auf die Wirtschafts-, Finanz- und Sicherheitskooperation gelegt, die Förderung von Demokratie und Menschenrechte wird ausgeklammert. (Vgl.Jünnemann, 2009:50)

An dieser Stelle soll bevor auf die weitere Entwicklung und die geäußerte Kritik eingegangen werden, auf jene Punkte eingegangen werden, warum dieser Vorschlag Beachtung und Diskussion verdient:

- In erster Linie spiegelt sich im Vorschlag die **Rückkehr des Mittelmeers ins Zentrum der (außenpolitischen) Überlegungen** und somit auch die Wichtigkeit der Region wider. Auf der europäischen Ebene ist die Beziehung zum Mittelmeerraum für einige Beobachter Beweis für die Organisationsfähigkeit der europäischen Integration aber auch Spiegelbild für ihre Krisen. Für Frankreich handelt es sich beim Mittelmeerraum und insbesondere beim Maghreb nicht nur um ein zentrales außenpolitisches Interesse sondern auch Geschichte und Gesellschaft wurde tief von diesen Beziehungen und Interaktionen geprägt.
- Weiters gelang es durch das Projekt und nicht zu letzt durch die vielen Reaktionen, die **EMP aus seiner Apathie zu wecken**. Dies hätte mit einer tiefgehenden Evaluation dieser bisherigen Politik verbunden werden können, um so auf die zentralen Fragestellungen⁵⁶ der stagnierenden Zusammenarbeit einzugehen. Durch Sarkozys kritische Stellung zur EMP – auch wenn diese Kritik als exzessiv und wenig nuanciert bezeichnet werden kann – wurde die Debatte auch innerhalb der europäischen Institutionen angestoßen.
- Schlussendlich endlich zeichnet sich das Projekt durch seine **pragmatischen Ansatz** aus: variable Geometrie, „erklärte“ Gleichheit der Teilnehmer, reduzierte Zahl der Teilnehmer. (Vgl.Khader, 2009:186f.)

⁵⁶ Diese wurden im Kapitel 3.9 Barcelona-Prozess – welche Bilanz? ausgeführt.

4.3 Vom Wahlkampfprojekt zur Überzeugungsarbeit

Noch am Abend der gewonnenen Wahl (6. Mai 2007) wiederholte Sarkozy erneut die Idee der Mittelmeerunion (MU). In der Folgezeit versuchte Sarkozy mittels unzähliger Reisen in die Region sowie in Europa die Unterstützung für sein Projekt zu vergrößern, doch die Reaktionen fielen eher bescheiden aus. Trotz dieser Anstrengungen Partner zu gewinnen, blieben diese im besten Fall bei einer „*wait and see*“-Strategie (Balfour/Schmid, 2008:1), indem diese erst einmal abwarteten in welche Richtung das Projekt sich entwickeln würde. Gleichzeitig versuchten diese Länder aber auch nicht ihr Unbehagen zu verbergen. (Vgl. ebd.:1) Die südlichen Mittelmeerländer hatten ihre Lehren aus der Zusammenarbeit mit der EU gezogen und zweifelten aus diesem Grund auch an der Durchführbarkeit des Projektes.

Marokko argumentierte mit seiner geographischen Nähe und seiner Teilnahme an gemeinschaftlichen Projekten und forderte ein „*statut différencié*“. Allerdings wurde die mögliche Aufnahme von Themen die Bekämpfung von illegaler Migration und Terrorismus kritisch gesehen. Algerien hielt am Assoziationsabkommen mit der Union fest und Tunesien sprach sich für eine Verstärkung der 5+5 Formel aus. Die Türkei erklärte klar und deutlich, dass sie sich zwar weiter im Mittelmeerraum engagieren werde, aber die MU nicht als Ersatzmöglichkeit für eine Mitgliedschaft in der EU akzeptiere. Von allen Ländern zeigte sich Israel am positivsten, denn die MU bot eine weitere Möglichkeiten mit diversen Nachbarstaaten zu diskutieren ohne den Nahostkonflikt lösen zu müssen. (Khader, 2009:189f.)

Bis zu diesem Zeitpunkt war der französische policy-style nach stark unilateral geprägt, doch die zögerlichen Reaktionen vor allem auf europäischer Seite erklären die ersten Anpassungen, die schon in der Ansprache an die französischen Botschafter am **27. August 2007** deutlich wurden. Es geht hier weniger um starke inhaltliche Anpassungen sondern es findet vielmehr ein Übergang zu einem kooperativen Politikstil statt. (Vgl. Delgado, 2011:46ff.)

Vor allem in Bezug auf die Türkei, für die Sarkozy im Wahlkampf noch klar festgestellt habe, dass sie kein europäisches Land sei und deshalb nicht in die EU aufgenommen werden könne, wird ein Einlenken sichtbar. Er stelle sich nicht gegen eine Fortführung der Verhandlung der bereits begonnenen Kapitel, wenn die Union eine Reflexion über die Zukunft, die Ziele und auch die Grenzen der Union beginne. Ob es schlussendlich zu einem Beitritt oder zu einer sehr engen Assoziation mit der Türkei komme, müsse offen bleiben. Außerdem herrscht in dieser Rede ein kultureller Zugang vor, der sich vor allem auf das „*risque de confrontation*“

entre l'Islam et l'Occident“ (Sarkozy 2007b) konzentriert. Die Mittelmeerunion, so sein Vorschlag, solle dieser möglichen Konfrontation entgegen wirken, denn Bindungen im Mittelmeerraum seien vorhanden vor allem zwischen Frankreich und dem Maghreb. In diesem Sinne wurden auch die vier Säulen der Mittelmeerunion adaptiert: Umwelt, Dialog der Kulturen, Wirtschaftswachstum und Sicherheit. Auch in Bezug auf die Einbindung der Europäischen Union wird er klarer: *„l'Union européenne, à travers ses institutions, en particulier la Commission, devrait être acteur de plein droit de l'Union méditerranéenne“*⁵⁷ (ebd.). Außerdem macht seine Position Israel betreffend deutlich: *„J'ai la réputation d'être l'ami d'Israël et c'est vrai. Je ne transigerai jamais sur la sécurité d'Israël“*⁵⁸ (ebd.).

Am **23. Oktober 2007** später folgte eine weitere Rede von Nicolas Sarkozy zum Thema der Mittelmeerunion. Doch diesmal war der Kontext ein anderer: Es handelte sich nicht mehr um eine Wahlkampfveranstaltung, sondern Sarkozy trat nun als Präsident Marokkanern in **Tanger** gegenüber. (Vgl. Emerson, 2008:1) Aus diesem Grund werden in dieser Rede besonders die engen Beziehungen zu Marokko sowie die *„communauté de destin“*⁵⁹ (Sarkozy 2007c: 6) im Mittelmeer in den Vordergrund gehoben, denn es galt Partner für die Idee zu gewinnen. Erneut wird betont, dass sich Europas Zukunft im Süden befinde. Die Mittelmeerunion sei deshalb als *„rupture“* (ebd.: 5) mit den bisherigen Praktiken zu verstehen. Zum ersten Mal wird der Präsident bezüglich der Inhalte etwas klarer. Die Mittelmeerunion sei eine *„union des projets“* (ebd.: 6), die durch variablen Geometrie – also jene, die dazu in der Lage und willens sind, tragen ein bestimmtes Projekt mit – geprägt sein sollte. Inhaltlich sollten die Prioritäten auf Kultur, Bildung, Gesundheit, Humankapital und dem Kampf gegen Ungleichheiten liegen und jenen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gleichgestellt werden. Vor allem – und hier reagiert er auf Kritik von Seiten der europäischen Partner – habe die Mittelmeerunion *„pas vocation à se substituer à toutes les initiatives, à tous les projets qui existent déjà, mais elle a vocation à leur donner un élan nouveau“*⁶⁰ (ebd.:6). Außerdem folgte die Einladung an alle Staats- und Regierungschefs der Anrainerstaaten im Juni 2008 zum Gründungsgipfel der Union in Frankreich. Auch die Nichtanrainerstaaten seien eingeladen – allerdings nur als Beobachter. Außerdem schlägt er eine Assoziierung der Europäischen Kommission vor. (Vgl. Sarkozy 2007c)

57 *„Die Europäische Union, mittels ihrer Institutionen, und vor allem die Kommission, muss vollberechtigtes Mitglied der Mittelmeerunion sein.“*

58 *„Ich habe den Ruf ein Freund Israels zu sein und das stimmt. In der Sicherheit Israels werde ich niemals nachgeben.“*

59 *„Schicksalsgemeinschaft“*

60 *„habe nicht die Absicht bereits existierende Initiativen oder Projekte zu ersetzen sondern solle ihnen neuen Elan geben“*

ZU diesem Zeitpunkt wars Frankreichs politisches leadership über die Mittelmeerunion noch unbestritten. Es erlaubte auf Grund seinen hohen diplomatischen Ressourcen anderen Ländern nicht co-entrepreneurs zu werden. (Vgl.Delgado, 2011:49)

In der Zwischenzeit wurde auch die Kritik von europäischer Seite deutlicher. Während zu Beginn vor allem die Notwendigkeit der Komplementarität mit der Euro-Mediterranen Partnerschaft in den Vordergrund gestellt wurde, kritisierte besonders die deutsche Kanzlerin Angela Merkel

„ [...] France of excluding non-Mediterranean countries in an attempt to sideline existing EU policies and hijack European funds to support French foreign policy initiatives.“
(Balfour/Schmid, 2008:1)

Die Kritik Deutschlands am Projekt war vielseitig. Die Art und Weise wie es ohne Konsultation Deutschland und damit des wichtigsten Partners innerhalb der Union präsentiert worden war, wurde kritisiert, denn diese Vorgehensweise war „*not in line with commonly set standards and thus threatened to jeopardize the mutually accepted – and agreed practice of joint consultations and problem-solving*“ (Schumacher, 2008:14). Weiters wurde es von Beobachtern als problematisch für die deutsch-französischen Beziehungen eingestuft, dass nur Mittelmeeranrainerstaaten als Mitglieder angedacht waren. Der damalige deutsche Außenminister Steinmeier gab sogar zu bedenken, dass die EU mit einer Spaltung im außenpolitischen Bereich konfrontiert werden könne, wenn die Union für das Mittelmeer (UfM) weiter nur für Uferstaaten geplant sei. Auch Merkel betonte Ende Dezember 2007, dass die Gefahr einer möglichen „*corrosion of the EU in its core area*“ (Merkel zit. n.Schumacher, 2008:15) bestehe, solle die UfM als neue und exklusive Institution mit Zugang zum EU-Budget entstehen. Merkels Aussage, dass die EU eine gemeinsame Verantwortung sowohl für ihre südlichen als auch ihre Nachbarn trage, ist insofern interessant, denn bisher konnte die deutsche Politik gegenüber dem Mittelmeerraum als „*benign neglect*“ (Schumacher, 2008:14) bezeichnet werden, während sich die deutsche Aufmerksamkeit vielmehr auf die östlichen Nachbarn konzentrierte. (Vgl. Schumacher, 2008:14f.)

Auch andere europäische Länder reagierten wenig begeistert auf das französische Projekt. London weigerte sich weiteres Geld für die Finanzierung des Projektes zur Verfügung zu stellen und Ankara sah darin eine Möglichkeit den Beitritt der Türkei zu erschweren, wenn nicht sogar zu verhindern. (Vgl. Balfour/Schmid, 2008:1) Auch die osteuropäischen Länder standen dem französischen Vorschlag kritisch gegenüber, denn sie befürchteten eine Verschiebung des Interesses und der Ressourcen der Außenpolitik zu Gunsten der südlichen

Nachbarn. Mit dieser Kritik konfrontiert, „*sah sich Frankreich darin bestärkt, seine nationalen Interessen in europäische Politiken zu gießen und sich so der Kritik an einem nationalen Alleingang zu entziehen*“ (Heese, 2009:47).

Die folgenden Schritte zeigen, dass das Projekt von französischer Seite trotz der Widerstände der europäischen Partner weiterhin verfolgt wurde.

Um den Widerständen und der Kritik zu begegnen, ernannte der Präsident in der Folgezeit Alain le Roy als Sonderbotschafter für die Mittelmeerunion. Es ging vor allem darum, die Partner davon zu überzeugen, dass das Projekt nicht nur französischen Interessen dienen sollte, indem diese auch in die Planung einbezogen wurden. Neben Alain le Roy kam Henri Guaino, als Berater des Präsidenten, die Aufgabe zu, Sarkozy bei den Staats- und Regierungschefs zu vertreten und Unterstützung für das Projekt zu sammeln. Neben diesen intensivierten diplomatischen Bemühungen, der Kritik eines nationalen Alleingangs entgegen zu wirken, fand eine intensive Diskussion des Projektes in der französischen Öffentlichkeit statt. Hier trugen vor allem zwei Rapports zu Klärung des Projekts sowie einigen Anpassungen bei. Diese werden an dieser Stelle so ausführlich diskutiert, da sie Anknüpfungspunkte für die Europäisierung des Projektes geben.

Der **Rapport du Groupe d'experts réuni par l'Institut de la Méditerranée** unter dem Vorsitz von Jean-Louis Reiffers wurde im Oktober 2007 veröffentlicht.

Zu Beginn beschäftigt der Bericht sich mit dem **Konzept der Mittelmeerunion**. Die Experten kommen zu dem Schluss, dass der Mittelmeerraum trotz seiner Geschichte, weiterhin ein Ort der Begegnung zwischen den Völkern bleiben soll. Im Zentrum der zukünftigen Zusammenarbeit soll ein freiwilliger Prozess mit einem gemeinsamen Entscheidungsmodus stehen. Zusätzlich soll dieser Prozess für alle europäischen Länder offen stehen, die daran teilnehmen wollen. Vor allem jedoch soll Deutschland, das sich von Beginn an großes Interesse am Barcelona-Prozess und auch gute Beziehungen zur Türkei unterhält, „*un des moteurs*“ (Institut de la Méditerranée 2007:19). sein.

Danach beschäftigt sich der Bericht mit der **aktuellen Situation zwischen Europa und dem Mittelmeer**. Hier kommt die Experten zum Schluss, dass die Mittelmeerunion keine „*instance supplémentaire, sans véritable pouvoir politique, sans agenda précis et original et sans moyens.*“⁶¹ (ebd.: 20), sondern vielmehr komplementär zu sein habe. Außerdem könne die MU nicht ohne Europa gedacht werden, denn erstens sind die Mittelmeerländer durch

61 „zusätzliche Instanz ohne tatsächliches politisches Gewicht, ohne präzise und ohne originelle Agenda und ohne Mittel“

verschiedene Abkommen und Politiken mit Europa verbunden. Zweitens haben auch viele nordeuropäische Länder nicht zuletzt durch den Barcelona-Prozess Interesse an der Region gezeigt. Schlussendlich handelt es sich bei Europa und insbesondere bei der Europäischen Union um einen Bezugsrahmen für die Mittelmeerländer und vor allem die südlichen Ländern sind in ihren wirtschaftlichen Beziehungen eng an die EU gebunden.

Nach einer kurzen Analyse des Barcelona-Prozesses wird die Frage aufgeworfen, **wie die Mittelmeerunion in bestehende Strukturen eingeordnet werden kann**. Es sollen keine Strukturen ersetzt sondern, „*au contraire, l'action engagée doit être poursuivie et approfondie*.“⁶²(ebd. : 17). Zentral für diese vertiefte Zusammenarbeit sei, dass „*d'égal à égal*“⁶³ (ebd.: 17) verhandelt werde. Auch im Bereich der wirtschaftlicher Zusammenarbeit müsse mehr auf soziale Gegebenheiten und den lokalen Kontext geachtet werden, anstatt einem Universalkonzept zu folgen. Außerdem müsse den Folgen der wirtschaftlichen Liberalisierung wie ein einstweiliger Anstieg der Arbeitslosigkeit, Auswirkungen auf das soziale und territoriale Gleichgewichte entgegen gearbeitet werden. Hier könne die Union vor allem bei Fragen, die nicht exklusiv an Kompetenzen der EU oder an nationale Souveränität gebunden sind, ansetzen.

Als nächstes wird auf die **möglichen Mitglieder** eingegangen. Als Kernstaaten werden der Maghreb sowie die südeuropäischen Länder genannt. Auch Ägypten, der Libanon, Syrien, Libyen, die Palästinensische Autonomiebehörde sowie Israel sind als Mitglieder vorgesehen. Hier wird betont, dass die Lösung der Konflikte zwischen den Teilnehmerstaaten keine Vorbedingung für die Teilnahme sei. Schlussendlich könnten noch jene europäischen Staaten teilnehmen, die dies wünschten. Außerdem sei die Europäische Union als vollberechtigtes Mitglied vorgesehen. In Bezug auf die Türkei wird festgestellt, dass ihre Teilnahme in keinsten Weise ihren Status als Beitrittskandidat in Frage stelle. Deutschland dies wurde oben bereits festgehalten, solle als einer der Motoren der Union teilnehmen. (Vgl. ebd.: 19)

Daraufhin wird die Frage nach der **Struktur** gestellt. Es werden zwei Szenarien vorgestellt. Auf der einen Seite steht das Konzept einer „*Union accomplie*“⁶⁴ (ebd.:19) während auf der anderen Seite im Falle mangelnder Finanzierungsmittel die Möglichkeit der „*action centrée sur des secteurs clés*“⁶⁵ (ebd.) offen gehalten wird. Beide Fälle „*fonctionnant en codécision et fondée sur une charte précisant les valeurs partagées et les objectifs à atteindre*“⁶⁶ (ebd.)

62 „im Gegenteil, die bisherigen Politiken sollen weiter verfolgt und vertieft werden

63 „von gleich zu gleich“

64 „einer vollständigen Union“

65 „auf zentrale Sektoren beschränkte Aktionen“

66 „funktionieren mit gemeinsamen Entscheidungsmechanismen und basieren auf einer Charta der gemeinsamen Werte und der zu erreichenden Ziele“

Außerdem wird die Einrichtung eines „*Haut Commissariat*“ und spezialisierten Agenturen vorgeschlagen, die Projekte initiieren sollen und auch für deren Umsetzung verantwortlich sein sollen.

Als **juristischer Ansatz** für die Mittelmeerunion wird die „*cooperation renforcée*“ vorgeschlagen, da diese einem Teil der Europäischen Union die Möglichkeit bietet mit Drittstaaten eine verstärkte Kooperation einzugehen. Wichtig ist hier zu betonen, dass den restlichen Staaten ein Beitritt zu einem späteren Zeitpunkt offen stehen müsse, solange diese willens sind den bisherigen *acquis* zu übernehmen.

Alles **Inhalte**, mit denen sich die Mittelmeerunion beschäftigen werde, werde jene genannt, die in der bisherigen Zusammenarbeit nicht ausreichend Aufmerksamkeit bekommen haben: Infrastruktur, institutionelle Reformen (juristische Sicherheit, Möglichkeit zur Regelung von Handelskonflikten), die soziale Abfederung von Struktur Anpassungsmaßnahmen (Armut, Ungleichheit zwischen Stadt und Land, Informelle Wirtschaft, ländliche Systeme, Städtische Peripherie). Außerdem solle die Bildung und Wissenschaft etwa durch den Aufbau eines „*collège de la Méditerranée*“ unterstützt werden. Zuletzt sei Umwelt und Umweltschutz ein Thema, dem sich die MU widmen könnte.

Für die **Finanzierung** sollen Ressourcen der EU (FEMIP, ENPI) herangezogen werden. Außerdem könne auf Regionalprogramme der Weltbank, Kooperationsfonds der nationalen Entwicklungsagenturen, Privatfonds, arabische Fonds und sowie lokalen Fonds zurückgegriffen werden. Außerdem solle eine unabhängige Finanzinstitution – *Banque de la Méditerranée* –, die auch die nötige Expertise liefern kann gegründet werden.

Schlussendlich müsse die Mittelmeerunion noch mit diversen **infranationalen Kooperationsmechanismen** vernetzt werden.

Neben dem gerade diskutierten Rapport du Groupe d'experts réuni par l'Institut de la Méditerranée galt der am 5. Dezember 2007 der Präsidentschaft der Assemblée nationale vorgelegte **Rapport de la commission des affaires étrangères parlementaire** als weiterer Impulsgeber für die vorzunehmenden Anpassungen am Wahlkampfprojekt.

Auch dieser griff den Zugang einer „*geometrie variable*“ auf. Folglich wurde in Bezug auf die Teilnehmerstaaten zwischen zwei möglichen Modellen unterschieden: Jenes mit einem breiten Teilnehmerkreis, das analog zum Barcelona Prozess an die vierzig Staaten umfassen würde und jenen restriktiveren Modellen, also dem 5 plus 5 Modell folgend bzw. nur Anrainerstaaten inkludierend. Das auf Mittelmeeranrainerstaaten reduzierte Modell wird hierbei als zu Bevorzugendes dargestellt, wobei den restlichen Mitgliedern der EU ein Beitritt offen stehen solle. Außerdem sind die EU und die arabische Liga als vollwertige Mitglieder

vorgesehen. Es solle sich also um einen „*Prozessus ouvert*“⁶⁷ (*Assemblée Nationale 2007:5*) handeln, der „*modulable selon les projets*“ (*ibd.*) sei.

In Bezug auf die institutionelle Ausgestaltung solle das Prinzip der Vermeidung von doppelten Strukturen gelten. Wichtig sei es vor allem, die Gleichheit der teilnehmenden Staaten sowie die Verbindung zur EU sicherzustellen. Außerdem müsse eine Öffnung gegenüber der Zivilgesellschaft verfolgt werden. Als konkrete Institutionen sind der **G-Med**, in dem die Staats- und Regierungschefs sowie die EU und die AL vertreten sein sollen, eine **Agence de la Méditerranée** für die Planung und Umsetzung der Projekte sowie eine **Assemblée parlementaire** angedacht.

Ein weiterer Punkt im Rapport sind die Beziehungen der Mittelmeerunion zur Europäischen Union. Diese solle mittels einer **Charte de Partenariat** geregelt werden. Hier wird vor allem auf die Erhaltung des *acquis de Barcelona* hingewiesen. Weiters gelte es die Beziehung zwischen der neu entstehenden *Assemblée parlementaire de la Méditerranée* und der bereits bestehenden *Assemblée parlementaire euro-méditerranéenne* zu klären. Außerdem sollte diese Partnerschaftserklärung auch die Finanzierungsmöglichkeiten beinhalten. Schlussendlich müsse durch diese Erklärung festgehalten werden, dass MU keine Alternative zu einem Beitritt zur Union sei.

Schlussendlich wird noch auf die Projekte, denen sich die Union widmen solle, eingegangen. Diese Projekte mit dem „**Label Med**“ sollen als gemeinsame Projekte mit konkreten Interessen, auf Basis der gemeinsamen Entscheidung und der freiwilligen Teilnahme verstanden werden. Als zentrale Inhalte gelten die Verwaltung von Wasser, der Umwelt und der Wissensaustausch.

Für die Finanzierung werden die verschiedenen Entwicklungsfonds, denen es an Koordinierung mangle, genannt. Es wird die Gründung einer **Finanzinstitution** vorgeschlagen, in der die genannten Finanzströme zusammenlaufen können und die auch das nötige know-how über die Region verfügt.

4.4 Aushandlung eines innereuropäischen Kompromisses

Trotz der Versuche die europäischen und die mediterranen Partner von der Idee zu überzeugen, verlief die Ausarbeitung konkreter Konturen nur zögerlich. Dass die Idee nicht im Vorhinein mit den europäischen Partnern abgestimmt worden war, sollte sich in der Folge als schwerer Fehler erweisen. So wurde diese schon bald vom Pragmatismus der

67 „offenen Prozess handeln, der nach den Projekten modellierbar sei.“

Gemeinschaft eingeholt. Frankreich warf etwa Spanien vor aus einer nationalistischen Haltung heraus, den Barcelona-Prozess zu verteidigen. Gleichzeitig musste Frankreich auch mit Spanien und Italien zusammen arbeiten, die als Antwort auf den französischen Vorschlag ihre konstruktive Mitarbeit angeboten hatten. Spanien sieht sich innerhalb der Union durch seine Initiative des Barcelona-Prozesses als „stakeholder“ der EMP und tritt damit in Konkurrenz zu Frankreich, das eine leadership Position im Mittelmeerraum einnimmt, auch wenn sich viele Interessen wie etwa Energiesicherheit der beiden decken. Schlussendlich akzeptierte Spanien die UfM als „Barcelona Plus“. Auch Italien verhielt sich ähnlich. Allerdings war dieses zu Beginn einer auf Anrainer beschränkte Union nicht abgeneigt, da Italien im Gegensatz zu Spanien die Mittelmeerpolitik nicht in erster Linie als eine gemeinschaftliche dachte und auch keine europapolitischen Errungenschaften zu wahren hatte. (Vgl. Heese, 2009:48) Die Konsultationen der drei Staaten mündeten schlussendlich in den **Appel de Rome vom 20. Dezember 2007**, der durch die Einbindung der beiden romanischen Staaten zu einer Verringerung der Bedenken der europäischen Partner bezüglich eines französischen Alleingangs reduzierte. Im Appel wird festgehalten, dass der Mehrwert der **Union für das Mittelmeer** (UfM) – wie sie von nun an genannt wird – vor allem daran liegen solle, der Kooperation im Mittelmeerraum neuen Elan einzuhauchen. Außerdem solle die Zusammenarbeit mit den Zivilgesellschaften, Firmen, lokalen Verwaltungseinheiten und Assoziationen sowie NGOs um das Mittelmeer ausgebaut werden. Durch diese neu zu gründende Union sollen auch bisherige Aktionen sichtbarer gemacht werden. Auf der institutionellen Seite wird klargestellt, dass das Prinzip der Kooperation und nicht jenes der Integration gelte. Für den 14 Juli 2008 in Paris ein Gipfel angesetzt, zu dem sowohl der die Staats- und Regierungschefs der Anrainerstaaten geladen sind als auch jene der 27 Mitgliedsstaaten der Union. Allerdings ist für den Vortag ein Zusammentreffen alleinig für die Anrainerstaaten vorgesehen. Frankreich, Spanien und Italien werden in enger Konsultation mit den teilnehmenden Ländern Vorbereitungsarbeiten übernehmen.

Abschließend wird noch einmal betont, dass sowohl der Barcelona Prozess als auch die Europäische Nachbarschaftspolitik weiterhin zentral für die Beziehungen der Europäischen Union mit dem Mittelmeerraum bleiben und die Beitrittsverhandlungen Kroatiens und der Türkei nicht von der Gründung der UfM betroffen sein werden. (Vgl. Appel de Rome 2011)

„L’Union pour la Méditerranée n’interférera ni dans le processus de stabilisation et d’association pour les pays concernés, ni dans le processus de négociation en cours entre l’Union européenne et la Croatie, d’une part, entre l’Union européenne et la Turquie, d’autre part“ (Appel de Rome 2011)

In den folgenden Monaten gelang es Paris schließlich die Zustimmung der restlichen skeptischen Partnern allen voran Deutschland einzuholen. Am **3. März** einigte man sich im Rahmen des **Kompromisses von Hannover** dazu, dass die Union für das Mittelmeer in den bisherigen Barcelona Prozess integriert werden sollte. Dies bedeutete einen nicht unwesentlichen Fortschritt in der Diskussion um das französische Projekt, das von nun an den Namen „Barcelona Prozess: Union für das Mittelmeer“ trug. Dieser Kompromiss bedeutete vor allem eine Erweiterung der Teilnehmerstaaten auf alle 27 Mitglieder der Union, die 12 Partnerländer des Barcelona-Prozesses (Albanien und Mauretanien waren erst nach 1995 beigetreten) und schließlich die (potentiellen) Beitrittskandidatenländer am Balkan. (Vgl.Möller, 2009:62)

Erst mit dem Kompromiss von Hannover sollte Frankreich zu einem policy entrepreneur werden. Obwohl Frankreich noch immer das Gesicht der Union für das Mittelmeer war, wurden nun die Entscheidungen unter Einbeziehung anderer Akteure und mittels Kooperation. (Vgl.Delgado, 2011:50)

4.5 Europäisierung einer französischen Idee?

Der Kompromiss von Hannover und die damit verbundene Integration in den acquis des Barcelona Prozesses und in die europäische Mittelmeerpolitik findet sich in eine kurzer Erklärung im Anhang der Schlussfolgerungen des Vorsitzes des **Europäischen Rates vom 13/14. März** wieder:

„Der Europäische Rat stimmt im Grundsatz einer Union für den Mittelmeerraum zu, die die EU-Mitgliedstaaten und die nicht der EU angehörenden Mittelmeer-Anrainerstaaten umfassen wird. Er fordert die Kommission auf, dem Rat im Hinblick auf die Gipfeltagung, die am 13. Juli 2008 in Paris stattfinden wird, die notwendigen Vorschläge zur Festlegung der Modalitäten für einen künftig als "Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum" zu bezeichnenden Prozess zu unterbreiten“ (Rat der Europäischen Union 2008a: 19).

In der Folge wurde am **20. Mai 2008** von der Kommission eine **Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat** bezüglich der Union für das Mittelmeer⁶⁸ veröffentlicht, die bis zum gemeinsamen Gipfel im Juli als Diskussionsgrundlage gelten sollte. In der Mitteilung betont die Kommission die wichtige Rolle, die dem Mittelmeerraum für Europa zukomme. Allerdings gelte es die bisherige Sichtbarkeit der Zusammenarbeit zu erhöhen. Für dieses Vorhaben sei jedoch ein neuer Elan von Nöten.

Zu Beginn der Mitteilung wird kurz Bilanz des Barcelona-Prozesses gezogen. Hier wird eingeräumt, dass vor allem das Andauern des Konfliktes im Nahen Osten die Partnerschaft

68 In der deutschen Fassung spricht die Kommission von einer Union für den Mittelmeerraum.

vor Hürden stellte. Auch in Bezug auf die Süd-Süd Integration wird festgestellt, dass diese das gewünschte Niveau nicht erreicht hat. So wird darauf hingewiesen, dass weiterreichende Reformen in der nächsten Zeit notwendig seien. Weiters gelte es sowohl nationale als auch ausländische Investitionen (FDIs) anzuziehen um so das Lebensniveau in der Region zu steigern und das steigende Wohlstandsgefälle in der Region zu reduzieren. (Vgl. Europäische Kommission 2008: 2-4)

Abbildung: *Union für das Mittelmeer*



Quelle: (Huntzinger, 2009:4)

Als Mitglieder werden die EU-27, die Partnerländer des Barcelonaprozesses sowie weitere Anrainerstaaten des Mittelmeerraums (Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Monaco) vorgeschlagen.

Zentral für die neue Union sollen drei Prinzipien sein:

- „die Beziehungen zwischen der EU und den Mittelmeerpartnerländern auf ein höheres

politisches Niveau“ zu heben

- „*mehr gemeinsame Verantwortung für die multilateralen Beziehungen“*
- „*den Beziehungen durch zusätzliche regionale und subregionale Projekte, die für die Bürger der Region von Bedeutung sind, ein konkreteres und besser sichtbares Profil“ zu verleihen (ebd.: 5f.)*

Die Mitteilung der Kommission wird auch deutlich in Bezug auf die inhaltliche Ausgestaltung der Union für das Mittelmeer:

- Ein **gemeinsamer Vorsitz** soll die Union leiten. Für die EU übernimmt bis Ende 2008 Frankreich den Vorsitz. Mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lisabon übernimmt der Ratspräsident mit dem Kommissionspräsident den Vorsitz auf Staats- und Regierungsebene bzw. der Hohe Vertreter Außenministerebene. Die südlichen Länder werden von einem für zwei Jahre im Konsens nominierten Kandidaten vertreten.
- Das **Sekretariat** wird mit der Formulierung der Initiativen sowie der Evaluierung der Projekte betraut. Weiters solle das Sekretariat Rechtspersönlichkeit bekommen. Ein Sitz müsse zu diesem Zeitpunkt noch gefunden werden.
- Außerdem solle ein **Gemischter Ständiger Ausschuss** mit Sitz in Brüssel geschaffen werden. Diese solle als Schnittstelle für die verschiedenen Ländervertretungen die Sitzungen des euromediterranen Komittes sowie die Gipfel vorbereiten. Außerdem biete er eine schnelle Reaktionsmöglichkeit im Falle einer Krise. (Vgl. ebd.: 7ff.)

In Bezug auf die **Projekte** wird festgehalten, dass diese vor allem den regionalen wirtschaftlichen Austausch zwischen den nationalen Infrastrukturen fördern sollen. Gleichzeitig sollen diese für die Bürger sichtbar und greifbar sein. Hierzu wurden von der Kommission folgende Kriterien erarbeitet:

- Der regionale, subregionale oder transnationale Charakter der Projekte muss sichergestellt werden und insbesondere Anknüpfungspunkte für eine Kooperation zwischen einer geringen Anzahl an Staaten bieten.
- Die Größe und der Inhalt der Projekte müssen im Interesse aller Beteiligten sein.
- Durch die Projekte soll eine ausgeglichene und nachhaltige Entwicklung sichergestellt werden und vor allem die regionale Integration und Zusammenarbeit vorantreiben.
- Es müsse die Finanzierbarkeit insbesondere durch eine maximale Beteiligung der Privatwirtschaft sichergestellt werden.

- Außerdem sollen gelte es vor allem Projekte zu finden, die schon einen hohen Vorbereitungsgrad haben und somit schnell in die Umsetzungsphase starten können. (Vgl. ebd.: 9f.)

Um die Finanzierung sicherzustellen, solle sowohl auf die Ressourcen der Mitglieder der EU als auch auf jene der Partnerländer sowie auf verschiedene internationale Finanzorganisationen, regionale Banken und Fonds zurückgegriffen werden. Weiters gelte es die Privatwirtschaft für die Finanzierung zu gewinnen. Außerdem aus der Facility for Euro-Mediterranean Investment and Partnership (FEMIP) und dem European Neighbourhood and Partnership Instrument (ENPI) Gelder gewonnen werden. (Vgl. ebd.: 10)

Schlussendlich werden noch Meeresautobahnen, tragfähiges Umweltmanagement, Zivilschutz und ein Solarprogramm für den Mittelmeerraum als konkrete Projektmöglichkeiten genannt. (Vgl. ebd. : 12ff.)

Die Europäische Ratspräsident sollte Frankreichs Bereitschaft zur Kooperation auf die Probe stellen. Sarkozy setzte die UfM auf eine privilegierte Position seiner Agenda und war auch um die Sichtbarkeit des diplomatischen Erfolges für Frankreich bemüht. (Vgl. Delgado, 2011:50)

Am **13. Juli 2008** wurde schließlich die Union für das Mittelmeer am **Gründungsgipfel in Paris** in Anwesenheit von dreiundvierzig Staats- und Regierungschefs⁶⁹ sowie Vertreter der wichtigsten regionalen Organisationen⁷⁰ aus der Taufe gehoben. An diesem Gipfel wurde auch eine **Abschlussklärung** verabschiedet, die als rechtliche Basis für den Barcelona Prozess: Union für das Mittelmeer gesehen werden kann. An dieser Stelle wird deren Diskussion eher kurz gehalten, denn diese Erklärung weist deutliche Ähnlichkeiten mit jener von Barcelona von 1995 auf. Außerdem wurden wesentliche Teile des Kommissionspapiers übernommen.

69 Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, jene der zwölf am Barcelona Prozess teilnehmenden Staaten sowie jene der Mittelmeeranrainerstaaten Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Montenegro.

70 EU-Kommission, Hoher Vertreter für die GASP, Präsident des Europäischen Parlaments, Golfkooperationsrat, UNO, Liga Arabischer Staaten, Afrikanische Union, Arabische Maghreb-Union, Afrikanische Entwicklungsbank, EIB, Weltbank, Organisation der Islamischen Konferenz, Anna-Lindh Stiftung, UN Allianz der Zivilisationen

Zu Beginn dieser Erklärung wird auf jene von Barcelona verwiesen und deren Wichtigkeit für die Region betont. Zu späterer Stelle wird darauf hingewiesen, dass die drei Körbe⁷¹ der euro-mediterranen Partnerschaft sowie der 2005 hinzugefügte Korb⁷² weiterhin ihre Gültigkeit behalten. Als Ziel der Union wird festgehalten „*la Méditerranée en un espace de paix, de démocratie, de coopération et de prospérité*“⁷³ (Sommet de Paris 2008:7) zu transformieren. Zur Verbesserung der regionalen Sicherheit werden insbesondere folgende Punkte angeführt:

- Verhinderung der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen in der Region
- Konsolidierung der Demokratie und des Pluralismus durch verstärkte Teilnahme der Bevölkerung am politischen Leben sowie Bekenntnis zu den Menschenrechten und Grundrechten. Weiters wird „*le plein respect des principes démocratiques, des droits de l'homme et des libertés fondamentales*“⁷⁴(ebd.: 9) in den teilnehmenden Staaten gefordert.
- Unterstützung des Friedensprozess zwischen Israel und den Palästinensern sowie indirekte Gespräche zwischen Israel und Syrien
- Kampf gegen den Terrorismus in all seinen Formen. Hierzu soll jedoch ein „*Code de conduite en matière de lutte*“⁷⁵ auf den Weg gebracht werden. Schlussendlich wird festgehalten, dass alle „*tentatives d'associer une religion ou une culture, quelle qu'elle soit, au terrorisme*“⁷⁶ (ebd.: 10) abzulehnen seien.

Analog zur Mitteilung der Kommission wird festgehalten, dass die Beziehungen zwischen der EU und den Mittelmeerpartnerländern auf ein höheres politisches Niveau gehoben werden sollen. Dies soll vor allem durch mehr gemeinsame Verantwortung für die multilateralen Beziehungen und eine konsensuale Entscheidungsfindung geschehen. Wichtig sei es auch durch zusätzliche regionale und subregionale Projekte die Sichtbarkeit für die Bürger zu erhöhen. Auch in Bezug auf die Richtlinien für die Projekte werden die Vorschläge der Kommission in die Abschlusserklärung eingefügt. Allerdings wird in der Abschlusserklärung insbesondere der Zugang der „*geometrie variable*“ hervorgehoben. Dieser Zugang „*permettra aux pays membres qui ont des affinités, des objectifs communs ou des complémentarités de dynamiser le processus et d'atteindre les objectifs de la déclaration*

71 Politische- und Sicherheitspartnerschaft, Wirtschafts- und Finanzpartnerschaft und Partnerschaft im sozialen, kulturellen und menschlichen Bereich

72 Migration, soziale Integration, Justiz und Sicherheit

73 „*das Mittelmeer in einen Raum des Friedens, der Demokratie, der Kooperation und des Wohlstandes*“

74 „*der volle Respekt der demokratischen Prinzipien, der Menschenrechte und der Grundfreiheiten*“

75 „*Ein Verhaltenskodex für den Kampf [gegen den Terrorismus]*“

76 „*alle Versuche eine Religion oder eine Kultur, welche auch immer das sei, mit dem Terrorismus in Verbindung zu bringen*“

*de Barcelone*⁷⁷ (ebd: 10) Als konkrete Projektideen werden die Säuberung des Mittelmeers, Meeresautobahnen und Autobahnen an Land, Zivilschutz, ein Solarprogramm für den Mittelmeerraum, eine Mittelmeeruniversität sowie eine Initiative zur Unternehmensentwicklung im Mittelmeerraum genannt. (Vgl. ebd. 18f)

Auch in Bezug auf die institutionelle Ausgestaltung um den gemeinsamen Vorsitz, das Sekretariat, den gemischten ständigen Ausschuss, die Euro-Mediterrane Parlamentarische Versammlung folgt die Deklaration den Vorschlägen der Kommission.

Weiters wird in der Abschlusserklärung ebenfalls festgehalten, dass der Barcelona-Prozess: Union für das Mittelmeer als unabhängig von der Erweiterungspolitik der EU, den Beitrittsverhandlungen und dem Beitrittsprozess zu verstehen ist. (Vgl. ebd. 12)

Nachdem auf die Finanzierung eingegangen wird – auch hier folgt man den Vorschlägen der Kommission – wird festgehalten, dass der Mehrwert der neuen Union vor allem darin liege, zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten durch die verstärkten Koordinierungsmöglichkeiten zwischen Gebern, die auf regionale Projekte spezialisiert sind, anziehen zu können. (Vgl. ebd.9)

Der Vergleich mit der Mitteilung der Kommission vom Mai 2008 macht deutlich, wie stark die Abschlusserklärung des Gründungsgipfel an dieser angelehnt ist. Khader stellt in diesem Zusammenhang fest, dass Korrekturen durch die südlichen Länder und somit ihr Einfluss auf die Erklärung sich in Grenzen hielten. Am ehesten lassen sich diese in Trennung zwischen Religion und Terrorismus und dem Willen nach Erleichterung der legalen Migration festmachen. (Vgl. Khader 2009: 216)

Auch auf der institutionellen Seite folgt die Erklärung der Position der Kommission, wobei dem Treffen der Außenminister im November die Aufgabe zu kommt, die Details vor allem in Bezug auf das Sekretariat zu klären. In Bezug auf die Projekte und insbesondere deren Finanzierung werden ebenfalls Formulierungen vom Kommissionspapier aufgegriffen. Es wird insbesondere betont, dass von der Europäischen Union für die Union für das Mittelmeer keine neuen Finanzierungsmittel zur Verfügung gestellt werden und somit der Mehrwert der Union stark davon abhängt, inwiefern es ihr gelingen wird, neue Finanzierungsmöglichkeiten auf die Beine zu stellen. Weiters wird sowohl im Kommissionspapier als auch in der Abschlusserklärung auf die Wichtigkeit des *acquis* des Barcelona-Prozesses hingewiesen und

⁷⁷ „erlaube es den Mitglieder, die Gemeinsamkeiten, gemeinsame und komplementäre Ziele haben, den Prozess zu dynamisieren und so die Ziele der Barcelona-Deklaration zu erreichen“

betont, dass dessen vier Körbe weiterhin gültig sein. Außerdem findet sich die Feststellung, die neue Union vom Beitrittsprozess zur EU zu trennen, wie schon im Appel von Rom, in beiden Papieren wieder. Auch die schlussendliche Teilnahme aller 27 EU Mitglieder am Gipfel der Union für das Mittelmeer lässt einen von einer „Europäisierung“ einer französischen Idee sprechen, bei der sowohl die Europäische Kommission als auch Deutschland die ausschlaggebende Rollen spielten.

Wie durch die Abschlusserklärung von Paris festgehalten, regelt die **Ministerkonferenz von Marseille vom 3. und 4. November 2008** die institutionellen Fragen der Union für das Mittelmeer. Diese waren im Vorhinein strittig. Auf der einen Seite stellte sich Israel gegen die Teilnahme der Arabischen Liga an allen Treffen der Union und außerdem galt es noch die Frage nach dem zukünftigen Sitz der Union zu klären. (Vgl. Khader, 2009:222)

Die zwanzig Seiten lange Erklärung von Marseille verweist zu Beginn auf den Barcelona Prozess und spiegelt auch dessen Geist wider, fordert jedoch eine größere Teilung der Verantwortung zwischen den Partnern (co-ownership) und konkretere Vorteile für die Bürger. In den strittigen Punkten wurde schließlich Einigkeit erlangt. So wird festgehalten, dass die arabische Liga an allen Treffen teilnehmen werde. (Sommet de Marseille 2008: 1) In der Folge beschäftigt sich die Erklärung mit dem Friedensprozess im Nahen Osten, wobei die Konferenz von Madrid, alle den Konflikt betreffenden UN-Resolutionen, die Roadmap sowie die arabische Friedensinitiative von 2002 hervorgehoben werden. Außerdem werden die Aufnahme von indirekten Gesprächen zwischen Syrien und Israel durch die Türkei sowie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Syrien und dem Libanon begrüßt.

In Bezug auf die Institutionen der Union wird festgelegt, dass eine **gemeinsame Präsidentschaft**, die für die südlichen Länder im Konsens für zwei Jahre und für die EU in Abstimmung mit dem Vertrag von Lissabon gefunden wird, die Sitzungen einberuft und leitet.

Eine zentrale Rolle kommt in Zukunft den **Hohen Funktionären** zu, denn diese haben die Aufgabe alle Aspekte der Initiative – und somit auch jene, die bisher vom EuroMed Komitee diskutiert wurden – zu behandeln sowie die bisherigen Fortschritte des Barcelona-Prozesses zu evaluieren. Außerdem kommt ihnen durch ihr regelmäßiges Zusammentreffen die Aufgabe zu, die Ministertreffen vorzubereiten sowie Projekte und das Arbeitsprogramm vorzuschlagen. Außerdem werden sie von den Außenministern beauftragt, Leitlinien sowie Evaluationskriterien für die Projekte auszuarbeiten.

Der Gemischte Ständige Ausschuss übernimmt jene Punkte, die bisher vom EuroMed

Komitee untersucht und diskutiert wurden, da dieses in der Folge aufgelöst wird. Der Ausschuss hat seinen Sitz in Brüssel und unterstützt die Arbeit der Hohen Funktionäre.

Dem **Sekretariat** kommt im Prozess eine zentrale Stellung und vor allem die Aufgabe zu dem Prozess neuen Elan zu geben. Das Sekretariat wird mit der Ausarbeitung und der Betreuung der Projekte sowie mit der Finanzierungsgewinnung betraut. Außerdem sei das Sekretariat Stelle zur Konzertierung der verschiedenen Instanzen der Union. Schlussendlich wird dem Sekretariat Rechtspersönlichkeit zu gewiesen.

Es wird betont, dass das Mandat des Sekretariates ein technisches sei, während die Außenminister und die Hohen Funktionäre weiterhin die politische Verantwortung behielten. Ein Generalsekretär und fünf stellvertretende Generalsekretäre⁷⁸ werden bestellt. Das Sekretariat wird auf freiwilliger Basis von den euro-mediterranen Partnern und aus Mitteln der europäischen Union finanziert. Als Sitz wird Barcelona bestimmt.

Außerdem wird betont, dass die Rolle der Euro-Mediterranen Parlamentarischen Versammlung verstärkt werden müsse und der Vorschlag einer regionalen und lokalen euro-mediterranen Versammlung wird zur Kenntnis genommen. (Vgl. ebd.: 3-6f.)

Schlussendlich wird noch eine Liste für Ministertreffen über diverse Themen veröffentlicht. Diese Themen beinhalten etwa nachhaltige Entwicklung, Transport, urbane Entwicklung, Forschung, Energie, Umwelt, Stärkung der Zivilgesellschaft, Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Handel, Landwirtschaft, Sicherheit sowie Außenpolitik und knüpfen damit an Vorgängertreffen im Rahmen des Barcelona-Prozesses an. (Vgl. ebd.:7)

Auf dem Gipfel von Marseille gelang es Frankreich seine Position als policy entrepreneur zu sichern, dennoch war die französische Ratspräsident anders zu Beginn von Sarkozys Mandat zu Zugeständnissen und kooperativer Zusammenarbeit bereit. Dennoch hielt Frankreich am Anspruch des primus inter pares fest, und so gelang es der französischen Diplomatie schlussendlich durch die Festlegung des Sitzes in Barcelona den Teil „Barcelona Prozess“ aus dem Namen zu entfernen und gleichzeitig den intergouvernementalen Zugang der UfM zu sichern. (Delgado, 2011:50)

In einem letzten Schritt wurden die von den Außenministern beschlossenen Leitlinien über die Modalitäten und Arbeitsweisen der Union für das Mittelmeer vom Europäischen Rat gebilligt. Interessant ist der Verweis des Rates auf die Östliche Partnerschaft, die

⁷⁸ Für das erste Mandat von drei Jahren werden diese von der Palästinensischen Autonomiebehörde, Israel, Malta, Griechenland und Italien gestellt.

„es erlauben [wird], die Politik der EU gegenüber den östlichen Partnern der Europäischen Nachbarschaftspolitik in einem bilateralen und multilateralen Rahmen wesentlich zu stärken und die anderen bereits bestehenden Formen der Zusammenarbeit mit den Nachbarländern der Union, wie die "Schwarzmeersynergie", denen dabei Rechnung zu tragen ist, zu ergänzen.“ (Rat der Europäischen Union 2008b: 10)

Auch das Europäische Parlament unterstützt die Projektorientierung der Union für das Mittelmeer. Allerdings

„weist [es] nachdrücklich auf die Notwendigkeit hin, die gesamte Europa-Mittelmeer-Politik von Grund auf zu erneuern, indem ihre politische Dimension und ihre gemeinsame Entwicklung gestärkt werden; stellt fest, dass die Initiative „Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum“ in jedem Fall die breitere Perspektive dieser Politik nicht schmälert“. (Europäisches Parlament 2008)

Außerdem fordern die Abgeordneten, dass die Förderung der Menschenrechte und Demokratie als Ziele der UfM festgeschrieben werden müssen, denn die Pariser Deklaration war in diesem Punkt sehr vage geblieben. (Vgl.Lippert, 2010:169)

4.6 Eine europäisierte Mittelmeerpolitik?

Zu Beginn dieses Kapitels wurde die Entwicklung der französischen Mittelmeerpolitik mit dem Schluss dargestellt, dass diese in ihrer Beziehung zur EU sich immer in einer Dialektik zwischen multilateraler Zusammenarbeit und unilateralem leadership befindet. In der Folge wurde die Entwicklung von der Mittelmeerunion (MU) zur Union für das Mittelmeer (UfM) nachgezeichnet. Nun soll an dieser Stelle der Europäisierung der Mittelmeerpolitik als einem Politikfeld der europäischen Außenpolitik nachgegangen werden. Dafür sollen die im **Kapitel Theoretischer Zugang** erarbeiteten Konzepte auf die Union für das Mittelmeer und insbesondere auf die Reaktionen der europäischen Partner und die vorgenommenen Veränderungen an der ursprünglichen Idee angewendet werden.

Zur Erinnerung wird noch einmal Radaellis Definition vorgestellt:

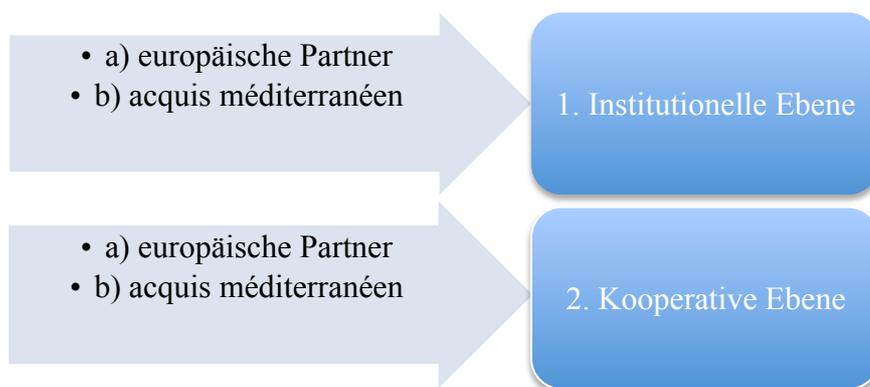
“Europeanisation consists of processes of a) construction, b) diffusion and c) institutionalisation of formal and informal rules, procedures, policy paradigms, styles, “way of doing things“ and shared beliefs and norms which are first defined and consolidated in the EU policy process and then incorporated in the logic of domestic (national and subnational) discourse, political structures and public policies.“ (Radaelli, 2004:3)

Nun soll der Frage nachgegangen werden, ob diese Konstruktions-, Diffusions- und Institutionalisierungsprozesse sowohl auf der europäischen Ebene als auch auf der nationalen – also der französischen Ebene – vorhanden sind.

Die **Veränderungen an der MU werden auf der institutionellen sowie der kooperativen Ebene** anhand des Einflusses des *acquis méditerranéen*⁷⁹ und des Einflusses der europäischen Partner und supranationalen Organisationen analysiert. An dieser Stelle wird darauf hingewiesen, dass die jeweiligen Punkte nur kurz angeführt werden, da diese bereits im Kapitel 4.4 Europäisierung einer französischen Idee? ausgeführt wurden.

Die folgende Grafik veranschaulicht diesen Zugang, der für die Analyse der Europäisierung der Mittelmeerunion ausgearbeitet wurde.

Abbildung: Veranschaulichung der Europäisierungsanalyse



1. Auf der **institutionellen Ebene** wird untersucht, ob und wie die Institutionen, die im Rahmen der UfM gegründet wurden, eine Europäisierung widerspiegeln.

a) Einfluss der europäischen Partner und supranationalen Organisationen:

Als zentralste und auch augenscheinlichste Veränderung auf dieser Ebene fällt ins Auge, dass im Gegensatz zum ursprünglichen Plan, der nur Mittelmeeranreinerstaaten vorsah, letztendlich alle 27-EU Staaten teilnehmen. Dies lässt sich vor allem auf den Druck von Seiten Deutschlands zurückführen. In Deutschland wurde auch von der Gefahr einer Spaltung im Kern der EU gesprochen, wenn nur Teile der EU Mitglieder in der Mittelmeerunion werden. Außerdem verwies Deutschland auf die gemeinsame Verantwortung und das gemeinsame Interesse gegenüber der Region, die sich aus dem Barcelona-Prozess entwickelt habe. (Vgl. Schumacher 2008:15) Zusammengefasst stellte Deutschland mit seiner

⁷⁹ Unter diesem wird der gemeinschaftliche *acquis* im Mittelmeerraum, der sowohl auf dem Barcelona-Prozess als auch den vorherigen Abkommen basiert, verstanden.

Weigerung das ursprüngliche Projekt anzuerkennen, gesamteuropäische Interessen in den Mittelpunkt seiner Argumentation.

Außerdem wurden die Länder des Balkans (Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro), die bisher nicht am Barcelona-Prozess teilnahmen, in den letzten Jahren aber näher an die EU herangerückt waren, sowie der Mittelmeerstaat Monaco aufgenommen. Damit wird dem Vorschlag der Kommission Folge geleistet.⁸⁰

Weiters konnten sich die anderen EU-Staaten in Bezug auf die Finanzierung gegenüber der französischen Position durchsetzen. So wurde festgehalten, dass die Union für das Mittelmeer keine zusätzlichen Mittel erhalten soll. Hier wird möglicherweise der englischen Position Folge geleistet, denn London weigerte sich, weitere Mittel für die Mittelmeerpolitik zur Verfügung zu stellen. Dennoch muss festgehalten werden, dass durch die Weigerung zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, die UfM auf andere Stellen angewiesen sein wird.

Die Festhaltung der Trennung der UfM vom Beitrittsprozess zur Europäischen Union lässt sich auf den heftigen Einspruch der Türkei, die darin eine Möglichkeit für Frankreich sah, den türkischen EU-Beitritt zu verhindern, zurückführen. Unterstützt wurde diese Forderung vor allem von Deutschland.

In Bezug auf den Inhalt und der Leitlinien der Projekte der Union für das Mittelmeer hatte vor allem die Kommission großen Einfluss auf die Abschlusserklärung genommen, denn schließlich wurde dieser Teil aus der Kommissionsmitteilung an den Rat und das Europäische Parlament (Europäische Kommission 2008) übernommen.

b) Einfluss des *acquis méditerranéen*:

Auf die Wichtigkeit des Barcelona-Prozesses für die Union für das Mittelmeer und die Notwendigkeit zur Komplementarität wurde von allen Akteuren hingewiesen. Dass in der Abschlusserklärung des Gipfels von Paris festgehalten wurde, dass die vier Körbe des Barcelona-Prozesses weiterhin ihre Gültigkeit behalten, bestätigt die Annahme, dass die Union für das Mittelmeer in die Kontinuität der bisherigen europäischen Mittelmeerpolitik gestellt wird. Der im ISS-Report „*Union for the Mediterranean. Building on the Barcelona*

⁸⁰ Ob Sarkozy in seinem Projekt der Mittelmeerunion eine Teilnahme der Balkanstaaten vorsieht, geht aus seinen Reden nicht explizit hervor. Allerdings kann an dieser Stelle erwähnt werden, dass bei der Rede von Toulon Slowenien nicht als Partner der Gründungsinitiative erwähnt wurde. Auch werden die Beziehungen zu Staaten des ehemaligen Jugoslawiens nicht unter der Bezeichnung der französischen Mittelmeerpolitik subsumiert. Der Rapport du Groupe d'Experts (Vgl. Institut pour la Méditerranée 2008) spricht von den südeuropäischen Ländern als Kernstaaten der Union, wobei aus dem Zusammenhang heraus anzunehmen ist, dass hier vor allem die Länder der EU gemeint sind.

acquis“ (Aliboni/Joffe et al., 2008:21) aufgeworfenen Frage, ob die UfM vom Barcelona-Prozess absorbiert werden wird oder diesem neuen Elan einhauchen kann, wird im Kapitel 4.7. Stand der Union für das Mittelmeer nachgegangen.

Vor allem in den Institutionen der UfM wird der Einfluss der euro-mediterranen Partnerschaft sehr deutlich:

- Gemeinsamer Vorsitz: Während die EU-27 im Barcelona-Prozess bisher durch den Ratspräsidenten vertreten wurden, hatten die MDL das Problem, nicht mit einer Stimme sprechen zu können. Nun wird für die MDL für zwei Jahre im Konsens ein KO-Präsident nominiert, während für die EU diese Position mit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon vom Ständigen Präsidenten des Europäischen Rates übernommen wurde. In diesem Punkt wird im Vergleich zur Euromediterranen Partnerschaft die intergouvernementale Komponente gestärkt.
- Der gemischte ständige Ausschuss (gemStA) übernimmt in Zukunft die Aufgaben des EuroMed-Komitees, das für den Austausch zwischen den Partnerländern auf Beamtenebene verantwortlich war. Durch seinen Sitz in Brüssel folgt er der Logik der „Brüsselisierung“, also der Einrichtung von Institutionen in Brüssel, um die Koordinierung oder den Austausch zu erleichtern.
- Auch das Zusammentreffen der Hohen Funktionäre gab es schon im Barcelona-Prozess – die sogenannten Senior Official Meetings.
- Das neu geschaffene Sekretariat mit Generalsekretär ist für die Umsetzung der Projekte zuständig und soll die Sichtbarkeit nach außen hin erhöhen.
- Auch die aus dem Barcelona-Prozess stammende Euro-Mediterrane Parlamentarische Versammlung (EMPV) wurde als Institution der Union für das Mittelmeer weitergeführt.
- Schlussendlich funktioniert auch die Union für das Mittelmeer analog zur euro-mediterranen Partnerschaft anhand von Meetings, Workshops und Seminaren.

Diese Einordnung der Union für das Mittelmeer in die Kontinuität des Barcelona-Prozesses spiegelt nicht nur die Position der Kommission wider, sondern fand sich auch im Rapport d’experts (Institut pour la Méditerranée 2008), wo betont wurde, dass eine Verdoppelung von Strukturen vermieden werden sollte.

2. Entlang der kooperativen Ebene soll nun untersucht werden, ob Regeln und Umgangsformen, die auf eine Europäisierung schließen lassen, ausgemacht werden können.

a) Einfluss der europäischen Partner

Der Einfluss Deutschlands auf dieser Ebene war besonders stark. Deutschland kritisiert nicht nur, dass es nicht Teil der Union sein sollte, sondern auch die nicht vorhandene Abstimmung. Dies, so Schumacher, widersprach den „*commonly set standards and thus threatened to jeopardize the mutually accepted – and agreed practice of joint consultations and problem-solving*“ (Schumacher, 2008:14). Die fehlende Informationspolitik und die fehlende Absprache mit den restlichen Mitgliedern der EU wurde jedoch nicht nur von Seiten Deutschlands kritisiert, sodass Frankreich dazu überging, „*seine nationalen Interessen in europäische Politiken zu gießen und sich so der Kritik an einem nationalen Alleingang zu entziehen*“ (Heese, 2009:47). Diese Politik zeigt Erfolg, denn die Abstimmung mit den südeuropäischen Ländern Spanien und Italien lies die Kritik an einem französischen Alleingang leiser werden. (Vgl. ebd.)

Dieser Punkt zeigt, dass für die europäische Außenpolitik die Vermeidung von fixen Positionen ohne vorhergehende Beratung und die Information der Partner als zentrale Prinzipien der Zusammenarbeit angesehen werden. (Vgl. Smith 2004:106ff.) Das zu Beginn unilaterale Handeln Frankreichs wurde von den Partnern stark kritisiert, und zeigt, dass „*l'activisme non concerté n'existe pas dans la boîte à outils communautaire*“⁸¹ (Verluisse, 2010:2) In diesem Sinne wurde dem französischen Präsidenten eine „*leçon de savoir-vivre communautaire*“⁸² erteilt.

Allerdings muss die deutsch-französische Verstimmung noch nuanciert werden. So gab es auch eine innerfranzösische Verstimmung zwischen dem Präsidentenpalast und dem Außenministerium. Während der Präsident schon bald einsehen musste, dass sein Projekt zu idealistisch und in der Folge auch unrealistisch geworden war, stellten sich die Beamten des Außenministeriums hinter die europäische Linie. (Vgl. Verluisse 2010:3) Dieses Verhalten lässt den Schluss zu, dass sich im französischen Außenministerium durch die langjährige Zusammenarbeit vor allem auf Beamtenebene „*a unique set of [European] cooperative customs*“ (Smith 2004: 106) internalisiert hat.

Neben der Notwendigkeit der gegenseitigen Information und Beratung spielt auch die rotierende EU-Präsidentschaft eine wichtige Rolle im „Regelset“ der europäischen Außenpolitik. So wurde Frankreich vor allem von Deutschland darauf hingewiesen, dass „*it*

81 ...“*nicht abgestimmter Aktivismus im gemeinschaftlichen Werkzeugkasten nicht existiert*“

82 ...“*eine Lektion in Sachen gemeinschaftlichem Benehmen*“

was no good form for a country that was shortly to occupy the EU Presidency to pursue its national interests as opposed to the wider European agenda“ (Gillespie, 2008:280). Frankreich gelang es schlussendlich als *policy entrepreneur* (Delgado, 2011) mittels Kooperation mit den Partnern, Absprachen und Zugeständnissen zentrale Teile seines Plans (géometrie variable, Union der Projekte statt politischer Konditionalität, intergouvermentaler Zugang, Co-Präsidentschaft) durchzusetzen. So lässt sich in Bezug auf die UfM die französische Präsidentschaft trotz der Aktivitäten und Rhetorik des Präsidenten aus einer Perspektive der europäischen Außenpolitik als ein Erfolg verstehen, denn Frankreich gelang es seine Interessen mittels Verhandlungen und Zugeständnisse und nicht mittels Druck durchzusetzen (Delgado, 2011). Durch diesen schlussendlichen Übergang zu einem kooperativen Verhalten im Vergleich zu Beginn 2007 zeigt, dass eine Präsidentschaft der EU nur dann von den Partnern als positiv beurteilt wird, wenn gesamteuropäische Interessen vor die „special relationships“ gestellt werden und den anderen Ländern Platz für eine co-entrepreneurship gegeben wird. (Vgl. Delgado, 2011; Smith, 2004)

Dies zeigt, dass ein leadership-Verhalten innerhalb der Union durchaus möglich ist, allerdings muss dies in Absprache mit den Partnern einem *policy entrepreneur* gleich und nicht mittels unilateralem Verfolgen der eigenen Interessen geschehen.

b) Einfluss des *acquis méditerranéen*

Vor allem von Deutschland wurde auf die gemeinsame Verantwortung gegenüber der Region hingewiesen, was durchaus erstaunlich ist, da Deutschlands Interesse bisher eher den östlichen als den südlichen Nachbarn galt. (Vgl. Schumacher 2008: 14) Dennoch hat sich in den letzten Jahren auf Grund der euromediterranen Partnerschaft ein verstärktes Interesse der europäischen Staaten an der Region entwickelt. Dies gilt nicht nur für die südeuropäischen Staaten wie insbesondere Spanien, das durch den Barcelona-Prozess die Mittelmeerpolitik als ein europäisches Politikfeld ansieht und somit auch europäischen Besitzstand zu verteidigen hat. In diesem Punkt unterscheidet die Mittelmeerkonzeption Spaniens sich von jener Frankreichs, in der Mittelmeerpolitik durchaus ohne die anderen Partner gedacht wird. Hier zeigt vor allem das Engagement Finnlands, das die Mittelmeerpolitik 2006 auf die Agenda seiner Ratspräsidentschaft Ende 2006 setzte, dass die Teilnahme an der GASP zu einer Veränderung der Prioritäten in der nationalen Außenpolitik führen kann. (Vgl. Schmid, 2007:17) Dieses zunehmende Interesse an der Region kann also durchaus als Europäisierung gedeutet werden.

Zur Veranschaulichung werden die Ergebnisse dieser Analyse der Europäisierung der französischen, in der folgenden Tabelle noch einmal zusammengefasst.

Abbildung: Europäisierte Mittelmeerpolitik

	Europäische Partner und supranationale Organisationen	Acquis méditerranéen
Institutionelle Ebene	<ul style="list-style-type: none"> - Teilnahme der EU-27 - Keine zusätzliche Finanzierung - Abkoppelung vom Beitrittsprozess - Leitlinien und Inhalte der Projekte 	<ul style="list-style-type: none"> - Betonung der Wichtigkeit des acquis de Barcelone - Vier Körbe der EMP bleiben - Institutionen: <ul style="list-style-type: none"> - GemStA: Brüsselisierung - Hohe Funktionäre: Senior Officials - EMPV - Ablauf: meetings, Konferenzen, etc. Rolle der Kommission
Kooperative Ebene	<ul style="list-style-type: none"> - Kooperationsformen: <ul style="list-style-type: none"> - Keine fixen Positionen - Informationsaustausch - Gemeinsame Problemlösung - Keine Nationalen Alleingänge - Innerfranzösische Differenzen - Rotierende Präsidentschaft 	<ul style="list-style-type: none"> - Gemeinsame (europäische) Verantwortung für die Region - Interesse von anderen europäischen Staaten an der Region

4.7 Stand der Union für das Mittelmeer

Das angespannte internationale Umfeld erschwerte die Umsetzung der Union für das Mittelmeer im Jahr 2008/2009 wesentlich. Dazu zählen der Krieg zwischen Georgien und Russland im August 2008, der russisch-ukrainische Gasstreit und sowie die Intervention Israels im Gazastreifen im Winter 2008/2009. Durch diese Ereignisse rückten geopolitische und sicherheitspolitische Fragen wieder in den Vordergrund der europäischen Außenpolitik.

(Vgl. Lippert, 2010:163) „In diesem angespannten Umfeld konnte die auf funktionaler Kooperation, Diffusion von Werten und Sozialisierungseffekten beruhende ENP [und EMP] kaum greifen.“ (ebd.: 163)

Doch bereits vor der Bombardierung des Gazastreifens durch Israel waren die hohen Erwartungen, die durch den Gründungsgipfel von Paris geweckt worden waren, Ernüchterungen gewichen. Bereits im Vorfeld des Gipfels der Außenminister war es wie oben ausgeführt bezüglich der institutionellen Architektur, dem Sitz des Sekretariats und der Teilnahme der Arabischen Liga zu unterschiedlichen Auffassungen und Spannungen gekommen. Weiters fehlte es in der Folgezeit an politischem Nachdruck aber auch an finanziellen Mitteln, um die ausgewählten Projekte auf den Weg zu bringen. Der Gazakrieg brachte schließlich alle offiziellen Arbeiten wie die Errichtung des Sekretariats und die Durchführung der beschlossenen Projekte zum Erliegen. So war im März 2009 noch kein Generalsekretär ernannt worden, sodass der Europäische Rat dazu aufrief, die Vorarbeiten wieder aufzunehmen. In der Folge kam es zu einem Treffen der Umweltminister im Juni sowie einem Finanzministertreffen im Juli 2009 wobei jedoch darauf hinzuweisen ist, dass die meisten Länder lediglich Beamte oder Botschafter zu dem Treffen schickten. Trotz dieses Stillstandes kündigte die Kommission im Juli 2009 – ein Jahr nach der Gründung – zusätzliche 72 Millionen Euro für den Zeitraum 2009-2010 an, was bedeutet, dass für diesen Zeitraum 90 Millionen Euro an EU-Budget zur Verfügung stehen. (Vgl. Lippert, 2010:169)

Dass es mit der Union für das Mittelmeer auf Grund des politischen Klimas aber auch nicht zuletzt auf Grund eines fehlenden politischen Willens nur langsam voranging, zeigt auch der Bestellungsprozess des Generalsekretärs. Der Jordanier Ahmad Masa'deh begann schließlich im März 2010 seine Arbeit, nachdem er am 12. Jänner 2010 zum neuen Generalsekretär gewählt worden war. (Vgl. Sekretariat der UfM) Mit der Bestellung des Generalsekretärs konnte das Sekretariat als zentrale Instanz der Union endlich seine Arbeit aufnehmen.

Neben diesen Fortschritten auf der formellen Ebene bleibt die Bilanz aber mager. Dies lässt sich wie schon angedeutet auf den schwierigen internationalen Kontext zurückführen. Auch die internationale Finanzkrise sollte ihre Auswirkungen insbesondere auf die FDI in den MDL haben. Zusätzlich erschwert es diese, weitere Finanzmitteln für die Finanzierung der ausgerufenen Projekte aufzubringen. Außerdem fiel die israelische Militäration *Gegossenes Blei* vom 27. Dezember 2008 bis zum 18. Jänner 2009 genau in die Gründungsphase der Union für das Mittelmeer. Für Pierre Verluise ist diese Militäration Sinnbild dafür, wie sehr

der Nahostkonflikt die Politik der UfM bis in den sektoriellen Bereich hinein blockiert oder zumindest stark verlangsamt. So wurden alle für Jänner bis April 2009 vorgesehenen Treffen verschoben. Im Frühling konnte die Arbeit zuerst auf Ebene der Hohen Funktionäre und schließlich auf Ministerebene wieder aufgenommen werden. Dass die Spannung dennoch anhielt, zeigt die Weigerung des ägyptischen Außenministers im Rahmen eines Außenministertreffens auf den israelischen Außenminister Avigdor Lieberman zu treffen. (Vgl. Verluise, 2010:3f.) Auch im Mai 2010 war etwa ein Gipfel der UfM mit dem Thema Wasser auf Grund israelisch-palästinensischer Auffassungsunterschiede über „die besetzten Gebiete“ gescheitert. Daraufhin wurde ein für Juni 2010 angesetzter Gipfel der Staats- und Regierungschefs auf November verschoben. (Vgl. Le Monde 2010a) Auch die Erstürmung einer türkischen Hilfsflotte für Gaza durch israelisches Militär am 31. Mai 2010 trug sicher nicht zur Entspannung bei.

In Bezug auf die Projekte lässt sich laut Dorothée Schmid ein sehr ungleicher Fortschritt ausmachen. Während die Meeresautobahnen vom Tisch sind, werden in vielen anderen Themenbereichen zahlreiche Seminare und Expertentagungen abgehalten. (Vgl. Schmid, 2009) Generell werfen die Projekte der UfM im Vergleich zu den euromed Programmen die Frage nach ihrem innovativen Charakter auf. Außerdem bleibt trotz einer Erhöhung des Budgets von Seiten der EU Kommission die Frage nach der Finanzierung der Projekte nicht vollkommen geklärt. Verluise wirft hier etwa die Frage auf, welches Interesse etwa die Golfstaaten hätten, sich an euromediterranen Projekten zu engagieren, wenn die Europäische Union und insbesondere die Europäische Kommission weiterhin an großen Einfluss bewahren? (Vgl. Verluise, 2010:4)

Am 26. Mai 2010 wurde schließlich die Gründung des Investitionsfond „Inframed“ verkündet. Der Fonds sieht 383 Million Euro, die von Frankreich, Italien, Marokko, Ägypten sowie der Europäischen Investitionsbank zur Verfügung gestellt wurden für die Projekte der UfM vor.⁸³

Der für November 2010 geplante zweite Gipfel der Staats- und Regierungschefs wurde schließlich neuerlich auf Grund „*le blocage actuel du processus de paix au Proche-Orient*“⁸⁴ (Le Monde 2010b) verschoben. Dieser war bereits einmal in Folge der Erstürmung einer türkischen Hilfsflotte verschoben worden. Trotz intensiver diplomatischer Bemühungen von

⁸³ Vgl. http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/europe_828/union-europeenne-%20%20monde_13399/relations-exterieures_853/union-pour-mediterranee_17975/upm-lancement-du-fonds-investissement-inframed-26.05.10_82596.html (zuletzt am 15. Juni 2011)

⁸⁴ „Der aktuellen Blockade des Friedensprozess im Nahen Osten“

Seiten Frankreichs, Spaniens und Ägypten hatte die Wiederaufnahme Israels des Baus von Siedlungen in den besetzten Gebieten zu einer erneuten diplomatischen Blockade geführt. Bei der neuerlichen Verschiebung des Gipfels handelt es sich um einen schweren Schlag für die UfM. Auch wenn es langsam gelingt konkrete Projekte (Wasser, Säuberung des Mittelmeers, Umwelt, Transport) voran zu treiben, so zeigen die ersten drei Jahre, dass die UfM von einer Enttäuschung zur nächsten wandert, was sich in erster Linie auf den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern zurück führen lässt. (Vgl. Le Monde 2010b) In diesem Sinne kann hier von keiner „rupture“ gegenüber der euro-mediterranen Partnerschaft gesprochen werden.

Nur ein Jahr nach seinem Amtsantritt – am 27. Jänner 2011 – kündigte der Generalsekretär der UfM Ahmad Massa'deh seinen Rücktritt an, denn *"les conditions dans lesquelles il avait accepté (ce poste) avaient changé"*⁸⁵ (Le Figaro 2011). Dies fiel genau in die sensible Phase der Umbrüche in der arabischen Welt, auf die unten noch kurz eingegangen wird. Es kann jedoch angenommen werden, dass die von Massa'deh angesprochenen Veränderungen, nicht nur die Veränderungen in Nordafrika ansprechen, sondern die Gründe für seinen Rücktritt tiefer liegen. Vielmehr hat auch die Blockade des Nahostkonfliktes zu einer Blockade der UfM geführt. Zum Zeitpunkt der Gründung der Union befanden sich die Beziehungen zwischen den Ländern der Region jedoch in einer Entspannungsphase (indirekte Gespräche zwischen Israel und Syrien, Wahl eines Präsidenten im Libanon, Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas sowie Verhandlungen über Austausch von Gefangenen zwischen Israel und der Hisbollah). Zum aktuellen Zeitpunkt ist die UfM jedoch durch den Konflikt paralyisiert, wie etwa die zweifache Verschiebung des Gipfels der Staats- und Regierungschefs zeigt. (Vgl. Le Monde 2011) Bis zum Amtsantritt des Marokkaners Youssef Amrani im Juli 2011 übernimmt Dr. Lino Cardarelli den Posten auf interimistischer Basis. (Vgl. Sekretariat der UfM)

Nun soll noch kurz auf die Umbrüche in der arabischen Welt, die in **Tunesien** mit der Selbstverbrennung des 26jährigen Mohamed Bouazizi am 17 Dezember 2010 ihren Anfang genommen hatten, und ihre Auswirkungen auf die UfM eingegangen werden.

In **Tunesien** flüchtet am 14. Jänner 2010 der tunesische Präsident Ben Ali nach ungefähr einem Monat der Demonstrationen – einen Tag nachdem er seinen Rücktritt für 2014 angekündigt hatte – nach Saudia Arabien und übergibt die Regierungsmacht an den Premierminister Mohammed Ghannouchi. Am 20. Juni beginnt der Prozess Ben Alis in Abwesenheit des ehemaligen Präsidenten.

85 „die Bedingungen unter denen ich [diesen Posten] angenommene hab, haben sich geändert“

In **Ägypten** kommt es am 25. Jänner zu ersten Demonstrationen mit der Forderung nach einem Rücktritt Hosni Mubaraks. Am 1. Februar erklärt Mubarak, dass er kein sechstes Mandat anstrebt. Am 10. Februar übergibt Mubarak, nachdem bekannt wurde, dass sein Sohn nicht sein Nachfolger werde, dem Vizepräsident Omar Suleiman die Macht. Am 11. Februar gibt Suleiman den Rücktritt Mubaraks bekannt. Die Armee unter Mohammed Hussein Tantawi, Vorsitzendem des Obersten Rats der Streitkräfte verkündigen nach der Auflösung des Parlaments und der Aussetzung der Verfassung die Sicherung des Übergangs bis zur Abhaltung von Wahlen im Herbst 2011. Am 13. April werden Mubarak sowie zwei seiner Söhne für zwei Wochen inhaftiert, um die Frage nach der Anwendung von Gewalt gegen Demonstranten zu untersuchen.

In **Jemen** kommt es am 27. Jänner 2011 ebenfalls zu Protesten gegen Präsident Ali Abdallah Saleh, der sich durch eine Verfassungsänderung 2013 wieder wählen lassen will. Ende Mai kommt es nach tödlichen Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten nun auch zu Kämpfen zwischen Unterstützern des Stammeschefs Sadek Al-Ahmar und Sicherheitskräften. Am 3. Juni wird Präsident Salah bei einer Explosion verletzt und in ein Krankenhaus in Riyad gebracht.

In **Jordanien** kommt es zu Beginn Februar 2011 nach Demonstrationen gegen die Erhöhung der Lebensmittel- und Benzinpreise zu einem Wechsel des Premierministers. Im März kündigt König Abdallah nach erneuten Protesten an sich hinter den Reformprozess zu stellen. Auch in **Bahrain** kommt es im Februar 2011 trotz Verbotes zu Demonstrationen. Nach vier Tagen schießt die Polizei auf Demonstranten. Die Forderungen nach einer konstitutionellen Monarchie mittlerweile lauter. Mitte März schickt Saudia Arabien unter Berufung auf das Verteidigungsabkommen zwischen den Mitgliedern des Golfkooperationsrates 1000 Soldaten zur Niederschlagung der Proteste.

In **Libyen** kommt es vom 15.-17. Februar in Benghazi zu ersten Widerständen gegen das Regime. Als der UN-Sicherheitsrat am 26. März Sanktionen, die ein Waffenembargo, Kontosperrn und Reiseverbote für führende Mitglieder des Regimes beinhalten, beschließt, erklärt der libysche UN-Botschafter seine Unterstützung für den mittlerweile gegründeten Nationalen Übergangsrat. Anfang März rückt die libysche Armee gegen Benghazi vor. Washington stellt sich hinter die französisch-britische Forderung nach einer militärischen Intervention. Im Rahmen des Gipfels von Paris am 19. März 2011 werden unter europäischer, arabischer und nord-amerikanischer Beteiligung militärische Ziele für den Luftschlag ausgemacht. In der Folge übernimmt die NATO von den USA die Führung über die Luftangriffe gegen das Regime.

Auch in **Marokko** und im **Oman** kommt es zu Demonstrationen

In **Syrien** kommt es Mitte März erneut zu Protesten gegen das Regime. Am 20. März wird das Hauptquartier der Baath-Partei in Deraa angezündet und das Ende des Ausnahmezustandes gefordert. In der Folge nimmt die Repression des Regimes zu. Entgegen der Erwartungen hebt Präsident Bachar Al-Assad im Rahmen einer Fernsehansprache am 30. März den Ausnahmezustand nicht auf, sondern beschuldigt eine „Minderheit“ Chaos zu verbreiten. Am 9. April eröffnen Sicherheitskräfte in Lattaquié und Deraa das Feuer. Am 14. April wird eine neue Regierung ernannt. Am darauf folgenden Tag kommt es zu ersten Demonstrationen in Damaskus. Am 21. April wird das Notstandsgesetz aufgehoben und pazifistische Demonstrationen werden gestattet. Am 25. und 26. April marschieren jedoch syrische Truppen in Deraa ein. Ende Mai verkündet der Präsident eine Generalamnestie, der von Seiten der sich in der Türkei befindenden Opposition kein Glauben geschenkt wird. (Vgl. Le Monde 2011a; Le Monde 2011b). Zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Arbeit sollte sich die Lage weiterhin verschärfen.

Die Reaktion der Europäischen Union auf die Umbrüche in der arabischen Welt lies auf sich warten. Zu Beginn verharrte die Union in Schweigen. (Vgl. Möller, 2011:46) Auch Frankreich hielt noch lange am tunesischen Präsidenten Ben Ali fest. (Vgl. Die Zeit 2011)

Am Europäischen Rat in Brüssel am 4. Februar 2011 wurde schließlich beschlossen, den demokratischen Übergangsprozess zu unterschützen. Außerdem zeigte sich der Europäische Rat in der „Declaration on Egypt and the region“

„committed to a new partnership involving more effective support in the future to those countries which are pursuing political and economic reforms including through the European Neighbourhood Policy and the Union for the Mediterranean.“ (Rat der Europäischen Union 2011: 14)

Welche genauen Auswirkungen die Umbrüche in Nordafrika und im Nahen Osten für die Mittelmeerpolitik und insbesondere auf die Union für das Mittelmeer haben, kann auf Grund der Aktualität und der Nichtabgeschlossenheit der Ereignisse nur spekuliert werden. Fest steht, dass mit dem Abtritt von Ben Ali und Hosni Mubarak „*die Säulen [...] der „Mittelmeerunion“ :[...] vom Volk [weggeputzt]*“ (Die Zeit 2011) wurden. Zusätzlich ist der UfM mit Hosni Mubarak der Co-Präsident abhanden gekommen.

5 Conclusio und Ausblick

In diesem abschließenden Teil sollen kurz die Ergebnisse der Arbeit zusammengefasst werden. Daraus werden Schlüsse für die französische Mittelmeerpolitik sowie die Gemeinsame Außenpolitik der EU gezogen. Außerdem werden die Hypothesen überprüft.

5.1 Zusammenfassung der Ergebnisse

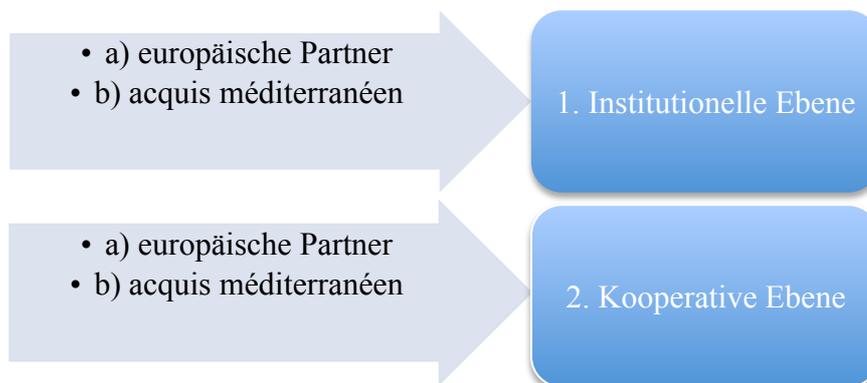
Zu Beginn dieser Arbeit wurde die Institutionalisierung der europäischen Mittelmeerpolitik nachgezeichnet. An dieser Stelle sollen nicht die einzelnen Entwicklungsschritte erneut wieder gegeben werden, sondern vielmehr werden die zentralen Linien der gemeinschaftlichen Mittelmeerpolitik aufgezeigt:

- Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Mittelmeerdriftländern (MDL) werden durch eine **Asymmetrie zwischen den beiden Ufern** gekennzeichnet. Diese Asymmetrie findet sich in der ungleichen Anzahl an Teilnehmern, einem unterschiedlichen Grad an Institutionalisierung aber auch in sozioökonomischen Grunddaten wieder. In der Folge nimmt die EU die dominierende Position ein.
- Die Mittelmeerpolitik wird auch auf europäischer Ebene **auf der bilateralen Ebene** (ENP) **als auch auf der regionalen Ebene** (EMP) verfolgt.
- Die Entwicklung der europäischen Mittelmeerpolitik und deren inhaltliche Ausweitung steht im **direkten Zusammenhang mit der Entwicklung der außenpolitischen Instrumente** und der zunehmenden Koordinierung der nationalen Außenpolitiken.
- Weiters charakteristisch für die europäische Mittelmeerpolitik ist der **Verweis auf die östliche Nachbarschaft der Union**. In einem innereuropäischen Interessensausgleich wird versucht sowohl finanzielle Ressourcen als auch die Aufmerksamkeit zwischen den beiden Regionen auszubalancieren.
- Außerdem prägen **innereuropäische Interessensdivergenzen, Perzeptionsunterschiede und Rivalitäten** die Mittelmeerpolitik.
- Der **Nahostkonflikt** wirkt maßgeblich auf die europäische Mittelmeerpolitik ein und hat in den letzten Jahren so manchen Fortschritt verhindert.
- Zuletzt hat der **Zielkonflikt zwischen Stabilität und Demokratie** Diskrepanzen zwischen Rhetorik und Praxis entstehen lassen.

Nach der Analyse der europäischen Mittelmeerpolitik wurde der Europäisierung der französischen Mittelmeerpolitik nachgegangen. Dazu wurde die 2007 vom späteren französischen Staatspräsidenten vorgeschlagene Mittelmeerunion mit der 2010 gegründeten Union für das Mittelmeer, dem Kompromiss mit den anderen Mitgliedern der EU, verglichen.

Im Kapitel 2 Theoretischer Zugang war dazu der Zugang der Europäisierung der Außenpolitik erarbeitet und diskutiert worden. Dieser wurde schließlich für die Analyse des Vergleiches zwischen dem ursprünglichen Vorschlag der Mittelmeerunion und der Union für das Mittelmeer herangezogen. Die Europäisierung der französischen Idee wurde schließlich im Kapitel 4.6 Eine europäisierte Mittelmeerpolitik? entlang der institutionellen und der kooperativen Ebene untersucht. Auf jeder der beiden Ebenen wurde dem Einfluss der europäischen Partner als auch des *acquis méditerranéen* nachgegangen.

Abbildung: Veranschaulichung der Europäisierungsanalyse



Die einzelnen inhaltlichen Punkte dieser Europäisierungsanalyse finden sich in der **Abbildung Europäisierte Mittelmeerpolitik** (130). Zusammenfassend kann jedoch gesagt werden, dass die europäischen Partner nicht gewillt waren, einen französischen Alleingang zu akzeptieren und in ihrer Argumentation immer auf die gemeinsamen Normen der Gemeinsamen Außenpolitik verwiesen: Information und Kooperation. Dieser heftige Verweis auf diese Verhaltensweisen, lässt den Schluss zu, dass eine **Europäisierung der nationalen Außenpolitiken** stattfindet. Frankreich änderte schlussendlich sein Verhalten von einem unilateralen leadership hin zu einem policy entrepreneur, der die europäische Mittelmeerpolitik durch Kooperation, Verhandlung und Zugeständnisse vorantrieb.

Außerdem kann festgehalten werden, dass eine **Europäisierung der französischen Mittelmeerpolitik** stattfand, denn

„nationale Politik [wurde] unter Berücksichtigung europäischer Interessen betrieben [...] bzw. eine Angleichung der Sichtweisen und Handlungsstrategien [wurde] erfolgt“ (Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt, 2004:285).

Welche Schlüsse lässt diese Analyse der Europäisierung der Union für das Mittelmeer nun für die französische Mittelmeerpolitik zu?

- Multilaterale französische Mittelmeerpolitik muss im Gegensatz zu bilateralen Beziehungen oder Abkommen in Absprache mit den europäischen Partnern stattfinden.
- Die französische Mittelmeerpolitik wird weiterhin von der Dialektik zwischen multilateraler Zusammenarbeit und unilateralem leadership geprägt. Allerdings gilt es in Zukunft zu versuchen, dieses leadership innerhalb der EU mittels policy entrepreneurship durch Austausch, Zusammenarbeit und Zugeständnissen zu festigen.
- Das Mittelmeer rückt wieder verstärkt in das Interesse der französischen Außenpolitik.

Welche Schlüsse können aus der Europäisierung der Mittelmeerpolitik für das Außenverhalten der EU gezogen werden?

- Staaten ohne traditionelle „Mittelmeerausrichtung“ zeigen mehr Interesse an der Region.
- Die Mittelmeerpolitik wird als europäisiertes Politikfeld angesehen, in dem nationale Alleingänge insbesondere in Bezug auf multilaterale/regionale Zusammenarbeit nicht gern gesehen werden.
- Leadership innerhalb der GASP ist möglich, jedoch nur in Form von policy entrepreneurship und nicht durch unilaterales Vorfolgen nationaler Interessen.

5.2 Überprüfung der Hypothesen

Nationale Handlungsmöglichkeiten

4) *Welche Ziele verfolgt Nicolas Sarkozy mit der Präsentation der Idee der Union für das Mittelmeer?*

- Welche Motivationen lassen sich aus einer historischen Perspektive ableiten?*
- Wann wird ein auf wenige Teilnehmer beschränkter restriktiver Zugang gewählt und wann ein offener?*

H1) Abgesehen von der Situation des Wahlkampfes und der Möglichkeit Stimmen durch die Verknüpfung Mittelmeerraum-Innenpolitik-Sicherheit gewinnen, birgt das Projekt die Möglichkeit eine leadership Position im Mittelmeer zu wahren bzw. wiederherzustellen. Diese leadership Position beinhaltet eine erhöhte Wahrscheinlichkeit der Durchsetzung der französischen Interessen und Vorstellungen, eine hervorgehobene Stellung der französischen Sprache im Mittelmeerraum sowie eine Sicherung der Energieversorgung.

Der restriktivere Zugang wird gewählt, wenn die Durchsetzung der Interessen auf dieser Ebene als wahrscheinlicher gilt, da mit weniger Teilnehmer die Findung von gemeinsamen Positionen und Lösungen vereinfacht wird.

Ad H1) Betreffende den Motivationen hat die H1 sich als zutreffend herausgestellt. Allerdings muss bezüglich der Wahl des Zuganges festgestellt werden, dass die europäischen Partner den offeneren Zugang einforderten und ein außenpolitisches Projekt, das nicht alle Länder der EU inkludierte, ablehnten.

Europäisierung der Mittelmeerpolitik

- 5) *Warum haben die anderen Mitglieder der Union negativ auf das Projekt reagiert?*
 - a. *Wie lassen sich diese Reaktionen erklären?*
 - b. *Welche Änderungen wurden unternommen, um einen Kompromiss zu sichern?*

H2) Die Kritik bezog sich vor allem auf das „Nicht-informiert-wordsen-sein“ sowie auf die „Nicht Integration der Nichtmittelmeeranrainer“. Dies lässt sich durch die Erwartungen erklären, die an die GASP gestellt werden: Information und Kooperation. In diesem Sinne scheint auch die Mitgliedschaft nur von Teilen der EU in einer anderen außenpolitischen Gemeinschaft unmöglich. Schlussendlich wurde ein Kompromiss gefunden, in dem alle EU-27 als Mitglieder in die UfM inkludiert, gleichzeitig aber strittige Themenfelder wie Sicherheit und Migration ausgeklammert wurden.

Ad H2: Hypothese 2 hat sich als zutreffend erwiesen.

- 6) *Findet/Fand einer Europäisierung der französischen Mittelmeerpolitik statt?*
 - a. *Warum wurde die Mittelmeerunion in den Barcelona-Prozess integriert?*
 - b. *Findet sich die französische Mittelmeerpolitik in der europäischen wieder?*

H3) Nach den Verweisen der Partner auf die Verhaltensnormen Kooperation und Information in der gemeinsamen Außenpolitik musste Frankreich einlenken und einer Integration der

Union für das Mittelmeer in den Barcelona Prozess zustimmen. Die zentrale Unterscheidung zwischen französischer und europäischer Mittelmeerpolitik liegt in der französischen Vorstellung „berufen“ zu sein, sich eine leadership Position in der Region aufzubauen, die sich paradoxerweise aus der kolonialen Tradition heraus erklären lässt.

Ad H3) Auch Hypothese Drei hat sich als zutreffend erwiesen. Allerdings muss noch hinzugefügt werden, dass Frankreich einige seiner Interessen (géometrie variable, Union der Projekte statt politischer Konditionalität, intergouvermentaler Zugang, Co-Präsidentschaft) durchsetzen konnte. Europäisierung bedeutet in diesem Fall also nicht, dass sich die Mehrheit der Staaten durchsetzt, sondern dass die Diskussion auf die europäische Ebene verlegt wird.

5.3 Ausblick

Die Diskussion um die Union für das Mittelmeer hat zwar das Mittelmeer wieder auf die europäische Agenda gebracht, dennoch wurde im Rahmen der Gründung der UfM eine grundlegende Analyse der Probleme der Region sowie Entwicklungsmöglichkeiten oder Reformansätze für die Europäische Mittelmeerpolitik versäumt. Auch die Einbindung der MDL in den Gestaltungsprozess muss als unzureichend bezeichnet werden. Zusätzlich muss in Bezug auf die bisherige europäische Mittelmeerpolitik betont werden, dass vor allem in der bisher auf den Sicherheitsaspekt reduzierten humane Komponente der euro-mediterranen Partnerschaft enormes Potential für ein tatsächliches „Zusammenwachsen der beiden Ufer“ steckt.

Dass die Gründung der UfM der europäischen Mittelmeerpolitik nicht den nötigen Elan einhauchen konnte, hat vor allem der Blick auf den aktuellen Stand der UfM gezeigt. Dieser macht auch deutlich, wie anfällig die Europäische Mittelmeerpolitik für eine Blockade durch den Nahostkonflikt ist. Im Zeitraum von Jänner bis April 2009 wurden auf Grund der israelischen Militäraktion im Gazastreifen alle Sitzungen verschoben. Der geplante Zwei-Jahres Gipfel der Staats- und Regierungschefs hat noch immer nicht stattgefunden. Der Generalsekretär Massa'deh nahm erst im März 2010 – also fast zwei Jahre nach der Gründung der UfM – seine Arbeit auf. Bereits im Jänner 2011 – mitten in der sensiblen Phase der Umbrüche in Nordafrika – legte er seinen Posten zurück. Die Dauer der Bestellung des Generalsekretärs ist nur ein Sinnbild für die zugrundeliegende Blockade der UfM.

Auch in Bezug auf die Umbrüche in der Arabischen Welt gab es keine Reaktionen von Seiten des Sekretariats der UfM, denn selbst die EU verharrte zu Beginn in Schweigen. Wie sich

diese auf die Zusammenarbeit zwischen Europa und den Maghreb- und Maschrekstaaten auswirken werden, kann zu diesem Zeitpunkt nur spekuliert werden. Allerdings haben sie gezeigt, dass die EU - trotz wie diese Arbeit gezeigt hat zunehmender Europäisierung - (noch) nicht in der Lage ist, außenpolitisch gemeinsam und rasch zu reagieren.

6 Literatur

6.1 Literaturquellen

Aliboni, Roberto/Ahmed Driss/Tobias Schumacher/Alfred Tovis. (2008). Putting the Mediterranean Union in Perspective. EuroMesSCo Paper 68.
online: <http://www.euromesco.net/images/paper68eng.pdf> (accessed 19. November 2009).

Aliboni, Roberto/George Joffe/Erwan Lannon/Azzam Mahjoub/Abdallah Saaf/Alvaro de Vasconcelos. (2008). Union for the Mediterranean. Building on the Barcelona acquis, in: No.01, ISSReport.
online http://www.iss.europa.eu/nc/fr/actualites/actualite/select_category/35/article/union-for-the-mediterraneanbrbuilding-on-the-barcelona-iacquisi/?tx_ttnews%5BpS%5D=1230764400&cHash=7127b7fad2 (accessed 15th of June 2011).

Alecu de Flers, Nicole (2007). National adaptation to the Common Foreign and Security Policy (CFSP) of the EU? The effects of the CFSP on the foreign policies of Ireland and Austria. Dissertation. Universität Wien. Wien.

Aligieri, Franco/Simone Weske (2006). Assoziierungs- und Kooperationspolitik, in: Weidenfeld, Werner/Wolfgang Wessels (Hrsg.). Europa von A-Z. Taschenbuch der europäischen Integration. Nomos. Baden - Baden. 65 - 68.

Auel, Katrin (2005). Europäisierung nationaler Politik, in: Bieling, Hans-Jürgen/Marika Lerch (Hrsg.). Theorien der europäischen Integration. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. 293 - 318.

Asseburg, Muriel (2005). "Barcelona Plus 10". Gescheiterter Aufbruch in der Euromediterranen Partnerschaft. SWP-Aktuell 2005/ A 57.

Bache, Ian/Stephen George (2006). Politics in the European Union. 2nd edition. Oxford University Press. Oxford/ New York.

Balfour, Rosa (2009). The Transformation of the Union for the Mediterranean Mediterranean Politics 14:1, 99 - 105.

Balfour, Rosa/Dorothee Schmid. (2008). Union for the Mediterranean, disunity for the EU?
online: http://www.epc.eu/TEWN/pdf/235206674_Union%20for%20the%20Mediterranean.pdf (accessed 19. November 2009).

Barbé, Esther (2007). L'UE et son voisinage en Méditerranée, in: Rupnik, Jacques (Hrsg.). Les banlieues de l'Europe. Les politiques de voisinage de l'Union européenne. Sciences Po. Les Presses. Paris. 151 - 173.

Benkö, Arad (2000). Die Mittelmeerpoltik der Europäischen Union. Arbeitspapier. Politik, Österreichisches Institut für Internationale. Wien.

Berdar, Christophe (2007). L'avènement de la politique méditerranéenne globale de la CEE. Relations internationales 2007/2:n°130, 87-109.

- Bicchi, Federica (2007).* European Foreign Policy Making Toward the Mediterranean., Europe in Transition: The NYU European Studies Series. Palgrave Macmillan. New York.
- Bodenstein, Thilo/Mark Furness (2009).* Separating the Willing from the Able: Is the European Union's Mediterranean Policy Incentive Compatible? *European Union Politics* 10:3, 381 - 401.
- Brauch, Hans Günter/Antonio Marquina/Abdelwahab Biad (2000).* Euro-Mediterranean Partnership for the 21st Century. Macmillan/ St. Martin's Press. London/ New York.
- Braudel, Fernand (1966).* La Méditerranée et le monde méditerranéen à l'époque de Philippe II. Librairie Armand Collin. Paris.
- Bull, Hedley (1995).* The Anarchical Society. A Study of Order in World Politics. 2. Auflage. London.
- Calleya, Stephen C. . (2000).* Is the Barcelona Process Working? EU Policy in the Mediterranean. ZEI Discussion Paper C75.
online: http://www.zei.de/zei_deutsch/publikation/publ_zeic_dp.htm (accessed 20. Jänner 2011).
- Carlsnaes, Walter (2007).* European Foreign Policy, in: Joergensen, Knud Erik/Mark Pollack/Ben Rosamond (Hrsg.). Handbook of European Union Politics. Sage. London. 545 - 561.
- Chartouni-Dubarry, May (1995).* Frankreich und die arabische Welt: Eine Neuorientierung auf das westliche Mittelmeer und den Maghreb, in: (CIRAC), Centre d'Information et de Recherche sur l'Allemagne Contemporaine/Deutsch-Französisches Institut/Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)/Institut Français des Relations Internationales (IFRI) (Hrsg.). Handeln für Europa. Deutsch-französische Zusammenarbeit in einer veränderten Welt. Leske + Budrich. Opladen. 181 - 190.
- Chérigui, Hayète (1998).* La politique arabe de la France : de la centralité à l'effacement du Maghreb. *Annuaire de l'Afrique du Nord*. Volume 35. 295-326.
——— (1997). La politique méditerranéenne de la France: entre diplomatie collective et leadership. L'Harmattan. Paris.
- Delgado, Mireia (2011).* France and the Union for the Mediterranean: Individualism vs. Cooperation. *Mediterranean Politics* 16:1, 39 - 57.
- Demmelhuber, Thomas (2009).* EU-Mittelmeerpolitik und der Reformprozess in Ägypten. Von der Partnerschaft zur Nachbarschaft. , Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Rheinischen Friedrich- Wilhelms-Universität Bonn. Nomos. Baden-Baden.
- Erdle, Steffen. (2009).* Die Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Europäischen Union und den südlichen Mittelmeerstaaten - eine neue Säule der europäischen Außenbeziehungen?, in: Hrbek, Rudolf/Hartmund Marhold (Hrsg.). Der Mittelmeerraum als Region. Beiträge einer gemeinsamen Tagung des Centre international de Formation européenne (CIFE) und des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung in Tübingen vom 15. bis 17. Oktober in Nizza. Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung. Tübingen. 93 - 119.

- . (2007). Die europäische Nachbarschaftspolitik. Ein Motor für Reformen im Mittelmeerraum? KAS-Auslandsinformationen, 4/07.
- online: <http://www.kas.de/wf/de/33.11126/> (accessed 1. Februar 2011).
- Emerson, Michael* (2008). Making sense of Sarkozy's Union for the Mediterranean. CEPS Policy Brief 155:March 2008.
- Filzmaier, Peter/Leonore Gewessler/Othmar Höll/Gerhard Mangott (Hrsg.)* (2006). Internationale Politik. Eine Einführung UTB WUV. Wien.
- Gaedtke, Jens-Christian* (2009). Europäische Außenpolitik. UTB Schöningh. Paderborn.
- GIGA, German Institute of African Affairs* (1970). Die Assozierung der Maghrebstaaten im Lichte einer Mittelmeerpolitik der Europäischen Gemeinschaften. *Africa Spectrum* 5:3, 27 -41.
- Gillespie, Richard* (2008). A "Union for the Mediterranean" ... or for the EU? *Mediterranean Politics* 13:2, 277-286.
- Ginsberg, Roy H.* (2001). The European Union in International Politics. Baptism by Fire. Rowman & Littlefield Publishers. Lanham/Boulder/New York/Oxford.
- Gomez, Ricardo* (2003). Negotiation the Euro-Mediterranean Partnership. Strategic Action in EU Foreign Policy? Ashgate. Hampshire.
- Hartwig, Ines* (2009). Die Schwarzmeerwirtschaftskooperation - Fortschritt oder Stillstand?, in: Hrbek, Rudolf/Hartmut Marhold (Hrsg.). Der Mittelmeerraum als Region. Beiträge einer gemeinsamen Tagung des Centre international de Formation européenne (CIFE) und des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung in Tübingen vom 15. bis 17. Oktober in Nizza. Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung. Tübingen. 120 - 139.
- Hasenpflug, Hajo* (1979). Die EG-Außenbeziehungen. Stand und Perspektiven. Verlag Weltarchiv. Hamburg.
- Heese, Benjamin* (2009). Die Union für das Mittelmeer. Zwei Schritte vor, einen zurück?, Region - Nation - Europa. LIT. Münster.
- Henry, Jean-Robert* (2010). Les représentations de la Méditerranée, Intervention, le 26 aout 2010 à "La Méditerranée, mère d'humanité d'une rive à l'autre." Université d'été assomptioniste. Paris.
- (2008). La nouvelle question méditerranéenne. *Questions internationales* 31.82 - 92.
- Hill, Christopher* (1998). Convergence, Divergence and Dialectics: National Foreign Policies and the CFSP, in: Zielonka, Jan (Hrsg.). Paradoxes of European Foreign Policy. Kluxer Law International. The Hague/London/Boston. 35 - 51.
- (1993). The Capability-Expectations Gap, or Conceptualising Europe's Foreign Policy. *Journal of Common Market Studies* 31:3, 305 - 328.
- Hrbek, Rudolf/Hartmut Marhold (Hrsg.)* (2008). Der Mittelmeerraum als Region. Occasional Papers Nr. 35 Selbstverlag: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung. Tübingen.

- Huntzinger, Jacques (2009)*. La Méditerranée d'une rive à l'autre. Entretien avec Jacques Huntzinger. Questions internationales n° 26: La Méditerranée. Un avenir en question. Documentation française.
- Jacobs, Andreas (2003)*. Problematische Partner. Europäisch-arabische Zusammenarbeit 1970-1998. Jäger, Thomas/Werner Link/Carlo Masala/Ralf Roloff, Kölner Arbeiten zur Internationalen Politik. SH-Verlag. Köln.
- (2000). Sicherheit durch Kooperation? Die Euro-Mediterrane Partnerschaft, in: Jacobs, Andreas/Carlo Masala (Hrsg.). Hannibal ante portas? Analysen zur Sicherheit an der Südflanke Europas. Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden. 178 - 200.
- Jünnemann, Anette (2009)*. Zwei Schritte vor, einer zurück: Die Entwicklung der europäischen Mittelmeerpolitik von ersten Assoziierungsabkommen bis zur Gründung einer "Union für das Mittelmeer", in: Hrbek, Rudolf/Hartmund Marhold (Hrsg.). Der Mittelmeerraum als Region. Beiträge einer gemeinsamen Tagung des Centre international de Formation européenne (CIFE) und des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung in Tübingen vom 15. bis 17. Oktober in Nizza. Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung. Tübingen. 26 - 59.
- (1999). Europas Mittelmeerpolitik im regionalen und globalen Wandel: Interessen und Zielkonflikte, in: Zippel, Wulfdiether (Hrsg.). Die Mittelmeerpolitik der EU. Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden. 29 - 63.
- Keßler, Ulrike (2007)*. 40 Jahre EU-Afrikapolitik - ein Rückblick, in: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela/Siegmar Schmidt/Corina Schukraft/Ulrike Keßler/Gieg Philipp (Hrsg.). Die Afrikapolitik der Europäischen Union. Neue Ansätze und Perspektiven. Verlag Barbara Budrich. Opladen & Farmington Hills. 17 - 92.
- Khader, Bichara (2009)*. L'Europe pour la Méditerranée. De Barcelone à Barcelone (1995-2008). L'Harmattan. Paris.
- Khalatbari, Babak (2004)*. Naher Osten, Nordafrika und die EU im 21. Jahrhundert . Die euro-mediterrane Partnerschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit., Studien zur Internationalen Politik. Dt. Univ.-Verl. Wiesbaden.
- Knodt, Michèle/Sebastiaan Princen (2003a)*. Understanding the EU's External relations. The move from actors to processes, in: Knodt, Michèle/Sebastiaan Princen (Hrsg.). Understanding the EU's External relations. Routledge. London. 195 - 208.
- (Hrsg.) (2003b). Understanding the European Union's External Relations Routledge/ECPR Studies in European Political Science. New York.
- Kohler-Koch, Beate/Thomas Conzelmann/Michèle Knodt (2004)*. Europäische Integration - Europäisches Regieren. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- Krell, Gert (2004)*. Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen. 3. erweiterte Auflage. Nomos. Baden-Baden.
- Labouret, Vincent (1971)*. Politique méditerranéenne de la France. Politique étrangère n° 5-6. 489 - 499.
- Ladrech, Robert (1994)*. Europeanization of Domestic Politics and Institutions: The Case of France. Journal of Common Market Studies 32:1, 69 - 88.

- Lippert, Barbara* (2010). Europäische Nachbarschaftspolitik, in: Weidenfeld, Werner /Wolfgang Wessels (Hrsg.). Jahrbuch der Europäischen Integration 2009. Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden. 163 - 174 .
- (2008). European Neighbourhood Policy: Many reservations – some progress – uncertain prospects .
online: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/05426.pdf> (accessed 17. November 2009).
- Luciani, Giacomo* (1984). The Mediterranean Region. St. Martin's Press. New York.
- Masala, Carlo*. (2000). Die Euro-Mediterrane Partnerschaft. Geschichte - Struktur - Prozeß. C68.
online: http://www.zei.de/download/zei_dp/dp_c68_masala.pdf (accessed 20. Jänner 2010).
- (2003). Der Blick nach Süden? Die NATO im Mittelmeerraum (1990-2003). Fallstudie zur Anpassung militärischer Allianzen an neue sicherheitspolitische Rahmenbedingungen. Kühhardt, Prof. Dr. Ludger, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden.
- Masala, Carlo/Andreas Jacobs* (Hrsg.) (2000). Hannibal ante portas? Analysen zur Sicherheit an der Südflanke Europas Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden.
- Möller, Almut* (2011). Weniger ist mehr. Was bei einer Reform der EU-Mittelmeerpolitik berücksichtigt werden sollte. Internationale Politik Nr. 2 (März/April 2011), 66. Jahrgang, 46 - 49.
- (2009). Die Entstehungsgeschichte und Strukturen der Mittelmeerunion: Gradmesser für europäische Debatten zur Nachbarschafts-, Mittelmeer- und Nahostpolitik, in: Hrbek, Rudolf/Hartmund Marhold (Hrsg.). Der Mittelmeerraum als Region. Beiträge einer gemeinsamen Tagung des Centre international de Formation européenne (CIFE) und des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung in Tübingen vom 15. bis 17. Oktober in Nizza. Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung. Tübingen. 60 - 71.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela* (2007). Die Afrikapolitik Frankreichs zwischen Einflusswahrung und Multilateralisierung, in: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela/Siegmar Schmidt/Corina Schukraft/Ulrike Keßler/Gieg Philipp (Hrsg.). Die Afrikapolitik der Europäischen Union. Neue Ansätze und Perspektiven. Verlag Barbara Budrich. Opladen & Farmington Hills. 221 - 252
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela/Siegmar Schmidt/Corina Schukraft/Ulrike Keßler/Gieg Philipp* (Hrsg.) (2007). Die Afrikapolitik der Europäischen Union. Neue Ansätze und Perspektiven Verlag Barbara Budrich. Opladen & Farmington Hills.
- Muselier, Renaud/Jean-Claude Guibal* (2007). Construire l'Union méditerranéenne. Les propositions de l'Assemblée nationale. Assemblée Nationale, Rapport d'information n°49. Paris.
- NATO. *NATO Mediterranean Dialogue* 2010 [cited 1/12/2010. Available from http://www.nato.int/cps/en/SID-DFCD4E95-AADA5D2A/natolive/topics_60021.htm?
- Olsen, Johan P.* (2002). The Many Faces of Europeanization. Journal of Common Market Studies. 40:5, 921 - 952.

- Perthes, Volker (1999)*. Der Mittelmeerraum, der nahöstliche Friedensprozeß und die Europäische Union. *Internationale Politik und Gesellschaft (IPG)*:99/2, 143 - 149.
- Petiteville, Franck (2003)*. Exporting "values"? EU external co-operation as a "soft diplomacy", in: Knodt, Michèle/Sebastiaan Princen (Hrsg.). *Understanding the European Union's External Relations*. Routledge. London/New York. 127 - 141.
- Pierros, Filippou/Jacob Meunier/Stan Abrams (1999)*. *Bridges and Barriers. The European Union's Mediterranean Policy, 1961 - 1998*. Ashgate. Aldershot/Brookfield USA/Singapore/Sydney.
- Radaelli, Claudio M. (2004)*. Europeanisation: Solution or problem? *European Integration online Papers (EIoP)*, 8:16.
online: <http://eiop.or.at/eiop/texte/2004-016a.htm> (accessed 1. April 2011).
- (2000). Whiter Europeanization? Concepts stretching and substantive change. *European Integration online Papers (EIoP)*. 4:8.
online: <http://eiop.or.at/eiop/texte/2000-008a.htm> (accessed 1. April 2011).
- Regelsberger, Elfriede/Wolfgang Wessels (1984)*. European Concepts for the Mediterranean Region, in: Luciani, Giacomo (Hrsg.). *The Mediterranean Region*. St. Martin's Press. New York. 239- 262.
- Schäfer, Isabel (2007)*. Vom Kulturkonflikt zum Kulturdialog? Die kulturelle Dimension der Euro-Mediterranen Partnerschaft (EMP). *Nomos*. Baden-Baden.
- Schmalz, Uwe (2006)*. Europäische Union als internationaler Akteur, in: Woyke, Wichard (Hrsg.). *Handbuch internationale Politik*. Leske + Budrich. Opladen. 121 - 152.
- Schmid, Dorothee (2009)*. Du processus de Barcelone à l'Union pour la Méditerranée, changement de nom ou de fond ? . *Questions internationales n°26: La Méditerranée. Un avenir en question*. Documentation française.
- (2007). Le retour des Français? *L' Harmattan*. *Confluences Méditerranée*. N° 63 2007/4, 13 -23.
- (2003). La Méditerranée dans les politiques extérieures de l'Union européenne: quel avenir pour une bonne idée? *Revue internationale et stratégique* 2003/1:N° 49, 23 - 32.
- Schumacher, Tobias. (2008)*. German Perspectives, in: Aliboni, Roberto/Ahmed Driss/Tobias Schumacher/Alfred Toviss, (Hrsg.). *Putting the Mediterranean Union in Perspective*. Rom.
online <http://www.euromesco.net/images/paper68eng.pdf> (accessed 19. November 2009).
- (2005). Die Europäische Union als internationaler Akteur im südlichen Mittelmeerraum. "Actor Capability" und EU-Mittelmeerpolitik. *Kühnhardt, Ludger, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität Bonn*. *Nomos*. Baden-Baden.
- (1998). *Die Maghreb-Politik der Europäischen Union. Gemeinschaftliche Assoziierungspraxis gegenüber Algerien, Marokko und Tunesien*. Sandschneider, Prof. Dr. Eberhard, *Studien zur Internationalen Politik*. Deutscher Universitäts-Verlag. Wiesbaden.
- Smith, Michael E. (2004)*. Institutionalization, Policy Adaption and European Foreign Policy Cooperation. *European Journal of International Relations* 10:1, 95 - 136.

- Steinbach, Udo (1979)*. Der Europäisch-Arabische Dialog. Ein Beitrag zum Frieden im Nahen Osten, in: Hasenpflug, Hajo (Hrsg.). Die EG-Außenbeziehungen. Stand und Perspektiven. Verlag Weltarchiv. Hamburg. 305-338.
- Stora, Benjamin (2006)*. Histoire de la guerre d'Algérie 1954 -1962. 4ème édition. Vol. 115, Collection Repères. La Découverte. Paris.
- Vogel, Walter (1979)*. Die Maghreb- und Maschrek-Staaten im Rahmen der europäischen Mittelmeerpolitik, in: Hasenpflug, Hajo (Hrsg.). Die EG-Außenbeziehungen. Stand und Perspektiven. Verlag Weltarchiv. Hamburg. 289 - 304.
- Weidenfeld, Werner/Wolfgang Wessels (Hrsg.) (2006)*. Europa von A - Z. Taschenbuch der europäischen Integration. 9. Auflage. Nomos. Baden-Baden.
- Wendt, Alexander (1992)*. Anarchy is what States make of it. International Organization 46:2, 391 - 425.
- Woyke, Wichard (2010)*. Die Außenpolitik Frankreichs. Eine Einführung. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- (Hrsg.) (2006). Handwörterbuch Internationale Politik. 4.akt. Auflage Budrich. Opladen.
- Verluisse, Pierre. (2010)*. L' Union pour la Méditerranée: quel bilan d'étape? Actualités européennes, n°35, juin 2010.
online: http://www.iris-france.org/analyse/actualite_europe.php (accessed 15th of June 2011).
- Xenakis, Dimitris K./Dimitris N. Chrysochoou (2001)*. The emerging Euro-Mediterranean system, Europe in change. Palgrave. New York.

6.2 Amtliche Quellen

- Absichtserklärung im Hinblick auf die Assoziierung der unabhängigen Länder der Franken-Zone mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25. 03. 1957*
Online: <http://europa.eu/abc/treaties/archives/de/detr37.htm>
zuletzt am 10. Februar 2010
- Appel de Rome (2007)*. **Appel** de Rome pour l'Union pour la Méditerranée de la France, l'Italie et l'Espagne. 20 décembre 2007.
Online : <http://www.ambafrance-it.org/spip.php?article2721>
Zuletzt am 15. Juni 2011
- Assemblée Nationale (2007)*. *Rapport d'information n°449. Construire l'Union méditerranéenne. Les propositions de l'Assemblée nationale. Commission des Affaires étrangères. Renaud Muselier. Jean-Claude Guibal.*
Online: <http://www.assemblee-nationale.fr/13/rap-info/i0449.asp>
Zuletzt am 15. Juni 2011
- Erklärung von Barcelona vom 27. und 28. November 1995*, in: Bulletin der Europäischen Union. November 1995, Nr. 11, S. 153-164.

Euromed Summit (2005). Chairman's Conclusions on the 10th Anniversary of the EMP; Five Year Work Programme; Code of Conduct on Countering Terrorism. 28. 11. 2005. online: http://ec.europa.eu/external_relations/euromed/summit1105/

Europäische Kommission (2008). „Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum“. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. KOM (2008) 319 endg. 20. März 2005. Brüssel.

Europäische Kommission (2004). Europäische Nachbarschaftspolitik – Strategiepapier. KOM (2004) 373. 12. Mai 2004. Brüssel.

Europäische Kommission (2003). „Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn“. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. KOM (2003) 104 endg. 11. März 2003. Brüssel.

Europäische Kommission (1994). Strengthening the Mediterranean Policy of the European Union: Establishing a Euro-Mediterranean Partnership, Communication from the Commission to the Council and the European Parliament. COM (94) 427 final. 19th of October 1994. Brussels.

Europäische Kommission (1992a). From the Single Act to Maastricht and Beyond, The Means to Match our Ambitions. COM (92) 2000 final. 11. Februar 1992. Brussels.

Europäische Kommission (1992b). The Future of Relations between the Community and the Maghreb. Communication from the Commission to the Council and the European Parliament. SEC (92) 401 final. 30th of April 1992. Brussels.

Europäische Kommission (1990). Redirecting the Community's Mediterranean Policy: Proposals for the Period 1992-1996. Communication from the Commission to the Council. SEC (90) 812 final. 1st of June 1990. Brussels.

Europäisches Parlament (2008). Entwurf einer Entschliessung des Europäischen Parlaments. Bericht über den Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum. Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten. Berichterstatterin: Pasqualina Napolitano. (2008/2231(INI)). 12. Dezember 2008.

Eurostat (2010). Pocketbook on Euro-Mediterranean statistics. Europäische Kommission. Luxemburg.

Institut de la Méditerranée (2007). Rapport du Groupe d'experts réuni par l'Institut de la Méditerranée sur le projet d'Union Méditerranéenne. Marseille.
Online: www.femise.org/.../RAPPT_UM_071105_fr.pdf
zuletzt am: 15. Juni 2011

Rat der Europäischen Union (2011). Europäischer Rat in Brüssel vom 4. Februar 2011. EUCO 2/1/11 REV 1.

Rat der Europäischen Union (2008a). Tagung des Europäischen Rates vom 13./14. März in Brüssel. Schlussfolgerungen des Vorsitzes. 7652/1/08 REV 1. 20. Mai 2008. Brüssel.

Rat der Europäischen Union (2008b). Tagung des Europäischen Rates am 11./12. Dezember 2008 in Brüssel. Schlussfolgerungen des Vorsitzes. 17271/08. 12. Dezember 2008. Brüssel.
Online: http://www.consilium.europa.eu//uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/119175.pdf

Sommet de Marseille (2008). Barcelona Process: Union for the Mediterranean ministerial conference. Marseille, 3-4 november 2008. Final declaration online: www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/.../103733.pdf
zuletzt am 15. Juni 2011

Sommet de Paris (2008). Déclaration commune du sommet de Paris pour la Méditerranée (2008). 13 juillet 2008.
Online: http://www.eu2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/07/0713_declaration_de_paris/Declatation_du_sommet_de_Paris_pour_la_Mediterranee-FR.pdf
Zuletzt am 15. Juni 2011

6.3 Sonstige Quellen

Anna Lindh Foundation für den Dialog zwischen den Kulturen (ALF) (2011). Homepage.
<http://www.euromedalex.org/about/our-mandate>
zuletzt am 22. Jänner 2011

Europäische Kommission (2011). Homepage zur Europäischen Nachbarschaftspolitik.
Online: http://ec.europa.eu/world/enp/index_en.htm
zuletzt am 4. Februar 2011

Le Figaro (2011). UPM: un diplomate marocain candidat. 17. Mai 2011.
Online: <http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2011/05/17/97001-20110517FILWWW00568-upm-un-diplomate-marocain-candidat.php>
Zuletzt am 15. Juni 2011

Le Monde (2011). La France veut donner un nouvel élan à l'Union pour la Méditerranée. 27. Januar 2011.
Online: http://www.lemonde.fr/europe/article/2011/01/27/la-france-veut-donner-un-nouvel-elan-a-l-union-pour-la-mediterranee_1471543_3214.html#ens_id=1325479
Zuletzt am 15. Juni 2011

Le Monde (2010a). Le prochain sommet de l'Union pour la Méditerranée reporté à novembre. 20. Mai 2010.
Online: http://www.lemonde.fr/europe/article/2010/05/20/le-prochain-sommet-de-l-union-pour-la-mediterranee-reporte-a-novembre_1360817_3214.html
Zuletzt am 15. Juni 2011

Le Monde (2010b). Le sommet de l'Union pour la Méditerranée à nouveau repoussé. 15. November 2010.
Online: http://www.lemonde.fr/europe/article/2010/11/15/le-sommet-de-l-union-pour-la-mediterranee-a-nouveau-repousse_1440323_3214.html#ens_id=1325479
zuletzt am 15. Juni 2011

Le Monde (2011a). L'ancien président tunésien sera jugé par contumace le 20 juin. Les Saoudiens n'ont pas répondu à la demande de Tunis d'extrader M. Ben Ali. Printausgabe vom 15. Juni 2011.

Le Monde (2011b). Cahier du Monde N°20651, Le souffle des révolutions arabes. Printausgabe vom 15. Juni 2011.

NATO (2010). Homepage der NATO zum Mittelmeerdiallog

Online: http://www.nato.int/cps/en/SID-DFCD4E95-AADA5D2A/natolive/topics_60021.htm?

Zuletzt am 1. Dezember 2010

Sarkozy, Nicolas (2007a). Discours de Toulon. 7. Februar 2007.

Online:

<http://sites.univ-provence.fr/veronis/Discours2007/transcript.php?n=Sarkozy&p=2007-02-07>

Zuletzt am 15. Juni 2011

Sarkozy, Nicolas (2007b). XVeme Conférence des Ambassadeurs. Allocation du Président de la République. 27. August 2007.

Online: <http://www.ambafrance-pk.org/spip.php?article1201>

Zuletzt am 15. Juni 2011

Sarkozy, Nicolas (2007c). Discours du Président Sarkozy sur le projet de l'Union de la Méditerranée. Tanger. 23. Oktober 2007

Online: <http://www.ambafrance-uk.org/Discours-du-President-Sarkozy-sur.html>

Zuletzt am 15. Juni 2011

Sekretariat der UfM (2011). Homepage des Sekretariates der Union für das Mittelmeer.

Online: <http://www.ufmsecretariat.org/en/>

Zuletzt am 15. Juni 2011

Die Zeit (2011). Im Jahr des Hahns. Ein Präsident trumps auf: Nicolas Sarkozy führt den Krieg gegen Gadhafi an und mischt sich im Nahost-Konflikt ein. Ist er Stratege – oder doch nur Wahlkämpfer?. 12. Juni 2011.

Online: <http://www.zeit.de/2011/24/Frankreich-Sarkozy>

Zuletzt am 15. Juni 2011

Abstract

Diese Arbeit beschäftigt sich mit der Frage der Europäisierung der Außenpolitik – insbesondere der Europäisierung der französischen Mittelmeerpolitik. Diese wurde anhand eines Vergleiches zwischen der Mittelmeerunion, die 2007 vom späteren französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy vorgeschlagen worden war, und der Union für das Mittelmeer (UfM), die den Kompromiss zwischen den europäischen Partnern widerspiegelt, untersucht.

Entlang der institutionellen Ebene und der kooperativen Ebene des Projektes werden sowohl die Einflüsse der europäischen Partner als auch jene des *acquis méditerranéen* untersucht. Zusammenfassend für diese Europäisierungsanalyse kann festgehalten werden, dass die europäischen Partner nicht gewillt waren, einen französischen Alleingang zu akzeptieren, der nicht alle europäischen Staaten inkludierte und ohne vorherige Absprache statt fand. Dieser heftige Verweis auf kooperativen Verhaltensweisen und gegenseitige Information, lässt den Schluss zu, dass eine Europäisierung der nationalen Außenpolitiken stattfindet. Frankreich änderte schlussendlich sein Verhalten von einem unilateralen leadership hin zu einem policy entrepreneur, der die europäische Mittelmeerpolitik durch Kooperation, Verhandlung und Zugeständnisse vorantreibt. Außerdem kann festgehalten werden, dass eine Europäisierung der französischen Mittelmeerpolitik stattfand, denn schlussendlich wurden europäische Interessen von der französischen Politik berücksichtigt und es auch eine Angleichung der Sicht- und Handlungsweisen an die europäische Position lässt sich feststellen.

This diploma thesis deals with the question of Europeanization of national foreign policy – in particular French Mediterranean policy.

Therefore the French project of the Mediterranean Union is compared to the Union of the Mediterranean, which was the result of inner European consultations and joint actions. In order to analyse Europeanization of the original project, the influence of the European partners as well as of the Mediterranean *acquis* is analysed along the institutional and the cooperative levels of the project. The main findings of this analysis is the refusal of European partners to accept any unilateral French policy towards the Mediterranean that did not include all members of the European Union and that lacked prior consultation. It can be pointed out that regular reference was made to information and cooperation as being the main rules of European foreign policy. This leads to the conclusion that Europeanization of national foreign policies takes place. For the Europeanization of the French Mediterranean policy indices like change of policy style, consideration of common European positions and integration of the European perspective into national foreign policy actions were found.

CURRICULUM VITAE

Veronika Juch,
geb. am 25. 06. 1987
Gallizien 63,
A-9132 Gallizien

+43 (0) 699 19 02 57 58
veronika-juch@gmx.at

AUSBILDUNG

- seit 09/2005** Universität Wien, Österreich
Studium der Politikwissenschaft
Studienschwerpunkte:
- Europa und Europäische Union
- Internationale Entwicklung, Friedens- und Konfliktforschung
- Internationale Politik
- 09/2008** **Institute des Études Politiques, Aix-en-Provence, Frankreich**
- **06/2009** Erasmusaufenthalt,
Abschluss des Certificat des Études Politiques
- 03/2010** **Maison Méditerranéenne des Sciences de l'Homme (MMSH),**
- **06/2010** Aix-en-Provence, Frankreich
Forschungsaufenthalt unterstützt durch die Universität Wien
(kurzfristiges wissenschaftliches Arbeiten – KWA)
- 09/1997** **Europagymnasium Klagenfurt, Österreich**
- **06/2005** Abschluss mit Matura (Auszeichnung)
Bilingualer Sprachzweig (englisch/deutsch)
-

ARBEITSERFAHRUNG

- 2006 - 2009** **Mitarbeit an den Europawochen in Groß Siegharts,**
Österreich
Leitung von SchülerInnen-Workshops zu verschiedenen Themen
(Europäische Integration, Migration, Asyl, Diskriminierung)
-

WEITERE QUALIFIKATIONEN

Sehr gute Französischkenntnisse in Wort und Schrift
(2008, Language Center of the University of Vienna, Niveau B1)

Sehr gute Englischkenntnisse in Wort und Schrift
(2004, University of Cambridge Certificate in English, Niveau C1)